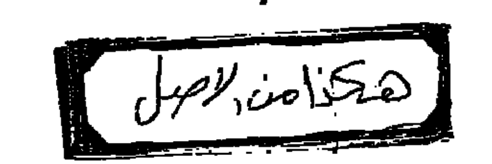


DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 29. Dezember 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 303 - 52. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6.50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ministerium korrigiert: Die Voraussetzungen für die Gewährung der Steuererleichterungen für den Flick-Konzern aus den Jahren 1976 und 1978 seien damals nicht gegeben gewesen, erklärt die Bundesregierung. Das Wirtschaftsministerium hat die damaligen Befreiungen für eine Anlagesumme von 780 Millionen Mark deshalb widerrufen. Der Konzern will gegen diese Rücknahme klagen.

Siedlungspolitik: Im neuen Haushaltsentwurf von Finanzminister Cohen-Orgad sind keine Gelder für die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik eingeplant. Auch begonnene Projekte sollen eingefroren werden. Am Sonntag entscheidet das Kabinett.

Keine große Koalition: Gegen jede derartige Spekulation hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel in einem dpa-Gespräch gewandt. Er sehe in der gesamten Legislaturperiode „dafür keine Perspektive". (S. 5)

Reiseverkehr: Die Zahl der Reisen aus der Bundesrepublik Deutschland in und durch die „DDR" nahm in den ersten elf Monaten gegenüber 1982 um 4,4 Prozent zu.

Oberster Sowjet: Ohne den am 18. August zum letzten Mal in der Öffentlichkeit gesehenen Staats- und Parteichef Andropow hat der Oberste Sowjet in Moskau seine Beratungen aufgenommen.

Reagan zu Afghanistan: Der Präsident appelliert an die Sowjetunion, ihre Truppen aus dem besetzten Land abzuziehen und Afghanistan seine Unabhängigkeit wiederzugeben. Der Einmarsch habe „ernste internationale Spannungen" erzeugt.

Polen gegen Mertes: Die Erinnerung des Staatsministers an die Rechte der im Oder-Neiße-Gebiet lebenden mehr als eine Million deutscher Staatsbürger hat zu heftigen Reaktionen der polnischen Presse geführt. Bonn wolle in den Beziehungen einen „Rückwärtsgang" einlegen.

Strauß-Reise abgestimmt: Der Bundeskanzler und auch Außenminister Genscher waren von dem Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß auf Grenada vorab unterrichtet, teilt der Regierungssprecher mit. Strauß fordert Hilfe für die Insel, um den demokratischen Prozeß dort zu stabilisieren. (S. 3)

Einlenken der SED? Die „DDR"-Führung betont in einer vom SED-Organ „Neues Deutschland" abgedruckten Jahresbilanz 1983, man werde „jeden vernünftigen Vorschlag" aus Bonn prüfen. (S. 5)

„Neues Konzept": Für eine Neukonzipierung der Beziehungen zur „DDR" spricht sich der deutschland-politische Experte der SPD-Fraktion, Büchler, aus. Er will sogar eine eigene Staatsbürgerschaft der „DDR" tolerieren.

ZITAT DES TAGES



» Es gehört zu den wunderlichen Realitäten unserer Zeit, daß jedermann nach dem Abbau von Subventionen ruft – mit dem Zusatz des unmittelbar Betroffenen, bei ihm jedoch sei eine Ausnahme zu machen «

Bundeskanzler Kohl in einem Beitrag für das Wirtschaftsmagazin „Impulse"
FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

US-Zinsen: Wall Street erwartet in den ersten drei Monaten 1984 eine Senkung der Zinsen in den USA, da der hohe Finanzierungsbedarf der Treasury zunächst durch eine gedämpfte private Kreditnachfrage neutralisiert werden dürfte. (S. 9)

VW erhöht die Preise: Durchschnittlich 1,9 Prozent mehr sollen die Pkw-Modelle ab 2. Januar kosten. (S. 9)

Streiks in Israel: Proteste gegen Sparmaßnahmen der Regierung und gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit führen zu Arbeitsniederlegungen. Aus Haifa wurde ein Generalstreik gemeldet. (S. 10)

Fließkohle: Eine öläbnliche „Fließkohle" unter der Bezeichnung „Densecoal" hat der bundeseigene Salzgitter-Konzern entwickelt. Sie soll öläbnliche Fließ-, Brenn- und Energieeigenschaften haben.

Börse: Lebhafte Umsätze führten an den Aktienbörsen zu steigenden Kursen auf breiter Front. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 152,7 (151,3). Dollarmittelkurs 2,7538 (2,7592) Mark. Goldpreis pro Feinunze 378,00 (geschlossen) Dollar.

KULTUR

Horres: Der neue Chef der Hamburgischen Staatsoper will in den kommenden Jahren mit Ausnahme von 1984 Uraufführungen bringen. Aufträge an die Komponisten Kirchner, Rihm und York Höller seien erteilt, sagte Professor Horres im Gespräch mit der WELT. Die Finanzlage der Staatsoper bezeichnete er als „Engpaß", wollte aber „noch nicht von einer Misere" sprechen. (S. 15)

Nachwuchsförderung: Die Max-Planck-Gesellschaft will die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses verstärken. 1983 wurden die Mittel dafür um 8,3 Prozent auf 20,2 Millionen Mark erhöht.

SPORT

Tennis: Australien gewann zum 25. Mal den Davispokal. Im Finale besiegte es Schweden mit 3:2. Den entscheidenden Punkt holte der erst 18 Jahre alte Pat Cash gegen Joakim Nystroem. (S. 8)

Fußball: Die Gruppenauslosung für die Endrunde der EM in Frankreich wird vom Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) am 10. Januar von 12.00 bis 12.45 Uhr direkt aus Paris übertragen.

AUS ALLER WELT

Tierschutz in China: Eine neue landesweit arbeitende Gesellschaft zum Schutz bedrohter Tiere will die Riesen-Pandas retten, die durch das Absterben ganzer Bambuswälder vom Hungertod bedroht sind. (S. 16)

Gasexplosion: Bei einer Gasexplosion im Zentrum von Buffalo im US-Bundesstaat New York kamen mindestens 15 Menschen ums Leben. Die meisten der Getöteten sind Feuerwehrmänner, die die Ursache ausströmenden Gases untersuchen wollten, als sich die Explosion ereignete.

Wetter: Im Norden trüb, im Süden heiter; 10 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn widerruft Steuerbefreiung für Flick. Unternehmen klagt

Begründung: Entscheidung beruhte auf „objektiv unrichtigem Sachverhalt"

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Bundeswirtschaftsministerium hat den dem Düsseldorfer Flick-Konzern gewährten Steuernachlaß für die Beteiligung am amerikanischen Mischkonzern W. R. Grace & Co. zurückgenommen. Begründung: Er beruhe auf einem „objektiv unrichtigen Sachverhalt".

Regierungssprecher Peter Boenisch erklärte gestern vor der Bundespressekonferenz ferner, die Entscheidung sei im „Benehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den beteiligten Landeswirtschaftsministerien getroffen worden". Die Friedrich Flick Industrieverwaltung KG aA hat die Bonner Entscheidung zwar bereits am Dienstag erhalten, den Eingang jedoch auf Anfrage erst am Mittwoch bestätigt. Die Bonner Verfügung ist, wie Boenisch gestern bestätigte, auf dem Verwaltungsgerichtswege anfechtbar.

Das Unternehmen bestätigte auf Anfrage, daß es gegen die Bonner Entscheidung den Rechtsweg beschreiten wird. Es werde Klage beim Verwaltungsgericht Köln erhoben.

Flick hatte in zwei Stufen 1976 und 1978 eine Beteiligung von 25,1 Prozent an Grace erworben und hierfür insgesamt 780 Millionen Mark aufgewandt. Die Mittel stammten aus dem Veräußerungserlös von Daimler-Benz-Aktien. Das Wirtschaftsministerium hatte diesen Erwerb als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" bezeichnet und daher die anfallende Körperschaftssteuer in der Größenordnung von 450 Millionen Mark gestundet. Um die Nachzahlung dieser Summe geht es.

Darüber hinaus stellt sich ungeachtet der Anfechtung des Bescheids die Frage, ob für die Dauer der Steuerstundung Zinsen zu zahlen sind. Dazu erklärte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums gestern, die Prüfung dieser Frage sei „nicht unsere Aufgabe". Dies sei Sache der Steuerbehörden. Auf die Frage, ob Anlaß zu der Vermutung bestehe, daß der Flick-Konzern im damaligen Antragsverfahren mit falschen Angaben gearbeitet habe, erklärte der Sprecher, dies sei „nicht Gegenstand des Verfahrens" gewesen.

Boenisch hat gestern daran erinnert, daß sowohl das Finanzministerium (damals die Minister Hans Apel und Hans Matthöfer) wie die beteiligten Landeswirtschaftsministerien sich der Beurteilung des Wirtschaftsministeriums angeschlossen hätten. Auch sei das Bundeskartellamt als „Gutachterbehörde eingeschaltet" worden. „Alle Stellungnahmen waren positiv", betonte Boenisch.

Durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der Spenden-Affäre war das Wirtschaftsministerium auf Anhaltspunkte gestoßen, die zur Untersuchung der Frage führten, ob bei der Erteilung der Steuerstundung ein „unrichtiger Sachverhalt" zugrundegelegt worden sei. Die Ende November 1983 abgeschlossene Beweisaufnahme hat unter anderem ergeben, daß die 1976 und 1978 angenommene Voraussetzung, „nämlich eine begründete Aussicht auf Zusammenarbeit der Firmen Flick und Grace", vor allem bei Kooperationsprojekten, „in Wirklichkeit nicht vorgelegen" habe. Auch gebe es keine Anhaltspunkte, daß solche Kooperationen „in absehbarer Zeit zustandekommen werden".

DER KOMMENTAR

Die Nachzahlung

PETER GILLIES

Selten waren die Beträge so hoch und die Umstände so pikant wie bei jenem Steuerzahler, der jetzt wieder Gegenstand eines folgenschweren Verwaltungsaktes ist: Flick. Es geht um die Rückzahlung einer Steuervergünstigung von rund 450 Millionen Mark.

Bei der steuerbefreiten Wiederanlage aus dem Aktienverkauf des Daimler-Pakets ging es um die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit. Ein Unternehmen braucht die Gewinne aus einem Verkauf dann nicht voll zu versteuern, wenn es das Kapital zum Nutzen der Volkswirtschaft wieder anlegt. Damit kann sowohl der Aufbau von tausend Arbeitsplätzen gemeint sein (wie bei Flick unter anderem geschehen), es kann aber auch der Abbau von Arbeitsplätzen förderungswürdig sein, wenn damit ein Strukturwandel bewältigt und das Unternehmen insgesamt krisensicherer gemacht werden kann.

Im Falle der Grace-Beteiligung zogen die Beteiligten deswegen einen Wechsel auf die technologische Zukunft. Flick erhoffte sich ein starkes Bein in den USA und einen technologischen Schub durch die Kooperation. Man wußte: Sollte es dazu nicht kommen, wäre eine Subvention zurückzuzahlen, für deren Gewährung die Voraussetzungen entfallen sind.

Dabei sind die Beurteilungsrisiken für den Fiskus nicht geringer als für die Beteiligungspolitik eines Unternehmens. Es geht nämlich um die Einschätzung der Zukunft, der Märkte von morgen. Da muß das Steuerrecht alle Chancen offenhalten, zumal das deutsche ohnehin nicht im Ruf einer betonten Wirtschaftsfreundlichkeit steht. Staat und Unternehmen haben dabei den Produktionsfaktor Vertrauen einzusetzen; eine schlicht buchhalterische Beurteilung wäre zu statisch, als daß sie dynamischen Strukturprozessen gerecht würde.

Daraus die Empfehlung zu Verwaltungsakten der leichten Hand abzuleiten wäre jedoch falsch. Der Fiskus muß geltendes Recht so pingelig anwenden, wie er jeden kleinen Spesenbeleg prüft. Insofern ist Herr Flick ein Steuerzahler wie Herr Jedermann. Notabene: Mit der Anklage gegen Graf Lambsdorff hat der Vorgang nichts zu tun, nicht einmal indirekt. Die Prüfer haben damals nach bestem Wissen und Gewissen – aufgrund der ihnen vorliegenden Unterlagen entschieden. Sie sind aus heutiger Sicht, aufgrund der heute vorliegenden Ergebnisse, zu neuen Einsichten gekommen.

Strauß: Schnelle Hilfe für Grenada

Bundesregierung war über die Reise des CSU-Vorsitzenden informiert

TH. KIELINGER/DW. **Washington**

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß will sich in der Bundesrepublik Deutschland und bei der Europäischen Gemeinschaft für schnelle Wirtschaftshilfe an die Karibik-Insel Grenada einsetzen. Nach seinem Kurzbesuch auf Grenada forderte Strauß, diese Hilfe müsse noch vor den beabsichtigten Wahlen in Grenada gewährt werden, denn es gehe darum, „den Beginn eines demokratischen Prozesses zu unterstützen". Die Radikalen dürften nicht wieder an Boden gewinnen.

Strauß hatte vor seinem Kurzbesuch auf der Karibik-Insel Bundeskanzler Kohl über seine Reisepläne unterrichtet. Staatssekretär Peter Boenisch sagte gestern vor Journalisten, die Bundesregierung sehe mit Interesse den „Einsichten und Absichten" von Strauß entgegen, wie Europa zum Demokratisierungsprozeß auf der Insel beitragen könnte.

Strauß war mit dem Vorsitzenden der grenadischen Interimsregierung, Niclas Braithwaith, zusammengetroffen. Braithwaith steht einer neunköpfigen Kommission aus politisch nicht gebundenen Fachleuten vor. Der CSU-Vorsitzende war sich mit den Beamten einig, daß in dem politisch äußerst desillusionierten Staat alles davon abhänge, ob ein stabiles Parteienfundament geschaffen werden könne. Auf Grenada selber aber gelten Politiker derzeit als eine Berufsgruppe, mit der die Bevölkerung so wenig wie möglich zu tun haben möchte. Erschöpft von den Revolutionsjahren und dem alptraumhaften Ende des marxistischen Experiments, neigen die Bürger zu einer unpolitischen Mentalität, die am liebsten das Schicksal des Landes den USA anvertrauen möchte.

SEITE 3:
Ins verhinderte Paradies

Der CSU-Vorsitzende hielt sich fünf Stunden lang auf der Gewürzinsel auf, begleitet von Ehefrau Marianne und mehreren in Washington akkreditierten deutschen Journalisten. Er charakterisierte seinen Besuch als eine „politische Informationsreise".

Mit einigem Sarkasmus rekapitulierte er die Aufregung um den Besuch des parlamentarischen Staatssekretärs Spranger (CSU) im vergangenen November auf Grenada und die umstrittenen ersten Stellungnahmen der Bundesregierung unmittelbar nach der amerikanischen Intervention vom 25. Oktober. Die Deutschen, so Strauß, sollten sich nicht wie „die moralischen Oberlehrer" aufspielen und den Amerikanern just in dem Augenblick in den Rücken fallen, in dem diese „ihre Führungsfunktion, die sie immer gefordert haben, einmal ausüben". Im übrigen sei „mehr Profil der deutschen Politik" in Washington gefragt. „Aber wenn Profillosigkeit die Maxime ist . . . ", fügte er hinzu, den Satz unvollendet lassend.

Seine Unterstützung für die amerikanische Grenada-Intervention will Strauß nicht als Plazet für die These, daß der Zweck die Mittel heilige, verstanden wissen. Er differenzierte: „Ich bin ein geschworener Gegner einer Kreuzzugsidee gegen den Kommunismus. Ich habe schon wenig Verständnis dafür gehabt, daß Eisenhower sein Buch über den Zweiten Weltkrieg und die Bekämpfung der Nazis „Crusade in Europa" (Kreuz-

● Fortsetzung Seite 8

Ungarn will die Reformen fortsetzen

AP/DW. **Budapest**

Für eine Fortsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen in Ungarn hat sich der Wirtschaftsberater der ungarischen Regierung, Jozsef Bognar, ausgesprochen. In einem Interview der Monatszeitschrift „Magyar Hirek" sagte Bognar, das Versäumnis, auf wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeiten zu reagieren, könne zu Widerstand und schließlich zu Revolutionen führen. Um Unruhen wie in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und jüngst in Polen künftig zu vermeiden, seien vorsichtige Reformen notwendig.

Die Wirtschaftsreformen von 1968 in seiner Heimat seien politisch ohne Risiko gewesen, sagte Bognar. Jetzt seien jedoch weiterführende Veränderungen erforderlich, auch wenn die „politischen und gesellschaftlichen Risiken der Fortsetzung der Reform" größer seien. Der Wirtschaftswissenschaftler Bognar gehört nicht dem Kabinett an. Seine Äußerungen geben jedoch die Ansicht der Regierung wieder.

Im Sommer dieses Jahres hatten der ungarische Parteichef Janos Kadar und seine Begleiter in Moskau offensichtlich die Zustimmung der Kreml-Führung zu einer neuen Runde von wirtschaftspolitischen Reformen erhalten. Sie zielten auf eine noch stärkere Autonomie der Betriebe, auf eine noch stärkere Verankerung des Gewinns als wirtschaftliche Hauptkategorie und auf mehr Freiheit für private und genossenschaftliche Kleinunternehmen hin.

Seite 2: Furcht vor Unruhen

Bonn teilt US-Kritik an der Unesco

SAD/DW. **Paris**

Die französische Regierung versucht offensichtlich in letzter Minute, eine Kündigung der Mitgliedschaft der USA in der Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen (Unesco) zu verhindern. Paris wurde bereits diplomatisch in Washington vorstellig. In den vergangenen Tagen hatten sich die Vermutungen verstärkt, daß Präsident Ronald Reagan noch vor dem 31. Dezember dieses Jahres den Austritt seines Landes aus der Unesco formell bekanntgeben wird. Nach den Statuten der Organisation würde diese Entscheidung in einem Jahr wirksam.

In Unesco-Kreisen – die Organisation hat ihren Sitz in der französischen Hauptstadt – wurde offen von einer „Kraftprobe" zwischen dem amerikanischen Präsidenten und der Unesco gesprochen. Es kam aber auch die Vermutung auf, die Organisation könnte unter dem Druck der amerikanischen Drohung ihren bisherigen, von den USA scharf kritisierten Kurs, noch korrigieren.

US-Außenminister Shultz steht auf dem Standpunkt, daß die „zu politisch" ist und einseitig antiamerikanische Tendenzen fördert.

Die Bundesregierung teilt zwar die amerikanische Kritik am politischen Kurs und am Finanzgebaren der Unesco, will aber weiterhin Mitglied bleiben. Regierungssprecher Peter Boenisch erklärte, Bonn sei stets den Versuchen einer starken Mehrheit entgegengetreten, durch eine „neue Weltinformationsordnung" die Freiheit der Information einzuschränken.

Seite 3: Unesco

Andropow fehlt auch im Obersten Sowjet

Industrieproduktion nahm 1984 um vier Prozent zu / Funktionäre ermahnt

DW. **Moskau**

Ohne den kranken Staats- und Parteichef Juri Andropow hat der Oberste Sowjet gestern in Moskau seine Winterberatungen aufgenommen. Der 69jährige Kreml-Chef liegt nach britischen Presseberichten im Krankenhaus.

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Erst die Partei, dann der Staat. Nach diesem traditionellen Grundmuster ist in Moskau über den nächsten Jahresplan und den Staatshaushalt „beraten" worden. Das heißt: Beide Vorlagen wurden vom Zentralkomitee der Partei und vom Obersten Sowjet, dem höchsten „parlamentarischen" Gremium mit rund 1500 Mitgliedern, einstimmig gebilligt.

Das Jahr 1983 verlief wirtschaftlich besser als das vorausgegangene. Es hätte aber Rekordwerte bringen müssen, wenn der gegenwärtige Fünfjahresplan im ganzen noch gerettet werden sollte. Für ihn stehen nur noch zwei Jahre zur Verfügung. Dieser steile Aufstieg kam nicht zustande: Die Industrieproduktion nahm um vier Prozent zu, die landwirtschaftliche Erzeugung um 3,6 Prozent, das Nationaleinkommen wuchs um 3,1 Prozent. Im Wirtschaftsjahr 1982, dem bisher schlechtesten der Sowjetunion, lauteten die Zahlen für die Industrie 2,8 und für das Nationaleinkommen zwei Prozent. Wie die Landwirtschaft damals abschnitt, wurde nicht mitgeteilt. Im nächsten Jahr erwartet der Optimismus der Planer auf diesem Gebiet mit 6,4 Prozent die höchste Zuwachsrate. (Für die Industrie nannte der Chef der Planbehörde, Nikolai Baibakow, nur 3,8 Prozent, für das Nationaleinkommen 3,5 Prozent.)

SEITE 6:
Verschmutzte Seen, tote Landschaft

Ob die sowjetische Landwirtschaft wirklich schon über den Berg ist, läßt sich nicht erkennen. Im Text der Rede Andropows für das ZK war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln immerhin als „Problem" bezeichnet worden, das erst noch „vollständig zu lösen" sei. Nach einigen Fortschritten in der Viehwirtschaft habe sich die Versorgungslage „etwas verbessert". Das Ergebnis der Getreideernte blieb wiederum ungenannt, obwohl es mit geschätzten 200 Millionen Tonnen relativ günstig ausgefallen sein müßte.

Im Manuskript des Kreml-Chefs findet sich die Erkenntnis: „Die Erfolge in der Produktion werden erst dann gebührend gewürdigt, wenn sie den Wohlstand der Menschen verbessern." Was Wohlstand unter sowjetischen Verhältnissen auch immer bedeuten mag – die Bevölkerung hat jedenfalls den Eindruck, daß sie mit Lebensmitteln und Konsumwaren ausreichend und gut versorgt wird. Es ist das erklärte Ziel der Parteiführung, die Nachfrage zu erfüllen. Sie könnte sonst nicht erwarten, mit ihren Forderungen nach besserer Arbeitsdisziplin und höheren Leistungen einigermaßen Gehör zu finden. Gerade das hat Andropow von der Bevölkerung aber offen verlangt.

Mit der gewohnten Strenge kündigte der Kreml-Chef gleichzeitig an, daß die Verantwortung der „Kader" erhöht werde.

Warschau bestätigt Freilassung von Häftlingen

Versorgungsmängel trotz positiver Wirtschaftsstatistik

DW/AP, **Warschau**

Die polnische Regierung hat durch ihren Sprecher, Marek Rudzinski, die Freilassung von 24 Häftlingen vor Weihnachten bestätigt. Rudzinski erklärte AP auf telefonische Anfrage, von diesen 24 würden 21 auf freiem Fuß bleiben, bis sie vor ein Gericht gestellt würden. Drei der beurlaubten Häftlinge sind schon verurteilt. Zwei von ihnen müßten nächsten Monat in die Haftanstalten zurückkehren, der andere sei bedingt auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Zahlen der Haftentlassenen weichen von den bisher bekanntgewordenen ab. Der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hatte am 1. Weihnachtsfeiertag Messe erklärt, die Behörden hätten auf Wunsch der Kirche 30 politische Häftlinge freigelassen. Am 2. Weihnachtsfeiertag hatte der Friedensnobelpreisträger Lech Walesa erklärt, vier davon hätten lediglich Feiertagsurlaub erhalten und müßten am 10. Januar wieder in die Haftanstalten zurückkehren.

Das polnische Amt für Statistik hat jetzt einen Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 11 Monate vorgelegt. Danach weist die Entwicklung positive Zahlen auf, doch hat sich im Alltag des Bürgers nur wenig geändert. Die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" brachte es auf den Punkt: „Wenn die Dinge in Polen so gut stehen, warum ist die Lage noch so schlecht?"

So können die Planer zwar auf einen bemerkenswerten Produktionsanstieg verweisen, der in den ersten 11 Monaten das Vorjahresergebnis um 7,4 Prozent übertrifft, doch war das Niveau des Jahres 1982 eben sehr dürftig. Nach Ansicht des Präsidenten der polnischen Gesellschaft für Wirtschaft, Tomasz Afeltowicz, wird die Volkswirtschaft bis 1990 brauchen, um die Rückschläge der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Sommer 1980 und den Folgen des Kriegsrechtes zu überwinden. Das Schlangestehen nach dem geringen Konsumgüter- und Nahrungsmittelangebot wird für die Polen auch in den nächsten Jahren ebenso zum Alltag gehören, wie die Rationierungen und die schleichende Inflation, die auf eine Höhe von 15 Prozent im nächsten Jahr begrenzt werden soll.

Papst-Attentat: Eine Autorin klagt an

A. v. KRUSENSTIERN, **New York**

Claire Sterling, eine in Rom lebende, amerikanische Publizistin und Expertin in der Erforschung des modernen Terrorismus, klagt in ihrem neuen Buch die westlichen Regierungen an: „Warum spielen sie herunter, daß die Spur des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca zum bulgarischen Geheimdienst zurückführt? Warum schirmen sie den sowjetischen Partei- und Regierungschef Jurij Andropow gegen die unvermeidliche Schlußfolgerung ab, daß er es war, der den bulgarischen Geheimdienst mit der Beseitigung des ‚polnischen Papstes' beauftragte?"

Claire Sterling beantwortet diese Fragen in ihrem Buch „The Time of the Assassins", das Anfang Januar herauskommt: „Viele Leute in den Regierungen fürchten, daß die Wahrheit, wenn sie einmal enthüllt wird, sich als unbequem, politisch unangebracht, und damit unakzeptabel herausstellen würde."

„Überlegungen ähnlicher Art haben viel zur Ausbreitung des weltweiten Terrorismus in der letzten Dekade beigetragen. Die Entspannung, so wurde argumentiert, dürfe nicht durch Bloßstellung russischer Missetaten gefährdet werden, die Sowjets zur Verantwortung zu ziehen würde nur dazu führen, daß sie ihre schlimmsten Seiten hervorkehren – mit anderen Worten: der KGB werde sich in Dunst auflösen, wenn man ihn nur nett behandele."

Ein großer Teil der westlichen Presse, schreibt Claire Sterling, habe den westlichen Regierungen bei der Verschleierung der Wahrheit Handlangerdienste geleistet. Als Beispiel führt sie die „New York Times" an, die am 15. Mai 1981 aus Rom berichtete: „Die Polizei ist nach Mitteilung von Regierungskreisen davon überzeugt, daß Mr. Agca allein handelte." Dabei hieß es in dem am Vortag von Generalstaatsanwalt Achille Gallucci ausgestellten Haftbefehl, Agca werde beschuldigt, „ein Attentat auf das Leben eines Staatschefs . . . unter Mithilfe anderer, bisher unbekannter Personen" unternommen zu haben.

Beim amerikanischen Geheimdienst CIA sei aktenkundig, daß der türkische Unterwelt-Boß Abuzer Ugurlu, der Agca aus einem türkischen Gefängnis befreien und nach Bulgarien bringen ließ, seit 1974 Agent des bulgarischen Geheimdienstes sei. Trotz dieser Tatsache habe ein CIA-Sprecher Ende Mai 1983 einem Korrespondenten der „Los Angeles Times" erklärt: „Die Bemühun-

■ Fortsetzung Seite 8

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Furcht vor Unruhen

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn westliche Politiker und Publizisten über die Sowjetunion räsonieren, kann man sicher sein, das Wort von der „Leidensfähigkeit" des russischen Menschen zu vernehmen. Die Sowjets könnten ihrem eigenen Volk demnach alles mögliche zumuten, denn die Russen seien es nicht anders gewohnt – wenn sie nicht sogar von Leidenssehnsucht besessen sind.

Ein Mann, der es besser wissen müßte, teilt diese Meinung keinesfalls. Jurij Andropow hat in seiner jüngsten Rede – die in Moskau verlesen wurde – nicht nur scharfe Kritik an der Ineffizienz der sowjetischen Wirtschaft geübt, sondern zugleich erklärt, die Vernachlässigung elementarer Bedürfnisse der Bevölkerung könne zu Unzufriedenheit führen. Der Parteichef hat also erkannt, daß auch in der Sowjetunion der Bogen nicht überspannt werden darf.

Es ist vielleicht mehr als ein Zufall, daß fast gleichzeitig einer der führenden ungarischen Wirtschaftsreformer in Budapest ganz ähnlich argumentierte. Jozsef Bognar, einer der angesehensten und einflußreichsten Wirtschaftsreformer und Berater des ungarischen Parteichefs Janos Kadar in ökonomischen Fragen, erklärte zum Jahreswechsel, die ungarische Wirtschaftsreform müsse unbeirrt und konsequent fortgesetzt werden, damit es nie wieder zu Ereignissen wie im Jahre 1956 (dem ungarischen Volksaufstand) kommen könne. Bognar nannte ausdrücklich auch die Tschechoslowakei und Polen als negative Beispiele, wie durch ungelöste ökonomische Probleme und durch soziale Ungerechtigkeit gefährliche Unruhe entstehen könne.

Die ungarischen kommunistischen Reformer warnen mißgünstige Dogmatiker im eigenen Land und in den „Bruderländern", daß nur eine Reform das System stabilisieren könne. In der Sowjetunion ist von einer solchen Reform noch nichts zu sehen. Aber wenn man die Warnungen des kranken Andropow behutsam interpretiert, können sie eigentlich nur gegen die Eisenfresser und Aufrüster im eigenen Lager gerichtet sein. Es ist allerdings zweifelhaft, ob Generalstabschef Ogarkow und die anderen sowjetischen Militärs die Meinung ihres kranken Parteichefs teilen.

Im liberalen Sandkasten

Von Enno v. Loewenstern

Die bewegten Dementis treffen daneben. Natürlich hat man an höchster Stelle der FDP darüber nachgedacht, was geschehen solle, wenn ... Darin lag kein Mißtrauensvotum gegen Graf Lambsdorff. Mittlerweile kennt man an der FDP-Spitze ja auch die Anklage. Aber den einmal entworfenen Plan holen keine zehn Pferde mehr zurück, auch wenn, falls doch einmal irgendwelche Umbesetzungen aus welchen Gründen immer erforderlich werden könnten, die in Politikerkreisen so beliebte Clausula rebus sic stantibus neuen Schwung ins Karussell bringen könnte.

In Bonn jedenfalls hat der Name Schäfer für das nobelste aller Ministerämter zutiefst überrascht. Es kann ja sein, daß der kommende Mann ein profunder Kenner der großen weiten Welt ist. Aber irgendwie assoziiert man nicht gerade das mit einem Ministerialrat aus Mainz. Hier hat Genscher einige Aufklärungsarbeit vor sich, falls es dabei bleiben sollte.

Und Baum – die FDP wendet sich an eine seltsam gespaltene Wählerschaft. Auf der einen Seite also dereinst, notfalls, Genscher als Verteidiger der freien Marktwirtschaft und damit der Freiheit in den großen Schuhen des Grafen Lambsdorff. Das mag ja einleuchten. Aber auf der anderen Seite der Appell an den Bevölkerungsanteil, der die Sicherheit – die ja nun ein integraler Teil der Freiheit ist – als eine Art Spielwiese betrachtet. Zwar ist Baum der Datenschutzminister, der das Volkszählungsgesetz in seiner verflossenen Form zu verantworten hat; eher aber kennt man ihn als den Schrecken des Bundeskriminalamts.

Graf Lambsdorff ist, seit jenes Sandkastenspiel in den Reihen seiner Parteispitze ausbrach, nicht zurückgetreten, und er hat wahrlich keinen Anlaß dazu. Die FDP aber hat allen Anlaß, nachdem die Notstandspläne nun einmal bekanntgeworden sind, über ihre Raison d'être nachzudenken: Will sie sich nun als Wohlstandspartei empfehlen, oder will sie mit den Grünen um den Frivolstands-Stimmenanteil ringen? Falls die Dementis zeigen, daß man auch etwas peinlich berührt ist von den Namen, die die Nachricht sind, wäre das ja ein gutes Zeichen.

Der Tod und das Auto

Von Joachim Neander

Ein relativ großer Teil der Kälteopfer in den USA ist im Auto erfroren. Es waren nicht nur Menschen, die unterwegs vom Schneesturm oder von einer Panne überrascht wurden. Einige sind aus der eisig kalten, von der Außenwelt abgeschnittenen Wohnung in ihren Wagen geflüchtet. Im Leerlauf noch ein bißchen Wärme und Geborgenheit, bis das Benzin aufgebraucht war.

Der Tod im Auto, das scheint mehr zu sein als nur in ein Zufallsplatz für das Ende eines Menschenlebens. Viele Selbstmörder wählen ihren Wagen zum Instrument und zugleich zum Ort ihres Todes. Bei den Versicherungsgesellschaften vermutet man, daß diese Fälle noch viel zahlreicher sind, als es die offizielle Statistik belegt. Man kann es nur nicht beweisen, daß es kein Unfall, sondern bewußt gesuchter Tod war.

Leichtfüßige Zivilisationskritik hat sich das Automobil vor allem als ein verachtenswertes Statussymbol zur Zielscheibe gemacht. Doch die Schnellschußkritiker, die da glauben, das eigene Auto, das lange erträumte, teuer bezahlte, gehätschelte, wöchentlich gewaschene, sei nur Fassade oder allenfalls Vehikel für die Flucht vor der Realität, übersehen wichtige Tatsachen.

Im Auto verbinden sich auf ganz merkwürdige Weise Einsamkeit und Freiheit. Eingekeilt in den Stau und den neugierigen Blicken von Hunderten von Mitautofahrern ausgesetzt, mag man dies oft als groteske Täuschung empfinden. Und doch öffnen der Fuß auf dem Gaspedal und der Schutz des Blechs vielen Menschen Möglichkeiten, die sie sonst nicht mehr finden. Möglichkeiten des Lebens, aber offenbar auch Möglichkeiten für einen würdigen, ruhigen, geborgenen Tod.

Selbstverständlich bleibt es ein Verbrechen, etwa bei einem Selbstmord im Auto andere zu gefährden oder gar bewußt mit in den Tod zu reißen. Aber man sollte die merkwürdige Sehnsucht vieler Menschen, nirgendwo anders zu sterben als in ihrem Wagen, ernster nehmen als bisher. Das Automobil ist wohl doch mehr als nur ein Gebrauchsgegenstand.



„O mei, wird sich der Genscher jetzt giften!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Jahr der Amerikaner

Von Herbert Kremp

Alle fragen nach Andropow, auch Ronald Reagan. Der Präsident beklagt sich öffentlich darüber, daß man nicht wisse, wo Andropow eigentlich stehe und wie man ihn erreichen könne. Überdies stelle sich die Frage, ob die militärische Führung des Imperiums nicht schon „eine Macht für sich" geworden sei. Hier handelt es sich nicht um Rhetorik. Über der Sowjetunion liegt ein Schleier der Ungewißheit. Die Weltgleichung ist nicht berechenbar.

Man muß sich freilich prüfen, ob sie dies je war und jemals sein kann. Die Sowjetunion ist bis zum ärztlichen Befund ein geschlossenes System. Selbst über ein Zugunglück wird erst berichtet, wenn der Streckenverkehr längst wieder aufgenommen ist. In China ist der Wetterbericht Staatsgeheimnis. Kommunisten haben eine Art Liebesbeziehung zum Tresor. Einigermaßen sichere Berechnungen lassen sich nur aufgrund geschaffener Tatsachen anstellen. Umgekehrt interessiert man sich in Moskau nicht für das, was man im Westen lang und breit redet, sondern für das, was man dort tut.

Man kann davon ausgehen, daß die sowjetische Unsicherheit, die sich nach außen als Ungewißheit darstellt, nicht in erster Linie auf dem Gesundheitszustand Andropows beruht. Ein kranker Mann hat dort einen anderen kranken Mann abgelöst, das spielt bei hierarchischen Führungsstrukturen schon eine Rolle. Aber die Epilepsie Caesars und Alexanders hat das Entstehen von Weltreichen nicht verhindert. Kranke Leute entwickeln oft die Fähigkeit, sehr konzentriert zu arbeiten, denn sie haben wenig Zeit. Nein, die sowjetische Unsicherheit beruht auf anderen Faktoren: auf der Rückkehr der USA zur Weltmacht-Politik und auf dem Scheitern des kostspieligen sowjetischen Versuchs, durch ein messerscharfes regionales Drohpotential Europa von den Vereinigten Staaten abzutrennen wie das Kleinhirn vom Großhirn.

Das ist die eigentliche Krankheit Andropows und, in gewissem Sinne, die Gesundheit des Westens. 1983 war das Jahr der großen Politik. Was viele Europäer mißmutig den amerikanischen „Unilateralismus", das einseitige Handeln, nennen, kam auf drei Feldern zum Zuge: In der Wirtschaft, in der Bündnispolitik und in der militärischen Präsenz. Der materielle Erfolg, der hier bislang zu verzeichnen ist, fällt weniger ins Gewicht als der neue Elan, auf dem er wesentlich beruht. Weltmacht-Positionen gründen zu nicht geringem Teil auf Selbstbewußtsein und Optimismus. Die lange Krise auf diesen Stimmungsfeldern haben die Amerikaner offensichtlich überwunden.

In der Folge, das zeigte sich in diesem Jahr, ist es für den Rest der Welt, also auch für die Verbündeten, schwieriger, mit Washington umzugehen. Angesichts des Endes der Rezession und besonders kräftiger Wachstums-Bewegungen im modern strukturierten Süden und Westen der USA ist die europäische Kritik an der enormen Staatsverschuldung und Hochzins-Politik leiser geworden. Die Nachrüstung wurde eingeleitet, trotz allen Knirschens und Ächzens. Ein Vor und Zurück wie im Falle der Neutronenwaffe blieb dem Westen erspart, dank der Entschlossenheit der USA, ein strategisches Loch in Europa zu verhindern. Das Bündnis erwies sich als funktionsfähig.

Größere Bedenken in dem noch etwas depressiv gestimmten Europa lösten die militärischen Bewegungen Washingtons aus. Die Schwerpunkte liegen in Mittelamerika und im Nahen Osten. Die Aktion in Grenada wurde zeitweilig auch in Bonn falsch eingeschätzt. Ihr Sinn bestand darin, die Ausweitung des sowjetischen Diversionszentrums Kuba zu vereiteln und die Infektionsgefahr auf der kontinentalen Landbrücke einzudämmen. Dort sind vitale Interessen Washingtons berührt. Seit der Kuba-Krise 1962 gehört es zu den einfachen Wahrheiten, daß der sowjetische Einfluß in der Karibik und in Zentralamerika die strategische Bewegungsfähigkeit der USA behindern soll und tatsächlich behindert hat. Was soll also die Aufregung, wenn Washington weiteren Versuchen dieser Art entgegentritt?





„Macht an sich"? Sowjet-Verteidigungsminister Ustinow FOTO: UPI

Schwieriger ist die Situation im Nahen Osten, wo die USA als Friedenstruppe operieren und zwei ungleichen, kaum faßbaren Gegnern gegenüberstehen: Der sowjetisch munitionierten syrischen Machtpolitik und der – nach westlichen Maßstäben – irrationalen islamischen Revolution Teherans, die alle noch konservativen, an Verbindungen zur westlichen Welt interessierten Länder Arabiens und Nordafrikas bedroht. Im Unterschied zu Mittelamerika fehlt den Amerikanern für dieses Krisengebiet das Konzept. Der Druck auf Israel, das Libanon-Engagement aufzugeben, und der neue Druck, der erledigten PLO doch noch eine Chance zu bieten, verschlechterten die Lage. Schlachtschiffe bewirken nicht viel in einem weitgehend terroristischen Krieg.

Ein ungleich besseres Bild bietet sich in der pazifisch-asiatischen Region, wo sich die Sowjetunion noch unsicherer bewegt als die USA im Mittleren Osten. Afghanistan ist sicher nicht Vietnam – dafür fehlen die Fernsehkameras. Aber der lang anhaltende Guerrilla-Krieg bindet Energien und kostet, weil er nicht endet, Ansehen. Das Engagement in Indochina kostet viel Geld und stärkt die Widerstandskräfte der Gegenseite. Während die Sowjetunion in Ostasien keine Forschritte erzielt, auch nicht gegenüber China, treffen die USA auf pazifische Gegenküsten, die ihre Operationen begünstigen. Mit dem Besuch des chinesischen Premiers Zhao Ziyang in Washington und der Reise Reagans nach Peking wird das gegenseitige Interesse deutlicher hervortreten.

Global betrachtet ist das nun beendete Jahr an die Vereinigten Staaten gegangen. Europa partizipiert daran. Es erhält allerdings nur Leihgaben, weil eigener Gewinn die politische Einigung voraussetzte, von der die freien Staaten der alten Welt weiter entfernt sind denn je.

IM GESPRÄCH Joao Baena Soares

Er glaubt an die OAS

Von Manfred Neuber

In Südamerika hört man zuweilen, dort gebe es zwei Fremdsprachen: Englisch und Portugiesisch. Dieses Aperçu ist vor allem als hispanische Spitze gegen Brasilien gedacht. In anderen Republiken wurde der große Nachbar stets mit leisem Mißtrauen betrachtet. Diese Einstellung hat sich in jüngster Zeit dank der geschickten Diplomatie Brasiliens gewandelt.

So ist es keineswegs überraschend, wenn ein Brasilianer als aussichtsreichster Anwärter für die Nachfolge des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), des Argentiniers Alejandro Orfila, gilt. Es ist Joao Clemente Baena Soares (52), der Chef des Itamarati, also der höchste Karrierediplomat im brasilianischen Außenministerium.

Orfila steht seit 1975 an der Spitze der OAS. Aus Enttäuschung über das geringe politische Gewicht dieser Organisation in interamerikanischen Angelegenheiten kündigte er auf der letzten OAS-Jahrestagung in Washington für Anfang 1984 seinen vorzeitigen Rücktritt an. Orfilas zweite Amtszeit von fünf Jahren läuft erst 1985 aus. Nun soll schon im kommenden März ein Nachfolger gewählt werden.

Brasilia hätte wohl kaum seinen Spitzendiplomaten für den OAS-Posten nominiert, wenn es der Wahl dieses Mannes nicht sicher wäre. Baena Soares könne mit breiter Zustimmung in Lateinamerika und durch die Vereinigten Staaten rechnen, heißt es. Demnach dürfte die Rechnung für Brasilien aufgehen.

Den drei anderen Bewerbern bleibt dann nur die Rolle eines Zählkandidaten. Es sind Luis Marchand aus Peru, dessen Handikap darin liegt, daß mit Javier Perez de Cuellar schon ein Landsmann derzeit UNO-Generalsekretär ist, Lopez Escobar aus Paraguay, für dessen Regime wenig Sympathie vorhanden ist, und Val McComie aus Barbados, der bereits als stellvertretender Generalsekretär in den Diensten der OAS steht.



Auch mal Portugiesisch auf dem Subkontinent: Baena Soares FOTO: AP

Zur Begründung für seinen überraschenden Schritt hatte Orfila die begrenzten Befugnisse des Generalsekretärs und die geringe Wirksamkeit der OAS angegeben. Sein Amt sollte mit der gleichen Machtfülle ausgestattet sein, die ein UNO-Generalsekretär hat. Anstatt geschlossen zu handeln, verfalle die OAS meist in „Multilateralismus". Als Beispiele nannte er den Falkland-Konflikt und die Grenada-Invasion.

Baena Soares als möglichem Nachfolger geht der Ruf voraus, ein überzeugter Lateinamerikaner zu sein, der die Stellung der Mehrheit ihrer Organisation gegenüber den USA stärken will. Er ist ein enger Vertrauter des brasilianischen Präsidenten Joao Baptista Figueiredo. Gebürtig aus Belém an der Amazonas-Mündung, studierte Baena Soares in Rio de Janeiro, wo er 1962 über öffentliches Recht promovierte. Schon 1953 war er in den diplomatischen Dienst eingetreten. Seine Auslandsposten schlossen Brüssel und die UNO in New York ein. Er leitete interimistisch die Europa-Abteilung im Itamarati, dessen Generalsekretär er seit der Präsidentschaft Figueiredos ist. Durch seine Wahl würde die OAS sicherlich Auftrieb erhalten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Papst-Besuch bei dem Attentäter Agca beschäftigt viele Zeitungen:

LE FIGARO

Dieser Papst kommt nicht aus Polen, sondern aus Galiläa. Er nimmt das Evangelium genauso wie der heilige Franziskus von Assisi, wörtlich und ohne Beiwerk. Alle, die Vergebung suchen, werden ihm eines Tages auf ihrem Weg begegnen. Eines der Wörter, das am meisten in seinen Ansprachen vorkommt, lautet Barmherzigkeit. Wie viele von den Hunderten von Gefangenen, die ihn gestern erwartet haben, werden davon berührt sein? In wie vielen Herzen wird die kleine Flamme des geistlichen Lebens wieder entzündet worden sein, die allein diesen glatten und nackten Mauern, die man Gefängnis nennt, eine dritte Dimension geben kann? (Paris)

THE TIMES

Die Annahme, die das Verbrechen über eine bulgarische Verbindung bis zum sowjetischen KGB und dessen früherem Chef Juri Andropow zurückverfolgte, hat im Verlauf der Zeit nicht mehr Glaubwürdigkeit erhalten. Aber wenn auch nur irgend etwas daran sein sollte, hat sich der Papst gestern mit der gesamten Verschwörung ebenso auseinandergesetzt wie mit deren Agenten ... Die menschliche Kraft, über die der Papst verfügt, besteht in seiner Macht, Aufmerksamkeit zu fesseln und sich an die gemeinsamen Hoffnungen und Sorgen der Menschheit zu wenden. Seine Begabung für dramatischen Symbolismus kommt ihm gut zustatten. Herrschende werden ihn sorgsam beobachten, denn die Paradoxe des christlichen Lebens in seiner Anwendung auf die Angelegenheit von Staaten sind noch immer und selbst nach all den Enttäuschungen der weltlichen Geschichte der Christenheit eine Herausforderung. (London)

BERLINER MORGENPOST

Seit seiner schweren Verwundung hat Johannes Paul II. seine gesundheitliche Dynamik nicht mehr wiedergewonnen. Er ist ein verletzter Mann, ohne die strahlende Frische früherer Tage, ein Mann der Schmerzen. Gleichwohl hat dieser versehrte Pontifex gestern christliche Zeichen gesetzt. Er hat Agca, den zu lebenslanger Haft verurteilten Attentäter, der ihm das Leben nehmen wollte, als seinen Bruder bezeichnet. Er hat ihm vergeben. Er hat im Gefängnis, inmitten von Mördern, bezeugt, wie man Menschen aus ihrem moralischen Gefängnis befreien kann. Die Kugel Agcas hat seinerzeit einen Leib, aber nicht die Sache der Liebe getroffen, die der Papst vertritt.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Der Besuch sollte ein Signal setzen: Nachgeben, vergessen, verzeihen zu können stehen in unserer Ellbogen- und Konkurrenzgesellschaft als politische und private Tugenden am unteren Ende der Wert-Skala. Dazu sind wir nicht erzogen – jemandem, der uns feindselig entgegengetreten ist, ohne Bitterkeit zu begegnen ... Die Souveränität des Nachgebens, des Verzichts auf das ständige Gegeneinander-Aufrechnen, hat der Papst betonen wollen: Es ist ein großes Signal. Es muß nur verstanden werden.

Einfluß auf die Funkhäuser? Die anderen, nicht wir!

Die großen Parteien sind weniger hilfs- als konzeptionslos / Von Peter Dittmar

Sie müssen uns wirklich leid tun, unsere großen Parteien. Will man ihnen glauben, so haben sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nichts zu sagen, sind dort bösen Kräften ausgeliefert. Diesen Eindruck vermitteln jedenfalls zwei Interviews, die kürzlich in einflußreichen Branchendiensten zu lesen waren. Der Evangelische Pressedienst „Kirche und Rundfunk" führte ein Gespräch mit Frank Dahrendorf, seit Mai dieses Jahres Medienbeauftragter des SPD-Parteivorstandes, und im „medien telegramm" kam Werner Remmers, seit November Vorsitzender des Medienpolitischen Koordinierungsausschusses der CDU/CSU, zu Wort.

Beide Politiker sind sich – wie es auf den ersten Blick scheint – in vielen Punkten einig. Dahrendorf verkündet z. B.: „Unser Ziel ist es, liberalen, professionellen Journalismus zum Hauptkriterium für Besetzungen zu machen. Offenheit, nicht parteipolitische Scheuklappen oder Parteibuch, ist unsere Devise." Und Remmers erklärt: „Vor allem müssen wir auch nachdrücklicher als bisher auf sauberer handwerklicher Arbeit der Journalisten beharren. Wenn uns das gelingt, das durchzusetzen, wäre ein Gutteil der Probleme gelöst."

Beide bekennen mit dekorativer Selbstkritik, daß man bisher nicht genug für den Nachwuchs getan und „zu lange in einer reinen Verhinderungsstrategie gedacht" habe (Dahrendorf), ein Programmdirektor aber kein „Programmverhinderungsdirektor" sein dürfe (Remmers). Schuld an der Misere aber ist immer der andere. Die eigene Partei wird als eine Organisation geschildert, die den Einfluß, der ihr eigentlich zustünde, nicht zu nutzen wußte.

So behauptet Dahrendorf: „Wir glauben in der SPD tatsächlich, daß wir uns einer zentral gesteuerten Medienpolitik der CDU gegenübersehen, die in alle Rundfunkanstalten durchschlägt." Remmers dagegen: In den öffentlich-rechtlichen Anstalten „fühlen sich die wenigen unionsnahen Journalisten vom Konrad-Adenauer-Haus mehr oder weniger allein gelassen. Die SPD-Anhänger eint dagegen ein Wir-Gefühl, das von der Parteizentrale, also ihrem Pendant im Ollenhauer-Haus, auch entsprechend gepflegt wird".

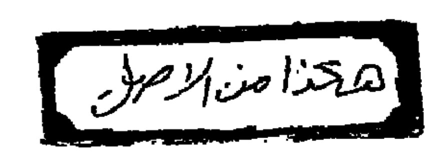
Diese Aussagen widersprechen sich nur scheinbar. Dahrendorf äußert nämlich nur Befürchtungen für die Zukunft. Was die Vergangenheit (die natürlich noch bis ins Heute reicht) betrifft, hat er ein liebliches Bild vor Augen: „Es wäre schön, wenn man alles in der schönen geordneten Welt hätte erhalten können, die wir vor fünf oder zehn Jahren gehabt haben." Remmers sieht das genauso, nur teilt er nicht Dahrendorfs Ansicht, daß das eine „schön geordnete Welt" gewesen sei.

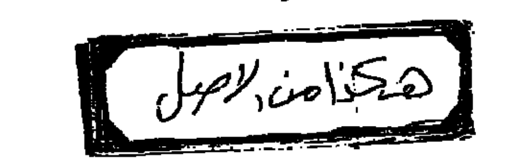
Remmers weiß, welche Fehler die CDU gemacht hat: „Unsere Unterrepräsentanz hat ein ganzes Bündel von Ursachen, dazu gehört zum Beispiel, daß sich die Union in den Anfängen von Rundfunk und Fernsehen nach dem Krieg nicht systematisch um die Journalisten gekümmert und bemüht hat." Wobei die Umschreibung „nach dem Krieg" wiederum die Zeit von den Anfängen bis in unsere Gegenwart meint. Denn im Gegensatz zur SPD, die die Medien immer sehr ernst genommen hat, hat die CDU/CSU praktisch nur von Medienpolitik geredet. Dabei spielte der Egoismus der Landesverbände eine große Rolle, während die Medienpolitik der SPD immer eine Sache der Zentrale war.

Remmers (der wievielte Medienbeauftragte der CDU/CSU?) verspricht nun Besserung: „Die Anhänger der SPD in den öffentlich-rechtlichen Anstalten vermehren sich sozusagen nach dem Prinzip der Zellteilung. Man kennt sich untereinander, Beziehungsnetze sind intakt, da zieht einer den anderen nach. Wir dagegen müssen nach dem Prinzip der Organverpflanzung vorgehen, von außen einen uns Nahestehenden in die Redaktion einsetzen. Und dann gibt es wie bei allen Transplantationen regelmäßig alle Probleme des Abstoßens, der Immunreaktion."

Diesem Prinzip Hoffnung setzt Dahrendorf eine erstaunliche Gewißheit entgegen: „In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten können wir ja nicht derart in die Minderheit geraten, daß die in Zukunft nur noch CDU-Politik machen." Vor diesem Hintergrund kann man verstehen, daß Dahrendorf namens der SPD erklärt: „Wenn wir heute völlig frei wären, Medienpolitik zu gestalten, dann würden wir das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem so erhalten wollen, wie es jetzt ist, und daneben keine privaten Anbieter haben."

Zum Glück ist die SPD nicht „völlig frei". Die Änderungen des verkrusteten Mediensystems sind allenfalls zu verzögern, aufzuhalten sind sie nicht. Trotzdem kann dem mündigen Bürger dabei nicht wohl sein. Denn während die einen wissen, was sie nicht wollen, wissen die anderen nicht, was sie wollen.





Unesco – „so radikal, daß sie ihren Sinn nicht mehr erfüllt“

Seit 1974 schwelt die Krise, 1984 kommt es möglicherweise zum Knall: Die USA werfen der Kultur-Organisation der UNO vor, zu einem sachfremden Instrument kommunistischer Propaganda geworden zu sein. Washington droht mit Austritt. Die Unesco würde in diesem Fall ein Viertel ihres Budgets verlieren.

Von H. WEISSENBERGER

Am Sitz der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kultur-Organisation der Vereinten Nationen, besser bekannt unter ihrer Abkürzung Unesco, in Paris verdichten sich die Anzeichen, daß die Vereinigten Staaten aus Protest gegen die Politisierung und die systematisch antiamerikanische und antiisraelische Haltung der Organisation ihren Austritt erklären werden.

Nach Berichten aus Washington hat Präsident Ronald Reagan auf Vorschlag von Außenminister George Shultz am Vorabend von Weihnachten den Austritt Ende 1984 beschlossen, wenn die Unesco bis dahin ihre Politik nicht entscheidend ändert. Die Regierung in Washington hat nach den Statuten der Unesco noch bis zum 31. Dezember Zeit, den Austritt für Ende 1984 zu erklären. Washington hatte schon mehrmals mit dem Auszug aus der Unesco gedroht und 1975 und 1976 seinen Beitrag gestoppt, um gegen eine Entschließung zu protestieren, in der Sanktionen gegen Israel verhängt worden waren.

Die neueste Drohung scheint diesmal unter dem Druck des konservativen Flügels von Reagans Regierungsmannschaft und der beiden Häuser des Parlaments ernsthafter zu sein als die früheren „Winke mit dem Zaunpfahl“. Das State Department befaßt sich schon seit Juni mit einer „eingehenden Überprüfung“ der amerikanischen Mitgliedschaft in der Unesco.

Der Sprecher des Außenministeriums John Hughes qualifizierte die Unesco in der vergangenen Woche als „lauthals antiamerikanisch“. Er sagte: „Seit zehn Jahren haben wir größere Meinungsverschiedenheiten mit der Unesco, vor allem wegen ihrer Politisierung, ihrer Bestrebungen zur Einschränkung der Pressefreiheit und der schlechten Verwaltung ihrer Finanzen.“

Unesco-Beamte in Paris sehen die amerikanische Drohung und den eventuellen Austritt als eine „Kraftprobe“ zwischen Reagan und der Organisation an. Die Vereinigten Staaten tragen ein Viertel des Budgets der Unesco bei, und die Aussicht, die jährlich 50 Millionen Dollar aus Washington zu verlieren, könnte die Organisation zu einer Revision ihrer Haltung bewegen.

Offenbar versucht die französische Regierung unter Staatspräsident Mitterrand, den Bruch zu verhindern. Ein Sprecher des Außenministeriums bestätigte, daß die Regierung in Paris in den letzten Tagen diplomatisch in Washington vorstellig geworden sei, um den Auszug der amerikanischen Delegation aus dem futuristischen Beton- und Glaspalast der Unesco in der französischen Hauptstadt zu verhindern.

Die Unesco war 1946 mit dem hochgesteckten Ziel gegründet worden, den Analphabetismus zu bekämpfen helfen, Entwicklungsländern Unterstützung beim Bau und der Einrichtung von Schulen, Büchereien und Laboratorien zu gewähren, weltweit Bildungsarbeit zu leisten und das Interesse der Menschheit an Kulturgütern wie den Tempelbauten von Abu Simbel und Angkor Wat zu wecken.

Doch die Atmosphäre in der Unesco wandelte sich, als sich 1960 die kommunistischen Nationen entschlossen, der Organisation beizutreten und in langsamer, aber stetiger Wühlarbeit zusammen mit Staaten der Dritten Welt das Heft mehr und mehr in die Hand nahmen. Die Sitzungen der Unesco wurden zu politischen Propaganda-Kundgebungen, kulturelle Programme wurden im Sinne Moskaus „umgedreht“, die Organisation zu einem Forum für kommunistische Thesen.

Der senegalesische Generaldirektor Amadou-Mahta M'Bow konnte oder wollte dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten. Die Krise zwischen Washington und der Unesco schwelt seit 1974, dem Jahr des Amtsantrittes von M'Bow, seit damals die Unesco Israel aus ihrer europäischen Gruppe ausschloß und ihm die kulturelle Unterstützung entzog, weil Israel durch seine Ausgrabungen „das historische Stadtbild von Jerusalem verändert“ habe.

Diese Maßnahme wurde zwei Jahre später rückgängig gemacht, doch sie war in den USA als Skandal und als Anzeichen dafür empfunden worden, daß die Unesco zum Instrument radikaler Kräfte der Dritten Welt und der Sowjetunion geworden war. Diese Auffassung wurde bestärkt, als die Unesco es unternahm, Regeln für eine „neue Weltordnung der Information“ zu definieren, die darauf hinauslaufen würde, die Presse in der gesamten Welt „an die Kette zu legen“ und Zensur, wie sie im Ostblock ausgeübt wird, weltweit einzuführen.

Die neuen Pflichten und Rechte der Journalisten, wie sie die Unesco vorschlug, standen in krassem Widerspruch zu den Vorstellungen der freien Welt über die Berichterstattung und die Presse. Daß ausgerechnet die Staaten, in denen Pressefreiheit ein unbekanntes Wort ist, bei der Ausarbeitung der neuen Regeln federführend waren, löste nicht nur empörte Proteste der westlichen Nachrichtenagenturen und Presse, sondern auch harte Redeschlachten und Kämpfe in den Kulissen der Unesco aus, bei denen wenigstens die „rauhesten Kanten“ der Unesco-Regelungen abgeschliffen werden konnten.

Ein weiterer Vorwurf der USA gegen die Pariser UNO-Agentur betrifft deren Finanzgebaren. Der Stab in Paris ist auf 2500 Köpfe angeschwollen, und amerikanische Besucher, vor allem Kongreßabgeordnete und Senatoren, waren schockiert über das „high life“ der hohen Unesco-Funktionäre. Nicht umsonst trägt in Paris die Unesco den Spitznamen des „zweitgrößten Vergnügungsreise-Unternehmens der Welt – nach der UNO in New York“.

Die amerikanische Delegation stimmte denn auch im vergangenen Monat als einzige gegen das neue Unesco-Budget für die beiden kommenden Jahre, das auf 374,4 Millionen Dollar pro Jahr erhöht wurde. Die amerikanische Chefdelegierte Jean Gerard, die seit längerem offen einen Austritt der USA befürwortet, betonte, daß sie das Budget für „übertrieben hoch“ halte und daß die Unesco-Bürokratie zu einem „Wasserkopf“ angewachsen sei. Ihre Kritik fiel schonungslos aus: „Ich bin der Auffassung, daß sie inzwischen so schief gewickelt, so radikal ist, daß sie ihren Sinn nicht mehr erfüllt, nämlich Entwicklungsarbeit zu leisten.“ Statt dessen würden Probleme, die mit den eigentlichen Aufgaben der Unesco nichts zu tun hätten wie Namibia, Israel, Abrüstung, Arafats PLO-Bewegung und die Friedensbewegung auf die Tagesordnung gesetzt. (SAD)



Unter amerikanischer Obhut: Blick aus einem Hubschrauber der US-Armee auf St. George's, den Hauptort der Karibik-Insel Grenada FOTO: DPA

Abstecher ins verhinderte Paradies

Es war noch einige Stunden Zeit für einen Abstecher auf eigene politische Rechnung: Bevor Franz Josef Strauß sich auf Karibik-Kreuzfahrt begab, verschaffte er sich – mit kleiner Begleitung – auf Grenada Eindrücke von der Situation nach den politischen und militärischen Wirren.

Von THOMAS KIELINGER

„Ein Mann Ihrer Statur“, so schmeichelt Nicholas Braithmaite, Vorsitzender der Übergangsverwaltung auf Grenada, dem Besucher aus Bayern, „wenn ein Mann Ihrer Statur kommt, dann erhalten wir hier wieder etwas Auftrieb.“ Auftrieb ist das, was die Gewürzinsel am Ende der Kleinen Antillen, eine Flugstunde von Südamerika entfernt, in der Tat dringend braucht, nicht nur seelischen, nach dem Spuk der Revolution, sondern vor allem wirtschaftlichen.

Nicht viele Politiker aus Europa haben sich bisher sehen lassen auf dem Eiland, das noch vor zwei Monaten Schlagzeilen machte und, im Rückblick auf 1983, den „kubanisch-sowjetischen Umtrieben“ (Strauß) die empfindlichste Niederlage seit langem brachte. In Europa war das Geschrei über Amerikas Vorgehen auf Grenada am größten, doch die wenigsten drängt es, Augenzeuge zu werden, und sei es zwei Monate post faktum.

Für Franz Josef Strauß, der schon seit langem auf eigene politische Rechnung zu reisen pflegt, muß die Aussicht auf einen fünfstündigen Abstecher nach Grenada zündend gewirkt haben. Er war gerade in Miami eingetroffen, um eine neuntägige Karibik-Kreuzfahrt anzutreten, hatte aber noch einen Tag frei zur Verfügung. Nun ist man freilich zwei Monate nach der US-Intervention auf Grenada nicht mehr auf amerikanische Militärtransporter angewiesen; nein, man fliegt, weitaus komfortabler, mit Canadair Inc., in einem todschicken, zweistrahligen Neunsitzer, der in 13 Kilometern Höhe einsam über allen kommerziellen Flugverkehr hinwegflitzt.

Über den Wolken der Karibik macht Strauß einen seiner weltpolitischen Exkurse, die ihn für die einen so anregend, für die anderen so rivalitätsverdächtig gemacht haben. Marianne, die „bessere Hälfte“, hat den Ledersessel gegenüber ihrem Mann geräumt und läßt die drei Washingtoner Berichterstatter ihren Mann ins Kreuzverhör nehmen.

Ehe Grenada erreicht ist, werden – nach längeren Ausflügen in die deutsche Innenpolitik – noch rasch einige Leitplanken des außenpolitischen Denkens abgesteckt. „Seit Jahr und Tag bin ich der Meinung, daß in Europa keine Kriegsgefahr besteht, daß aber Kriege, kriegerische Entwicklungen und Krisenherde es nach wie vor geben wird, im Mittleren Osten, Afrika, Fernen Osten, Mittelamerika.“ Strauß peilt so ohne Umschweife eine Grundthematik der Zeitgeschichte an: die außerhalb des NATO-Rahmens gelegenen Schauplätze der Auseinandersetzung.

Von da ist es ein kurzer Schritt in die Analyse machtpolitischer Zusammenhänge. Das drückt man am besten im Präsens aus, auch wenn der Vorfall Grenada bereits ins Imperfekt der Historie gleitet: „Wenn ein solcher Ort ein sowjetisch-kubanischer Stützpfeiler wird, dann ist das ein Signal für die anderen Karibik-Inseln, sich auf ein ähnliches Schicksal einzustellen.“ Daraus folgert Strauß: „Die Kettenreaktion einer amerikanischen Untätigkeit war eine viel größere Gefahr als die der Verhältnisse in Grenada selber und ihre mögliche Entwicklung.“

13.05 Uhr Ortszeit: Nach drei und einer Viertelstunde Flug landen wir auf dem Boden der Zeitgeschichte, flankiert von der Üppigkeit tropischer Vegetation. Zum Empfang stehen drei Damen und Herren von der neugegründeten amerikanischen Botschaft auf Grenada bereit, darunter der Gesandte Michael Yohn. Als erstes Abfertigung an der Paßkontrolle in Pearl Airport, einer Anreihung baufälliger Fassaden, die von der Ruhmlosigkeit der Revolution zu künden scheinen. Nachdem sich alle ihr Eingangsvisum haben bescheinigen lassen, geht es zu einem Hubschrauber der US-Armee, Marke „Sikorski Black Hawk“, den die Amerikaner bei ihrer Landung auf Grenada zum ersten Mal im Kampf erprobt haben.

Wir heben ab, festgeschnallt in den Wind geworfen, links und rechts ist der „Black Hawk“ vollkommen offen, seine Kampfmission unschwer verratend. Der Pilot nimmt die Route vom Flugfeld Pearl über die Nordspitze der Insel, dann im weiten Bogen entlang der Westseite nach Süden, ein Panoramaflug entlang des grenadischen Terrains. Die Insel wölbt sich in der Mitte zu 2000 Meter hohen Vulkankegeln hoch, deren undurchdringlicher Bewuchs, von niedrigen Regenwolken wie abgedeckt, ideale Schlupfwinkel bieten muß.

St. George's kommt in Sicht, die idyllische Hafenhauptstadt, auf deren vier Hügeln sich die Götterdämmerung der „Neuen Juwel Partei“ abspielte: Fort Rupert, das Armeehauptquartier, wo Premierminister Bishop und mindestens 25 Inselbewohner niedergeschossen wurden; Fort Frederick, von wo der Befehl zur Ermordung Bishops kam; Richmond Hill, das Gefängnis; und schließlich Butlerhouse, der Sitz der Regierung, das von der „Revolutionären Volksarmee“ niedergebrannt wurde, ehe die Amerikaner der dort gelagerten Papiere habhaft werden konnten.

Dann eine elegante lange Schleife über den eigentlichen Casus belli: den neuen Flughafen Westpoint Salinas, von Kubanern (fast) erbaut und von Kubanern erfolglos am 25. Oktober verteidigt. Eine große Gruppe Schulkinder winkt, ehe wir in die kleine Motorkarawane umsteigen, auf dem Weg zum Haus von Nicholas Braithmaite.

Es ist eine Fahrt wie in das verhinderte Paradies. Das Leben hat sich an diesem Feiertag in und um die Häuser zurückgezogen, manchmal sind es nur Hütten, auf Stelzen gegen die steilen Bergwände gebaut. Poinsetta, Bougainville, Hibiskus und Oleander wetteifern um den Preis der Exotik. Exotisch ist auch der Zustand der Straße – eigentlich eine Ansammlung von Schlaglöchern, die wie in erster Hilfe von den Amerikanern auf einer kurzen Strecke in die Hauptstadt hinein ausgeflickt worden sind.

Militär ist kaum mehr im Blickfeld. Es teilen sich nach dem Abzug der regulären US-Truppen 300 amerikanische Militärpolizisten, 500 karibische Friedenshüter und etwa 300 Ordnungskräfte die Aufgaben, was meistens in Form von Patrouillenfahrten im Jeep vor sich geht. Oben am Hang, im Hause von Mister Braithmaite, breitet sich der Friede nach dem Sturm und die Sorge vor neuer Unruhe in Grenada aus. Die Sorge dreht sich um die politische Apathie der Bevölkerung und um die mögliche Rückkehr des früheren Premierministers Sir Eric Gairy, der vornehmlich dank seiner Leidenschaft für fliegende Untertassen und für geheime Verhaftungskommandos in die Annalen der grenadischen Geschichte eingegangen ist.

Die Insel liegt da wie in politischer Lähmung. Dies ist ein Ort, der von Politikern fürs erste verschont bleiben möchte, Besucher aus Übersee natürlich ausgenommen. Sie sind die Nabelschnur zu einer besseren Zukunft.

Mit Braithmaite tauschen der bayerische Gast und seine Frau politische Einsichten aus. Sie drehen sich um die Beseitigung von Analphabetismus, um Libyen (Khadhafi unterhielt auf Grenada eine Botschaft – Nicholas Braithmaite kann es immer noch nicht fassen), um Wirtschaft, Subversion, Staatsstreiche, Parteiendemokratie und Entwicklungshilfe. Dieses sind so die Dialoge am Rande der Weltgeschichte, die kein Kompendium verzeichnet, aber ohne die die Dritte Welt in sich versinken würde.

Wie kann auf diesem familiären Eiland zurückgezogen lebender, freundlicher Christen der absurde Traum „leninistischer Massenbewegung“ überhaupt geträumt worden sein? Strauß ist in seinem Element. Das Fluidum der Analyse hat sich verwandelt in handfeste Anschauung: Sehend denken, den Anblick genießen, Schlußfolgerungen ziehen, Bestätigung finden. Ein Gang entlang des ausgestorbenen Hafens komplettiert das Panorama. Dabei eine Überraschung: Zwei junge deutsche Atlantik-Überquerer, von der „Akademischen Seglervereinigung Stuttgart“, treffen auf unsere Gruppe, fassungslos, ausgerechnet in Grenada, auf halber Station ihrer siebenmonatigen Meeresfahrt in ihrer Schaluppe namens „Odysseus“, dem bayerischen Ministerpräsidenten zu begegnen und die Hand schütteln zu können. Der Anblick ihrer Verdutztheit ist nicht zu beschreiben.





Im Miskito-Lager Mocoron in Honduras leben 12 000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland Nicaragua FOTOS: RUEB

Flüchtlinge im Elend: die Miskitos

Die Falschmeldung lautete, der in Nicaragua tätige Bischof Schlaefer sei von Gegnern der Sandinisten entführt und ermordet worden. Tatsächlich aber hatte Schlaefer Miskito-Indianer in das Flüchtlingslager Mocoron in Honduras begleitet. Schlaglicht auf das Schicksal einer in Nicaragua verfolgten Minderheit.

Von WALTER H. RUEB

Honduras' Nordosten ist heiß, feucht, flach und spärlich bevölkert. In der menschenfeindlichen Verlorenheit des anderthalb Flugstunden von der Hauptstadt Tegucigalpa entfernten Moskitolandes leben nur 30 000 Einwohner, dabei ist das Gebiet so groß wie Nordrhein-Westfalen. Das Trinkwasser ist knapp, Elektrizität und Telefon ein seltener Luxus. Dem Auge bietet sich außer trostloser Savanne nichts; Malaria, Tuberkulose, Riesenskorpione und Giftschlangen aber bedrohen alle, die im Departement Gracias a Dios, zu deutsch etwa Dank sei Gott, leben müssen.

Zu den Bewohnern gehören seit dreieinhalb Jahren 12 000 Miskito-Indianer, die vor der Verfolgung durch die Sandinisten im Nachbarland Nicaragua über den Rio Coco nach Honduras flohen und dort in einem UNO-Flüchtlingslager bei Mocoron Unterschlupf gefunden haben.

Der Name des Flüchtlingslagers ist Millionen Menschen rund um die Welt geläufig, besucht haben es außer ein paar UNO-Beamten, Angehörigen von Kirchen und französischen Ärzteorganisationen, des amerikanischen Peace-Corps und anderer humanitärer Organisationen sowie Fernsehteams und Zeitungsreportern nur wenige.

Mocoron liegt zu weit ab. Die Lehmpiste vom honduranischen Atlantikhafen Puerto Lempira ist nur acht Monate im Jahr befahrbar. Während der Regenzeit verwandelt sich die 90 Kilometer lange Strecke in undurchdringlichen Schlamm. Die Miskitos, die sich an der nicaraguanischen Atlantikküste stets ein Eigenleben bewahrt hatten und ihre Identität sowohl gegen Somoza wie gegen die verhaßten Sandinisten verteidigten, haben weder politischen Einfluß noch Geld.

Im Lager Mocoron gibt es ein primitives Hospital, in dem monatlich ein paar Kinder geboren werden und zwischen 50 und 60 an Unterernährung und infolge unzureichender ärztlicher Betreuung sterben. Es gibt nur Medizin für zwei oder drei Krankheiten, jedoch nicht gegen Malaria und Ruhr.

Schutz vor sengender Hitze im Sommer und tropischen Stürmen in der Regenzeit finden die Miskitos in Hütten aus Holz und Bambus. Zerzauste Pflanzendächer bedecken die armseligen Behausungen. Wasserleitungen gibt es nicht, Wasser jedoch ausreichend. Die Hygiene aber läßt zu wünschen übrig und bringt die hier tätigen Mediziner an den Rand der Verzweiflung.

Staub im Sommer, Schlamm in der Regenzeit und Langeweile während des ganzen Jahres sind die ständigen Begleiter der Menschen im Lager Mocoron. Viele Kinder sind unbekleidet, Schuhe tragen nur die Männer.

Viele Miskitos tragen an den Unterarmen die Initialen ihrer Namen. Sie wurden schon einmal Geflohenen nach der Ergreifung von den Sandinisten eingebrannt. Wer durch das Lager geht, begegnet noch vielen anderen Beweisen für den Leidensweg der Miskitos. Krüppel, Blinde und Kranke auf Schritt und Tritt. Gelacht wird selten. Hunger, Verfolgung, Krankheit, Krieg und Vertreibung haben dem Mischvolk schwarzer Sklaven und weißer Holzfäller die Lebensfreude genommen.

Jetzt stehen die 12 000 geflohenen Miskitos vor einer schweren Entscheidung: Sollen sie in die Heimat zurückkehren und neue Verfolgungen durch die Sandinisten riskieren, oder sollen sie im Lager Mocoron bleiben – sicher zwar, aber mit allen Entbehrungen?

Die Warnung vor dem Beben kommt aus dem All

Die meisten bebengefährdeten Gebiete der Erde sind bekannt, und dennoch gibt es böse Überraschungen wie am Wochenende in Guinea. Daß Katastrophen in Ballungsräumen vermieden werden können, darum bemühen sich die Seismologen durch frühzeitige Warnung. Die Institute der Bundesrepublik gelten international als führend.

Von DIETER THIERBACH

Bestürzender kann wohl nur noch das Szenario einer nuklearen Katastrophe sein: Die berühmte Golden-Gate-Bridge ist in sich wie ein Kartenhaus zusammengefallen, die Innenstadtstraßen von San Francisco sind von zwei Meter hoch liegenden Glastrümmern blokkiert. Strom-, Wasser- und Telefonversorgung sind zusammengebrochen, die Krankenhäuser überfüllt oder unerreichbar, in den Hochhäusern tobt ein „flammendes Inferno“. So werden die Folgen eines gewaltigen Erdbebens von seiten der amerikanischen Federal Emergency Management Agency (FEMA) eingeschätzt. Die Gefahr für dieses Gebiet ist akut.

Professor Rolf Meissner vom Kieler Institut für Geophysik faßt die Vorgänge auf unserem ständig zitternden Planeten so zusammen: „Mit Sicherheit kann man keine Steigerung der Erdbebenaktivitäten in den vergangenen Jahrzehnten beobachten. Es ist nur so, daß viele Landstriche stärker verwundbar sind als früher, weil der Bevölkerungszuwachs und die damit verbundene Industrialisierung bis in die entferntesten Gebiete gelangt ist.“

Aufmerksamkeit unter Experten hat das Beben im westafrikanischen Guinea am Weihnachtswochenende erregt. Rolf Meissner: „Es gibt eine Menge von solchen Intraplattenbeben. Sie sind deswegen so gefährlich, weil sie kein Mensch voraussagen kann.“ Es sind Beben innerhalb einer Erdplatte. Nach jüngsten offiziellen Angaben kamen über 300 Menschen ums Leben, 16 Ortschaften wurden beim Beben der Stärke 6,3 der nach oben offenen Richterskala verwüstet.

Die nüchternen Zahlen der Statistik sprechen für sich: „Weltweit fallen jährlich etwa 20 000 Menschen Erdbeben zum Opfer, davon allein im Mittelmeerraum 2000 bis 3000.“ Umfassende Erdbebenforschung tut also not; man bedient sich dabei modernster Mittel: Mit Hilfe von Satelliten-Laser-Messungen ist man kleinsten Erdverschiebungen auf der Spur; Genauigkeiten im 10-Zentimeter-Bereich sind ohne weiteres erreichbar. Mit größerem Aufwand kommt man auch schon in den Ein-Zentimeter-Bereich hinein. Problematisch sind allerdings atmosphärische Störungen wie Luftstreuungen, die falsch interpretiert werden können.

Kaum bekannt ist, daß die Wiege der Seismologie in Göttingen stand. Bereits am Ende des letzten Jahrhunderts wurden hier die ersten Erdbeben-Registriergeräte gebaut. Das seismologische Zentralobservatorium in Erlangen wird heute von allen deutschen geophysikalischen Instituten mitgetragen. Hier verfügt man über ein Array (= Netzwerk) von Seismographen, das als das beste und modernste in Europa angesehen wird. In Subarrays unterteilt, melden 18 Seismometer-Stationen, elektronisch untereinander verbunden, die Erdkrustenverschiebungen und ihre Auswirkungen in der Bundesrepublik.

Norwegen und Schweden verfügen über große Netzwerke, die sehr wertvoll für die Grundlagenforschung sind. Denn beide Staaten weisen wegen ihres kristallinen Grundgebirges einen sehr ruhigen Untergrund auf. Die ankommenden Signale können so besser verstärkt werden. „Normalerweise ist jedes Seismogramm gestört, sei es durch Windeinflüsse, Brandung vor den Küsten oder gar durch simplen Verkehr.“ Heute ist man so weit, daß jede nukleare Explosion, sei sie unter- oder überirdisch, auf dem Schreiber als solche einwandfrei identifiziert werden kann: Das Spektrum der Wellenarten, das Verhältnis von Kompressions- zu Scherwelle, ist wie ein verräterischer Fingerabdruck.

Die eigentlichen Seismographen sind in puncto Technik nicht weiter verbessert worden. Professor Meissner: „Stärkere Vergrößerungen werden irgendwann sinnlos, weil man dann automatisch auch den unruhigen Hintergrund mitvergrößert.“ Doch die Array-Technik zur Lokalisierung des Auslösezentrums hat entscheidende Fortschritte gemacht: Moderne Geräte arbeiten in tieffrequenten Gebieten, denn es gibt Beben, die sehr langsam ablaufen. Weisen „normale“ Beben im Nahbereich Frequenzen zwischen 50 und 0,5 Hertz (= Schwingungen pro Sekunde) auf, sind mittels elektronischer Klimmzüge langperiodische Instrumente nun in der Lage, Wellen bis 20 Sekunden Dauer zu registrieren. Auch der 100-Sekunden-Bereich ist bald keine Utopie mehr: „Das sind dann schon keine Seismographen mehr, sondern Kriechmeter.“

Den komplizierten Wellen im Erdinnern wollen deutsche Forscher in einigen Wochen auf die Spur kommen. Der Kieler Geophysiker Professor Jochen Zschau zeichnet federführend für ein Projekt, das in der Türkei in Angriff genommen wird. Hier hat man sich der großen transanatolischen Verwerfung und besonders ihrem diffusen Verlauf östlich des Marmarameeres verschrieben: „Rein statistisch gesehen, wäre diese Zone eigentlich wieder mit einem Beben dran.“ Für ein bis zwei Monate wollen sechs Geophysiker, Geodäten und Seismologen mit türkischen Wissenschaftlern die Vorläuferphänomene untersuchen.

Und da Geschwindigkeit bekanntlich keine Hexerei ist, ist sogar geplant, die anfallenden Daten über Satellit in den Kieler Großrechner einzuspeisen, wo die Auswertung Sekunden später erfolgt.

„Neues Konzept für Beziehungen zur DDR nötig"

AP, Osnabrück

Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, hat die Bundesregierung aufgefordert, ein „grundsätzlich neues Konzept" für die Beziehungen zur „DDR" zu entwickeln. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" erklärte Büchler, dies sei um so dringlicher, als sich die Ungewißheit über die Machtverhältnisse in Moskau längerfristig negativ auf das deutsch-deutsche Verhältnis auswirken könne. Mit der bisherigen Methode, „alles für Geld kaufen zu wollen", sei die Regierung kläglich gescheitert. Aktuellster Beweis dafür sei, daß die Befreiung der Kinder vom Zwangsumtausch den innerdeutschen Besuchsverkehr an den Weihnachtstagen kaum belebt habe.

Der SPD-Politiker sagte, Bonn müsse deutlich machen, daß es nicht nur Tauschhandel betreiben wolle, sondern die „DDR" als „gleichwertigen politischen Partner" ansehe, mit dem eine enge Zusammenarbeit angestrebt werde, ohne die ideologischen Gegensätze zu verwischen. Dazu gehöre die Bereitschaft zur Aufnahme direkter Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer, zur Tolerierung einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft, zur Auflösung der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter und zur Klärung der Grenzfrage an der Elbe.

Reisen aus „DDR" um 40 Prozent gestiegen

rtr, Bonn

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" ist 1983 gestiegen. Wie Regierungssprecher Peter Boenisch gestern mitteilte, nahm in den ersten elf Monaten dieses Jahres die Zahl der Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in und durch die „DDR" gegenüber dem Vergleichszeitraum von 1982 um 4,4 Prozent zu. Im Transitverkehr von und nach West-Berlin gab es eine Steigerung um 3,3 Prozent, im grenznahen Verkehr um drei Prozent. Besonders hervorzuheben sei die Zunahme von Reisen von Bewohnern der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland um 40,5 Prozent, sagte Boenisch. Im Verkehr innerhalb beider Teile Berlins habe es allderings keine Steigerung gegeben.

Den Anstieg des Reiseverkehrs nahm die Bundesregierung nach den Worten des Regierungssprechers „mit Genugtuung" zu Kenntnis. Es sei deutlich geworden, daß sich die Menschen von bestehenden Schwierigkeiten nicht entmutigen ließen. Allerdings verweigerten die „DDR"-Behörden trotz bestehender ernster familiärer Notlagen immer noch häufig Ausreisegenehmigungen in die Bundesrepublik Deutschland.

Proteste gegen die Anlage in Dragahn

dos, Hannover

Rund 5650 Einzeleinwendungen und 23 650 Unterschriften unter „Sammeleinwendungen" gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe (WAA) in Dragahn (Landkreis Lüchow-Dannenberg) sind nach Angaben eines Sprechers der Genehmigungsbehörde, des Niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten, fristgerecht abgegeben worden. Der Schwerpunkt der Proteste gegen die WAA liege auf den radiologischen Auswirkungen der Anlage auf die Umgebung. Während des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens hatte die Bevölkerung zwei Monate lang Zeit, den Antrag der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und den Sicherheitsbericht einzusehen und Einwände zu erheben. Davon hätten nur knapp 90 Besucher Gebrauch gemacht, hieß es.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Die Außenpolitik ist nach wie vor eine Domäne unserer Partei"

WELT-Interview mit dem außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Helmut Schäfer

DW. Bonn

Die Freien Demokraten machen in der Außenpolitik keine Wende. Das versichert der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Helmut Schäfer in einem WELT-Interview. So werde entgegen den CSU-Forderungen in Windhuk kein Konsulat eröffnet. Zur Befriedung des Nahen Ostens und zur Lösung des Palästinenserproblems sollen die Europäer nach seinen Worten auf diplomatischen Wegen Initiativen einleiten. Mit Schäfer sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Schäfer, es fällt auf, daß sich Hans-Dietrich Genscher in verstärktem Maß zu Wirtschaftsthemen äußert. Tritt für die FDP die Außenpolitik hinter die Wirtschaftspolitik zurück?

Schäfer: Keineswegs. Die Außenpolitik ist nach wie vor eine Domäne unserer Partei. Außerdem hat sich die FDP gerade in jüngster Zeit wiederholt für eine fortschrittliche, vernünftige Politik gegenüber der Dritten Welt stark gemacht. An ihren Prinzipien wird sich nichts ändern.

WELT: Wird es in der Afrikapolitik, insbesondere der Namibia-Frage, nicht zuletzt angesichts der CSU-Forderungen eine Änderung geben?

Schäfer: Zunächst einmal: Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der SPD geht eindeutig hervor, daß es keine Änderung in der Südafrikapolitik gegeben hat. Es wird weder ein Konsulat in Windhuk eröffnet, solange für Namibia nicht die Unabhängigkeit erstritten ist, noch wird es gegenüber der Südafrikanischen Republik eine Änderung unserer Politik geben. Wir bestehen darauf, daß dort schrittweise die Bürgerrechte für alle verwirklicht werden. Wir haben auch gegenüber den anderen afrikanischen Staaten keinerlei Anlaß, unsere Politik zu ändern. Im übrigen: Die Forderungen der CSU erschöpfen sich in plakativen Formulierungen. Bis zur Stunde gibt es keinerlei klare Aussagen, wie überhaupt ihre „neue Afrikapolitik" aussehen soll.

WELT: Welche Chancen sehen Sie, daß die Genfer INF-Verhandlungen wieder in Gang kommen?

Schäfer: Nicht zuletzt auf Drängen von Genscher hin hat sich der amerikanische Außenminister Shultz bereit erklärt, mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko bei der Eröffnung der Stockholmer Abrüstungskonferenz zusammenzutreffen. Ich gehe davon aus, daß ein solches Treffen zustande kommt und daß dabei die vor kurzem von den NATO-Außenministern in Brüssel



Helmut Schäfer

vorgelegten Angebote zur Wiederaufnahme der Verhandlungen geprüft werden.

WELT: Wie wird sich Moskau verhalten?

Schäfer: Ich bin überzeugt, daß die Sowjetunion im nächsten Jahr zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit sein wird. Denn es muß auch in ihrem Interesse liegen, daß es zu Abrüstungsergebnissen kommt. Ich könnte mir aber vorstellen, daß man für die Gespräche über die Mittelstreckenraketen einen neuen Rahmen finden wird.

WELT: Welchen Einfluß kann die Bundesrepublik überhaupt nehmen, damit es zu einer Bewegung kommt?

Schäfer: Es ist ja in Bonn durchaus eine rege diplomatische Aktivität auch der verschiedenen Staaten des Warschauer Pakts erkennbar. Es ist ganz selbstverständlich, daß nach der Bestätigung des NATO-Doppelbeschlusses durch den Bundestag es jetzt die entscheidende Aufgabe der Bundesregierung sein wird, ihre weiterhin guten Kontakte zum Osten zu nutzen. Wir werden unsere nachdrücklichen Bitten wiederholen, daß sich Präsident Reagan mit dem sowjetischen Staatschef Andropow trifft. Darüber hinaus werden wir aber auch möglicherweise neue Initiativen ergreifen, um die Gespräche wieder in Gang zu bringen. In diesem Zusammenhang stehen die Bemühungen des Bundeskanzlers, der gerade erst eine ganze Reihe von Schreiben an die Staatschefs im Osten geschickt hat.

WELT: Zum Nahen Osten: Müssen hier neue Vorstöße gemacht werden?

Schäfer: Es ist völlig richtig, wenn die gemäßigten arabischen Staaten von den Europäern mehr Aktivitäten fordern. Das Mittelmeer ist unser Meer. Wir müssen deshalb bemüht sein, die uns schon allein aufgrund der geographischen Nähe des Nahen Ostens unmittelbar bedrohenden Konflikte über Deklarationen hinaus auf diplomatischem Wege mit lösen zu helfen. Auch wenn unsere Mittel hier beschränkt sind, so können wir das sicher nicht nur den Großmächten überlassen. Wir sollten neue Initiativen starten. Insbesondere mit den wichtigsten Staaten dieser Region wie zum Beispiel Syrien.

WELT: Und Israel?

Schäfer: Nachdem Israel nahezu alle Vorschläge einschließlich des Reagan-Plans abgelehnt hat, muß es erkennen, daß ohne eine Lösung des Palästinenser-Problems es einfach keinen Frieden in dieser Region geben wird. Die Regierung in Jerusalem sollte endlich konstruktive Vorschläge vorlegen, mindestens aber Zeichen setzen. Außerdem sollte die Bundesregierung versuchen, bei ihren dortigen Gesprächspartnern ihren Einfluß geltend zu machen, damit die militärischen Auseinandersetzungen beendet werden. Ich glaube, daß dies der Bundeskanzler bei seinem Besuch im Januar vortragen wird.

Seite 2: Im liberalen Sandkasten

Erste Pershing-2-Raketen an Neujahr einsatzbereit

Fahrplan für weitere Stationierung wird eingehalten

CAY GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Eine Batterie der 56. US-Feldartillerie-Brigade in der Bundesrepublik Deutschland mit neun Pershing-2-Raketen erreicht um Mitternacht am 31. Dezember Einsatzbereitschaft. Dies verlautet von informierter Seite in der NATO. Das gleiche gilt für eine Staffel („flight") von 16 Cruise Missiles mit vier Werfern auf dem amerikanischen Stützpunkt in Greenham Common westlich von London. Auf dem Stützpunkt Comiso in Sizilien wird die erste Cruise-Missile-Staffel in wenigen Wochen einsatzbereit sein.

Damit hat die NATO ihr Ziel erreicht, noch vor Jahresende 1983 die ersten nach dem Nachrüstungsbeschluß von 1979 in Europa zu stationierenden US-Waffen feuerbereit zu machen. Von amerikanischer Seite wird dazu betont, daß der vorgesehene Fahrplan für die Stationierung weiterer Waffen nach vorliegenden Informationen ohne Verzögerungen eingehalten werden könne. Schon in den nächsten Wochen würden weitere Waffen in Europa eintreffen.

Rätsel für den Gegner

Der zum Jahreswechsel erreichte Zustand wird in der militärischen Fachsprache als „initial operational capability" bezeichnet. Gemeint damit ist die Herstellung einer ersten Einsatzbereitschaft aus der Sicht der Einheitsführer. In den kommenden Wochen werden Inspektionsteams nach NATO-Standard den Einsatz- und Ausbildungsstand der Einheiten überprüfen. Erst dann treten die unter nationalem US-Befehl stehenden Einheiten unter das in Krisenzeiten geltende Kommando der NATO.

Politisch bedeutet die Unterstellung der neuen Waffen unter den *NATO-Oberkommandierenden*, den amerikanischen General Bernard Rogers, jedoch auch, daß auf dem Weg über den ständigen NATO-Rat bei einer möglichen politischen Freigabe dieser Waffen die Stellungnahme eines Stationierungsstaates berücksichtigt wird. Rogers ist bei einem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen nicht frei, er bedarf als Oberbefehlshaber einer Koalitionsarmee der Zustimmung der NATO-Partner. Damit ist noch immer nicht entschieden, ob er solche Waffen einsetzen kann: Die letzte Entscheidung liegt bei amerikanischen Nuklearwaffen beim Präsidenten der USA.

Diese Tatsache wirkt im Sinn der NATO-Strategie der „flexible response", deren Ziel es ist, dem Gegner Rätsel über die möglichen Reaktionen des Angegriffenen aufzugeben. Ein einzelner – der Präsident – ist schwerer berechenbar als ein Gremium, das sich bei verschiedenartigen Interessenlagen unter Umständen unter massiven Druck setzen ließe.

Politische Stabilität

Auf diese Weise wird nach Ansicht der NATO mit Hilfe der neuen Waffen politische Stabilität in Europa erreicht. Dabei wird vielfach übersehen, daß ein entscheidendes Element zur Erzielung von Stabilität die Beweglichkeit der neuen Waffen ist. Die Friedensstandorte der Mittelstreckenwaffen sind dem Gegner bekannt. Dort wären sie ein leichtes Ziel.

Beim Vorliegen gewisser Indikatoren für eine Spannungszeit dürfte der NATO-Oberbefehlshaber dafür sorgen, daß die Mittelstreckenwaffen ihre Friedensstandorte verlassen. Würde die NATO auf die Beweglichkeit der Systeme verzichten, ergebe sich daraus politische Instabilität. Mit anderen Worten: Der Zweck der Nachrüstung wäre verfehlt. An den Orten ihrer normalen Stationierung würden diese Waffen Ziel eines sowjetischen Angriffs werden können. Sie würden zum Präventivschlag herausfordern.

Was im Spannungsfall zur Bewahrung der internationalen Stabilität und damit des Friedens reibungslos funktionieren müßte, muß vorher geübt werden. Demonstrationen und sogar Blockaden in der Umgebung der normalen Standorte dieser Waffen könnten unter Umständen diesen notwendigen Prozeß behindern. In diesem Sinne könnte die sogenannte Friedensbewegung das Gegenteil dessen erreichen, was zu bezwecken sie vorgibt: Sie könnte im geeigneten Augenblick die Gefahr eines sowjetischen Erstschlags herbeiführen.

Man geht das Problem bei der NATO jedoch gelassen an, obwohl betont wird, daß theoretisch die Sachlage so ist und vermutlich von vielen Gutgläubigen in der Friedensbewegung nicht ausreichend durchdacht wurde. Sie müßten sich fragen, ob sie nicht von anderen, die andere Interessen verfolgten, mißbraucht würden. (SAD)

Rüstungsexport weiterhin nach altem Grundsatz

rtr, Bonn

Die Bundesregierung wird nach den Worten ihres Sprechers Peter Boenisch ihre „restriktive, an den Interessen unseres Landes und den Bündnisinteressen" orientierte Rüstungsexport-Politik beibehalten. Sie handele dabei nach den im April 1982 von der früheren Regierung beschlossenen politischen Grundsätzen, sagte Boenisch gestern vor der Presse in Bonn zu einem Brief von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel an Bundeskanzler Helmut Kohl. Vogel hatte darin Widerstand gegen alle Versuche der Regierung angekündigt, Waffenverkäufe über den NATO-Bereich hinaus auszudehnen und auch in Spannungsgebiete zu liefern.

Die Unterrichtung des Deutschen Bundestags über Einzelfälle des Rüstungsexports entspreche „grundsätzlich dem von der vorigen Regierung praktizierten Verfahren", sagte der Regierungssprecher. Kohl lege „größten Wert" auf die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament. Eine Vorabinformation des Bundestags über Rüstungsexporte „würde die gebotenen Verantwortlichkeiten verwischen".

FDP-Dementi zu Kabinettsumbildung

hey. Bonn

Der WELT-Bericht über in der FDP-Spitze angelaufene „perspektivische Überlegungen" für den Fall eines Rücktritts von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist gestern in Bonn offiziell zurückgewiesen worden. Regierungssprecher Peter Boenisch lehnte zu den Informationen aus der Parteispitze über eine mögliche Um- und Neubesetzung der drei FDP-Ministerien zwar eine Stellungnahme der Bundesregierung ab, er meinte aber in Übereinstimmung mit FDP-Sprecher Herbert Schmülling, daß Außenminister Hans-Dietrich Genscher den Bericht „als von A bis Z erfunden bezeichnet" habe.

Trotz dieser in der Öffentlichkeit auf Anfrage abgegebenen Dementis steht nach WELT-Informationen fest, daß es innerhalb der FDP-Führung erste Vorab-Klärungen über eine mögliche Kabinettsumbildung gegeben hat. So wurde in der Parteispitze gestern mit Nachdruck bekräftigt, daß die *FDP* auf keinen Fall eines der drei bei den Koalitionsverhandlungen ausgehandelten Ministerien zur Disposition stellen werde.

Die internen Gespräche hatten eingesetzt, weil einerseits noch immer offen ist, ob und wann das Bonner Landgericht das Hauptverfahren gegen Lambsdorff eröffnet, andererseits Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Erklärung vom 20. Dezember deutlich gemacht hatte, daß die *Eröffnung des Hauptverfahrens* eine Grenze bedeute.

Ursprünglich sollten die Erörterungen – auch über eine mögliche Präsidiumsumbesetzung bei dem Münsteraner Parteitag Anfang Juni – am Rande des Drei-Königs-Treffens der Freien Demokraten am 6. Januar in Stuttgart fortgeführt werden. Dazu soll es jetzt jedoch voraussichtlich erst am 29. Januar im Umfeld einer Präsidiums- und Vorstandssitzung in Heilbronn kommen. Dahinter steht, daß die Freien Demokraten inzwischen einen geringeren Zeitdruck sehen: Erwartet wird, daß unter anderem aufgrund der Beschwerde von Lambsdorff-Verteidiger Egon Müller das Landgericht erst in einigen Monaten, möglicherweise kurz vor den Europawahlen am 17. Juni entscheidet.

Warschau setzt Kritik an Bonn fort

dpa, Warschau

Die polnische Zeitung „Zycie Warszawy" hat abermals die Äußerung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Alois Oertes, scharf kritisiert, daß: es in den Oder-Neiße-Gebieten noch mehr als eine Million Deutsche gebe. Offizielle Kreise in Bonn erweckten den Eindruck, als ob sie im Verhältnis zu Polen „den Rückwärtsgang einlegen" wollten, meinte das Blatt.

Der Lotse von Dohnanyi hat keinen klaren Kurs

Von HERBERT SCHÜTTE

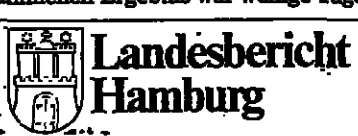
Vor dem Turmsaal des Rathauses stehen am Sonntag einige tausend Hamburger Schlange, um dem Ersten und dem Zweiten Bürgermeister Glück im Neuen Jahr zu wünschen; auf dem Rathausmarkt intoniert die Polizeikapelle „Stadt Hamburg, an der Elbe Auen ...". Klaus von Dohnanyi kann sich beim Neujahrsempfang so richtig als Landesvater fühlen, als Oberhaupt einer Stadtrepublik mit uralter Tradition, die sich in ihrer Verfassung selbst die Rolle einer „Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern" zugesprochen hat.

Wer diesen Anspruch an der Realität mißt, muß zugeben, daß der Präsident des alleinregierenden SPD-Senats heute alle Mühe aufwenden muß, um als Mittler zwischen den zerstrittenen Parteiflügeln zurechtzukommen. Zudem ist der Glanz der Hansestadt, der auf ihrer wirtschaftlichen Prosperität beruht, verblaßt. Ohne diesen Glanz hat Hamburg jedoch im Konzert der Welthandelsplätze keine Stimme mehr. Was man in der Elbe-Metropole vernimmt, sind eher die schrillen Töne innerparteilicher Machtkämpfe im Regierungslager „unvermeidliche Begleitmusik, die auf unsere Rechnung geht", wie Dohnanyi nach der letzten Senatssitzung vor Weihnachten – ausnahmsweise einmal öffentlich selbstkritisch – es formulierte.

„Hamburg ist wieder dohnanyierbar" hatte die Grün-Alternative Fraktion vor einem Jahr das Ende der „Hamburger Verhältnisse" und die Reduzierung ihrer Einflüsse auf seine natürliche Relation – auf die Mitwirkung von acht Abgeordneten in der Bürgerschaft – beschrieben. Der Bürgermeister glaubte, endlich Luft zu haben für aufgestaute Entscheidungen: Der Haushalt wurde verabschiedet, der Senat um fünf Köpfe ergänzt, mit der Parole „Klare Verhältnisse" setzte der Senat für 1983 volle Segel.

Doch das Staatsschiff machte keine Fahrt, der Lotse im Nadelstreifenanzug hatte keinen klaren Kurs – außer, daß er zum Jahresende eine „neue Hamburg-Politik" ankündigte, bei der die Zukunft „nicht mehr in erster Linie auf dem Wasser, sondern künftig stärker auf dem Lande liegt". Klaus von Dohnanyi schränkte vorsichtig ein, daß diese neue Orientierung einen jahre-, vielleicht jahrzehntelangen Entwicklungsprozeß benötigen werde. Was am Ende des Jahres 1983 über die Hamburger Position festzuhalten ist, liest sich nach dem Logbuch, das Oppositionsführer Hartmut Perschau vor einigen Tagen aufblätterte, außerordentlich negativ: Die Arbeitslosigkeit liegt bei 10,6 Prozent – 1,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, der Hafenumschlag ging um 18 Prozent zurück, die Staatsverschuldung erhöhte sich im Jahr um 2,2 auf 15,1 Milliarden Mark, die Einwohnerzahl ging um 10 000 Personen zurück – Ende 1984 werden voraussichtlich nur noch 1,6 Millionen Menschen auf hamburgischem Staatsgebiet wohnen – und die Verwaltung wuchs weiter. Heute ist jeder vierte Beschäftigte der Hansestadt im öffentlichen Dienst oder in öffentlichen Unternehmen tätig.

Alle diese Beispiele werden den Bürgermeister gewiß nicht so erschüttern, wie die Formel, die CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau für den wirtschaftlichen Rang der Hansestadt fand. Er stellte fest: „Norderstedt ist heute ein attraktiverer Standort als Hamburg." Zu einem ähnlichen Ergebnis war wenige Tage



zuvor eine Analyse der Landesbank gekommen. Sie lautete, das „Nord-Süd-Gefälle" sei längst nicht so dramatisch wie bisher angenommen: ein großer Teil der Schrumpfung der hamburgischen Wirtschaft gehe auf das Konto der Verlagerung ins Umland.

In der Tat haben sich im schleswig-holsteinischen Randgebiet hochmoderne Betriebe niedergelassen, Unternehmen von Wachstumsbranchen, die hier schneller, kostengünstiger, unbürokratischer und zudem in einem ideologiefreien Klima bedient werden. Wenn Bürgermeister von Dohnanyi kürzlich den „zunehmenden Standortpessimismus" in Hamburg beklagte, dann liegt das nicht zuletzt an den Genossen, die bei jedem Parteitag die Privatwirtschaft verteufeln und nach immer mehr Staat rufen.

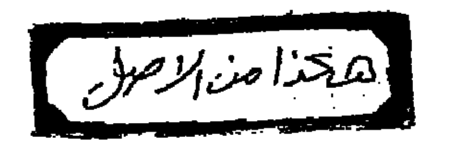
Die SPD machte es dem Rathaus-Regenten, der sich sehr viel intensiver als sein Vorgänger, Hans-Ulrich Klose, um Wirtschaftspolitik kümmert, sehr schwer, kluge Analysen in Realität umzusetzen. Der linke Flügel ist eher bereit, über die Lage in Nicaragua oder die Verhältnisse in Chile nachzudenken als über Probleme der Standortpolitik. Im Jahresrückblick des SPD-Landesvorsitzenden, Ortwin Runde, ist von Rüstungspolitik und dem in den USA angekauften Finanzkapital die Rede, speziell hamburgische Probleme kommen mit keinem Wort vor. Vorstöße der GAL im Landesparlament, Hamburg für atomwaffenfrei zu erklären, erschüttern die SPD-Fraktion in ihren Grundfesten, obwohl das Hamburger Verwaltungsgericht die Nichtzuständigkeit des Landes für Verteidigungsfragen ausdrücklich festgestellt hat.

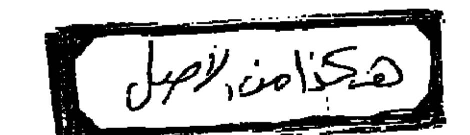
Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Perschau, zieht aus dieser Abwendung von hamburgischen Problemen den Schluß: „Die Spaltpilz-Strategie der GAL hat bei der SPD weitgehend Erfolg gehabt." Die Union – so kündigte er an – werde sich 1984 an solchen Debatten über „abstruse Initiativen" nicht mehr beteiligen.

Mit einer anfälligen Regierungsfraktion und mit einem Senat, der allenfalls den Ruhm in Anspruch nehmen kann, mit 14 Ministern die teuerste deutsche Landesregierung zu sein, muß Dohnanyi Politik betreiben. Zwei ihrer Mitglieder bieten besonders breite Angriffsflächen: Schulsenator Joist Grolle und Kultursenatorin Helga Schuchardt. Grolles Schulpolitik erhellt nichts deutlicher als das Eingeständnis eines führenden SPD-Politikers, er schicke – obwohl evangelisch – seine Kinder lieber auf eine katholische Schule als sie dem weitgehend von der GEW beherrschten Hamburger Schulsystem anzuvertrauen. Wenn der Schulsenator nach einem Verwaltungsgerichtsurteil, bei dem er unterlag, öffentlich erklärte, „Richter machen hier Politik. Ich bin nicht bereit, vor Richtern zu kapitulieren", dann sehen sich diejenigen SPD-Abgeordneten in ihrer Ablehnung dieses Senatsmitgliedes bestätigt, die meinen, Grolle belaste mit der Eröffnung immer neuer Kriegsschauplätze die Partei.

Helga Schuchardt – ohnehin ohne Basis und allein vom Wohlwollen Klaus von Dohnanyis abhängig – geht mit einem von der SPD erheblich zerrupften Haushalt ins nächste Jahr, den die CDU als „kulturpolitisches Fiasko" bezeichnete. Sie ist für den Senat kein Ruhmes-, sondern *höchstens ein liberales Feigenblatt.*

Zerrissen, wirtschaftlich um ein gutes Stück gegenüber anderen großen Metropolen der Bundesrepublik zurückgeworfen, tritt Hamburg in das Jahr 1984. Es soll – so hat Dohnanyi gefordert – das „kleinkarierte Hickhack" beenden, das als Politik ausgegeben werde. Der Bürgermeister verlangte „wir müssen Kraft und Optimismus haben". Es klingt fatal nach dem Pfeifen in einem dunklen Wald.





Unter den Linden in Ost-Berlin ein Schaufenster des Westens

Französisches Kulturzentrum wird Ende Januar eröffnet / Eingeengter Arbeitsspielraum

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Wenn Frankreichs Außenminister Claude Cheysson voraussichtlich am 25. Januar 1984 das französische Kulturzentrum an der Straße „Unter den Linden" in Ost-Berlin eröffnet, gestaltet Paris damit das erste „Schaufenster des Westens" im Ostteil der Stadt. In der Praxis muß sich erweisen, ob die „DDR"-Behörden eine eigens für den Umgang mit dem „Centre Culturel Français" formulierte Verordnung so restriktiv auslegt, wie sie sich liest. Mit westlicher Lebensart sollen die Ost-Gäste jedenfalls möglichst nicht „infiziert" werden.

Ost-Berlin selbst hatte bereits, einem früheren Fahrplan folgend, am 12. Dezember sein eigenes Kulturzentrum am Boulevard St. Germain in Paris in Anwesenheit von Außenminister Oskar Fischer eröffnet – mitten im Quartier Latin, dem Viertel der Musen. Die Konkurrenz zu dem Goethe-Institut der Bundesrepublik, in Paris ungünstiger beheimatet, liegt auf der Hand und ist von seiten der „DDR" politisch gewollt.

Ursprünglich sollte das französische Pendant in Ost-Berlin schon am 2. Dezember durch Claude Cheysson den symbolischen Schlüssel ausgehändigt bekommen. EG-Gipfel und NATO-Ratstagung machten jedoch eine Termin-Verschiebung notwendig. Die Einrichtung – im Erdgeschoß eines unscheinbaren Wohn- und Bürohauses nur wenige Schritte vom Brandenburger Tor und der riesigen Sowjet-Botschaft entfernt, befindet sich in einem ehemaligen Ladenlokal. Der Umbau kam offenbar erst voran, als sich Paris und Ost-Berlin über die Mietkosten „Unter den Linden" geeinigt hatten. Die „DDR" setzte sie offenbar, wie man hört, zunächst exorbitant hoch und nach westlichen Quadratmeter-Preisen an.

Während die Premiere in dem stuckverzierten und ornamentreichen Pariser Bau mehr von den Schlagzeilen über den flugblattverteilenden Ex-Jenaer Friedensaktivisten Roland Jahn lebte, sorgte man sich in offiziellen Kreisen über die Arbeits- und Wirkungsweise des „Centre Culturel" in Ost-Berlin. Denn im September 1983 erschien im „DDR"-Gesetz- und Verordnungsblatt eine neue Anweisung des Kultusministeriums über die „Tätigkeit von Kulturzentren anderer Staaten in der DDR". Man richtete eigens ein „Büro für Kulturzentren" ein – so, wie es seit Jahren ein „Büro für Dienstleistungen" gibt, das sich um West-Diplomaten und Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Bonns kümmert.

Dieses Büro „nimmt zur Kenntnis", was das West-Zentrum jeweils an Programmen auflegt und gibt ihm „Unterstützung". Staatliche Einrichtungen dürfen „grundsätzlich" durch dieses neue bürokratische Nadelöhr mit dem „Centre Culturel" Kontakt aufnehmen. Einschränkungen gegenüber privaten Besuchern des Zentrums lassen sich der Verordnung nicht entnehmen. „DDR"-Gäste dürfen jedoch beispielsweise „nur nach vorheriger Zustimmung" des Büros an Veranstaltungen der französischen Gastgeber teilnehmen. Eine Baudelaire-Lesung prominenter Ostberliner Schauspieler setzt folglich ein Ja der staatlichen Seite voraus.

Im Verordnungstext wird häufig auf die „Rechtsvorschriften der DDR" verwiesen, nach denen sich die Gäste zu richten hätten. Das Zentrum genießt folglich keineswegs exterritorialen Charakter. Was das „Centre" beispielsweise an seine „DDR"-Besucher verteilen will, muß es zuvor durch die staatliche Zensur filtern lassen, denn: „Herstellung und Vertrieb von periodischen und nichtperiodischen Druck- und Vervielfältigungs-Erzeugnissen durch Kulturzentren unterliegen der Genehmigung entsprechend den Rechtsvorschriften der DDR."

Ob dies dazu führt, daß beispielsweise nur die kommunistische „l'Humanité" – für „DDR"-Leser immer noch spannender genug als das „Neue Deutschland" – ausgehängt wird, wird sich ebenfalls zeigen. Die Verantwortlichen an der Seine und in der Ostberliner „Ambassade Française" sind gelassen genug und rechnen nicht mit einer restriktiven Handhabung durch Ost-Berlin. Dies wäre auch mit dem Ziel „direkterer und breiterer Kontakte und des gegenseitigen Kennenlernens" nicht vereinbar, das der französische Botschafter im anderen Teil der Stadt, Henry Bayle, am 16. Juni 1980 bei der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Errichtung von Kulturzentren nannte.

Claude Cheysson fliegt als zweiter französischer Außenminister nach Jean François-Poncet an die Spree, dem im Juli 1979 das Kunststück gelang, von Erich Honecker die Zustimmung zum „Centre Culturel" zu erreichen. Der Außenminister – er hielt sich, staatsmäßig korrekt, in „Berlin" und nicht in der „Hauptstadt der DDR" auf – hatte von diesem Zugeständnis den Abschluß des gesamten beiderseitigen Kulturabkommens abhängig gemacht. Da Frankreich jedoch eines der bevorzugtesten Felder der „DDR"-Kulturoffensive in Westeuropa ist, mochte Honecker darauf nicht verzichten.

Mit Claude Cheysson reist ein Politiker nach drüben, der vor gut einem Jahr im Westteil der Stadt anläßlich von Gesprächen mit Richard von Weizsäcker und einer Ansprache vor der „Berliner Pressekonferenz" keinen Millimeter von der „clarté" Frankreichs in Berlins Status-Fragen abwich. Er bezeichnete damals den Beitrag seines Landes für die Sicherheit und Zukunft Berlins als eine „heilige Pflicht".

Praktische Lösungen auf der Basis der Realitäten zwischen Ost und West dürften nicht die überlagernden Prinzipien vergessen, „die sich früher oder später uns allen aufdrängen müssen: die Wahrung der Menschenrechte, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung".

Vogel gegen Spekulation über Große Koalition

„Ich sehe dafür keine Perspektive" / Kritik an Kohl

dpa, **Bonn**

Gegen Spekulationen über eine mögliche Neuauflage der Großen Koalition in Bonn hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, gewandt. Der Deutschen Presse-Agentur sagte Vogel, es sei bezeichnend, daß solche Gedanken jetzt aus den Reihen der Union kämen. Dies kennzeichne das Ausmaß der Spannungen im Regierungslager. Die Spekulationen entbehrten jedoch jeder Grundlage: „Ich sehe in dieser Legislaturperiode dafür keine Perspektive."

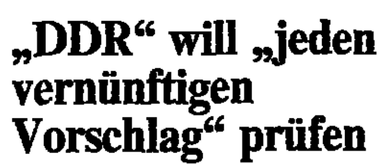
Vogel betonte, eine gemeinsame Regierung von CDU/CSU und SPD komme nur in Notsituationen in Frage. Eine solche sei jedoch zur Zeit nicht gegeben. Die SPD sei keine beliebige Verfügungsmasse, die man beschimpfen oder verleumden und kurz darauf wieder einladen könne, „schwach gewordene Mehrheiten und schwach gewordene Kanzler abzusichern".

Die Regierung Kohl habe bereits nach einem Jahr „ein Maß an Schwierigkeiten, wie sie die sozial-liberale Koalition erst gegen Ende ihrer Regierungszeit hatte", und stehe vor wachsenden Problemen, meinte Vogel. Dennoch gehe er davon aus, daß die Regierung Kohl – „mit schädlichen Auswirkungen für die Gemeinschaft" – bis 1987 halten werde, weil die FDP „auf Gedeih und Verderb dieser Koalition ausgeliefert" sei.

Die Grünen durchlaufen nach den Worten des Oppositionsführers im Augenblick einen Parlamentarisierungsprozeß, dessen Konsequenzen noch nicht beurteilt werden könnten. Falls sich die Grünen als „kompromißfähige, berechenbare, stetige politische Kraft" erweisen, „dann schließe ich sie genausowenig ein für allemal als denkbaren Koalitionspartner aus wie die anderen Parteien, die im Bundestag vertreten sind", sagte Vogel. Sollten sie jedoch diesem Prozeß nicht gewachsen sein, „dann werden sie wohl wieder aus dem Bundestag verschwinden".

Als Gefährdung für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet der SPD-Fraktionsvorsitzende die „einseitige Parteinahme" des Bundeskanzlers zu Lasten der Arbeitnehmer bei seiner Kritik an der Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche. „Dieser Bundeskanzler ergreift in einer Einseitigkeit und Lautstärke die Partei einer der beiden Seiten, nämlich der Arbeitgeber, wie dies keiner seiner Vorgänger getan hat." Es sei ein völliges Novum, daß ein Bundeskanzler gewerkschaftliche Forderungen als töricht und absurd bezeichne. Nach Ansicht Vogels sollte Kohl „dies bei nächster Gelegenheit in Ordnung bringen".

Stark belastet sieht Vogel auch die gesellschaftspolitische Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland durch die „einschneidenden Kürzungen" der Regierung im Sozialbereich, die von Januar an besonders deutlich würden.



„DDR" will „jeden vernünftigen Vorschlag" prüfen

F. D. **Berlin**

Die „DDR" ist offensichtlich bemüht, im kommenden Jahr erneute Belastungsproben im innerdeutschen Verhältnis zu vermeiden. In einer gestern im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlichten außenpolitischen Jahresbilanz wird betont, die „DDR" werde „jeden vernünftigen Vorschlag" der Bundesrepublik Deutschland „die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entsprechend dem Vertragssystem auf ein normales Gleis zu bringen, sorgfältig prüfen".

Die Bundesregierung habe mit ihrem Ja zur Stationierung dem europäischen Vertragssystem einschließlich des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" „ernsthaften Schaden zugefügt", heißt es in dem ganzseitigen Rückblick aus der Feder des stellvertretenden „ND"-Chefredakteurs Werner Micke weiter. Die „DDR" habe sich jedoch dafür ausgesprochen, den Schaden möglichst zu begrenzen. Alle Angriffe auf die Souveränität der „DDR" würden jedoch „wie bisher konsequent zurückgewiesen".

Von „großer Bedeutung und politischer Wirkung" sei der vielseitige Dialog auch mit Politikern der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin gewesen, schreibt das SED-Blatt. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang die „DDR"-Besuche von Hans-Jochen-Vogel, Egon Bahr, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Richard von Weizsäcker, Bertolt Beitz sowie Vertretern der Grünen.

Saar-FDP wieder auf Minister-Suche

Rücktritt von Henn kam auch für Insider überraschend / Keine Verlegenheitslösung

Nea. **Saarbrücken**

Obwohl über die Weihnachtstage bereits erste Gespräche über die Nachfolge des zurückgetretenen saarländischen Wirtschaftsministers Walter Henn (FDP) stattgefunden haben, will die CDU/FDP-Koalition an der Saar sich in dieser Frage zeitlich nicht unter Druck setzen lassen. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht an eine zeitweilige Übernahme des Wirtschaftsressorts durch Ministerpräsident Zeyer (CDU) gedacht.

Henn hatte, selbst für alle politischen Insider überraschend, am Abend des 22. Dezember um 19 Uhr an der Saarbrücker Staatskanzlei einen Brief an den Regierungschef überreichen lassen. Er enthielt das Rücktrittsgesuch und ein persönliches Schreiben an Zeyer. Die beiden Politiker sind einander seit ihrer Studentenzeit und aus gemeinsamer illegaler politischer Arbeit für den Anschluß des Saarlandes an Deutschland während der Nachkriegszeit freundschaftlich verbunden.

Dieser Schritt kam völlig unerwartet, weil Henn noch einige Tage vorher Zeyer telefonisch aus der Homburger Uni-Klinik die Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit angekündigt hatte. Offenbar liegt ein neuerlicher gesundheitlicher Rückschlag zwischen beiden Ereignissen. Nach nur knapp zweimonatiger Amtstätigkeit und einer öffentlichen Auseinandersetzung um seine Ruhestandsbezüge bei seinem früheren Arbeitgeber, der Vereinigte Saar-Elektrizität AG, war Henn nach einem Herzanfall in die Klinik eingeliefert worden. In Saarbrücken wird vermutet, daß der Minister bei einem Weitergehen dieser Auseinandersetzungen ernsthaften Schaden für seine Gesundheit fürchtet. Dem sei er zuvorgekommen.

Akute Probleme innerhalb des saarländischen Kabinetts entstehen durch Henns unerwarteten Rückzug nicht. Nach Paragraph 6 der Geschäftsordnung wird der Wirtschaftsminister durch den Sozialminister, in diesem Fall durch Rosemarie Scheurlen (FDP), vertreten. In den Verhandlungen um das Schicksal der Firma Arbed Saarstahl, die zur Zeit den wichtigsten Faktor für das Ressort darstellen, führen freilich weiterhin Ministerpräsident Zeyer und sein Finanzminister Professor Zeitel Regie.

Dennoch wird in Kreisen der beiden Koalitionsparteien verhalten Kritik daran geübt, daß Henn seinen Schritt nicht wenigstens intern vorher angekündigt habe. Die Suche nach einem Nachfolger hätte dann, so wird gesagt, in größerer Ruhe und Diskretion vor sich gehen können. Jetzt, so klagt der FDP-Landesvorsitzende Werner Klumpp, stehe selbst an den Feiertagen sein Telefon nicht mehr still, weil jedermann wissen wolle, mit wem er verhandele und wann denn die Entscheidung falle.

Sowohl Klumpp als auch Zeyer haben sich kurzfristig von ihren Parteigremien grünes Licht für kurzfristige Entschlüsse geben lassen. Die CDU überläßt dem Koalitionspartner traditionsgemäß die Neubesetzung des laut Koalitionspapier ihm zustehenden Wirtschaftsressorts allein. Allerdings wurde der FDP zu verstehen gegeben, daß es keine Verlegenheitslösung geben dürfe.

Daß es nach der offenkundigen Enttäuschung mit Henns Vorgänger, des schließlich von der eigenen Fraktion zum Rücktritt gezwungenen Edwin Hügel (FDP), jetzt ein fachlich fundierter, allseits geachteter und auch persönlich unumstrittener Kandidat sein muß, dessen ist sich auch Klumpp bewußt. Anfang Januar hofft er, klarer zu sehen.

Wer in Peking wohnt, erlebt Bauboom und Wohnungsnot

Von PHILIPP NORDEN

In China hat der offizielle Euphemismus für Jugendliche, „die auf Arbeit warten", im Jargon der Jugend ein Pendant für die Alten gefunden: „Die auf den Tod warten". Man braucht ihr Bett, den Stuhl, den Raum.

Neulich traf ich in Peking beim Anstehen für Brot von amerikanischer Art einen Physiker. Das Gespräch wurde mit dem üblichen chinesischen Katalog von Anfangsfragen eingeleitet: Bei welcher Einheit *arbeiten Sie? Sind Sie verheiratet?* Kinder, Junge oder Mädchen? Wieviel verdienen Sie? Dann trat ich naiv auf eine Landmine, als ich fragte: „Haben Sie eine schöne Wohnung?" Seine Haut wurde rot, sein Gesicht verzerrt, und Dynamit aus vielen Jahren ging hoch: „Wohnung? Seit 18 Jahren wohnen wir in einem winzigen Zimmer, ich, meine Frau und zwei Kinder, 18 Jahre auf 16 Quadratmetern, jahraus, jahrein, 18 lange Jahre. Wohnung? Sehe ich aus wie ein hoher Kader? Ein Zimmer, ein Taubenloch, ein Käfig. 18 Jahre lang."

An der „Mauer der Demokratie", die jetzt nicht mehr existiert, hing eines Tages folgender Anschlag: „Man müßte die Tochter von Wang Dongxing (hoher Parteiführer) heiraten, dann hätte man wenigstens eine anständige Wohnung."

Aber Peking baut. Die Stadt sieht aus wie eine einzige Baustelle. Bagger, Kräne, Planierraupen, Kipper, Betonmischer, Baugruben, Straßensperren, Umleitungen überall. Der Generalplan sieht vor: Satellitenstädte, mehr U-Bahn-Linien, mehr Straßen, Schnellstraßen, neue Läden und Restaurants in Schnellbauweise, vielstöckige Hotels, Kaufhäuser und Wohnblocks, Abriß der traditionellen Atrium-Häuser.

Es gibt schnelle und langsame Baubrigaden. Die langsamsten sind die Baukommandos der Armee, die *oft bei zivilen Bauprojekten eingesetzt* werden. Die schnellsten sind die Bauern-Maurer vom Land, die unter Vertrag arbeiten. Für ein Projekt erhalten sie eine festgelegte Summe. Je schneller sie bauen, desto schneller bekommen sie ihr Geld und können ein neues Projekt übernehmen. Für sie ist Zeit Geld.

Die Mietshaus-Architektur steht vor einem Dilemma: Die Regierung würde einerseits gern hoch bauen, denn Land ist knapp; und, vielleicht noch wichtiger, hohes Bauen wird gleichgesetzt mit modernen Zeiten. (Kein Film ohne wenigstens eine Szene vor den Wohntürmen von Jianguomenwai, dem Diplomatenviertel, das architektonisch als das modernste Pekings gilt). Aber: Wer hoch baut, braucht Aufzüge, und Aufzüge brauchen Strom, und Strom ist knapp. Daher haben die meisten Pekinger Mietshäuser nur fünf Stockwerke. Beim sechsten Stock verlangt die Vorschrift einen Aufzug.

Planungsfehler gibt es wie in anderen Ländern auch. Es wird berichtet, daß das Joint-Venture-Hotel am Zoo davon betroffen ist. Es hat die Gestalt eines aufrecht stehenden Buches. Und es heißt, der Winkel zwischen den beiden Buchdeckeln sei in der betonierten Wirklichkeit anders als im Bauplan. Der Bauleiter wurde gefeuert, die Ingenieure und Meister wurden um einen Rang degradiert. Der Architekt eines Schulhauses wurde letztes Jahr gar hingerichtet, *da kurz nach Fertigstellung die Dek*ke einstürzte.

Andere Planungsfehler haben einen politischeren Hintergrund. Der neuere Flügel des Peking-Hotels, 17 Stockwerke hoch, sollte ursprünglich viel höher werden. Doch einem aufmerksamen Kader fiel während des Bauens plötzlich ein, daß ausländische Gäste von noch höheren Zimmern aus mit Feldstechern das etwa zwei Kilometer entfernte Zhongnanhai ausspionieren könnten, wo höchste Führer wohnen.

Der Bauprozeß wurde sofort gestoppt. Das Parkgelände wurde mit Regierungsgebäuden sozusagen abgedichtet, die hoch genug sind, daß sie den „Spionen" die Sicht verwehren.

Was viele Chinesen verständlicherweise freut, Ausländer aber bedauern, ist der Abriß der alten Chinesen-Viertel, Labyrinthe von kleinen Häusern, Innenhöfen und Gassen. Fremde glauben, es müsse idyllisch sein, hier zu leben, ist doch jeder Innenhof ein eigener kleiner Kosmos mit Blumen, kleinen Bäumen, Wäscheleinen, aufgeschichteten Briketts und Kohlköpfen. Aber fließendes Wasser gibt es nicht und Toiletten auch nicht.

In traditionellen Pekinger Innenhöfen gilt das Nordhaus als das Beste, weil dort über den Hof die Sonne in die Fenster scheint. Doch ein Freund erzählte mir, daß von dem Nordhaus, in dem seine Familie wohnt, nur Böses ausgegangen ist, seit es vor hundert Jahren gebaut wurde. Der erste Besitzer, ein reicher Kaufmann, zog bald aus und verkaufte, weil das Haus ein schlechtes „Feng-shui" (geomantische Lage) hat. Viele Chinesen meinen nämlich bis heute, daß je nach Wohnstatt der Totengeister, der unterirdischen Drachen und Tiger, manche Orte verflucht sind.

Die Familie meines Freundes wurde vor mehr als dreißig Jahren in diesem „Geisterhaus" einquartiert, und viel Unglück ist seitdem über sie gekommen. Mutter und Bruder starben in diesem Haus; hier hatten die Rotgardisten seine Eltern mißhandelt, hier wurde er selbst depressiv. Soweit er zurückdenken kann, wünscht er sich auszuziehen, nur weg von dem Dunstkreis dieses „Feng-shui". Aber wohin?

Savimbis Truppen holen sich immer mehr Erfolge

Angolas Widerstand will Zusammenarbeit koordinieren

MONIKA GERMANI, **Johannesburg**

Südafrikas Angebot, seine Truppen aus dem Süden Angolas vom 31. Januar 1984 an probeweise für vier Wochen abzuziehen, ohne daß die angolanischen Streitkräfte die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) und die Kubaner die Situation in ihrem Sinne ausnützen würden, ist sowohl von Angola als auch vom Führer der prokommunistischen Swapo abgelehnt worden.

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits die ersten Truppen von Untergrundkämpfern der Swapo auf dem Weg nach Südwestafrika/Namibia, um in der beginnenden Regenzeit, unter dem Schutz des hohen Grases und der dichteren Vegetation, wieder nach Süden vorzudringen. Die Anzahl der Anschläge auf die Zivilbevölkerung ging stark zurück.

In den letzten Monaten war es in Namibia kaum mehr zu Zwischenfällen gekommen. Der Winter der südlichen Hemisphäre mit der Trockenzeit erschwert den langen Anmarschweg aus Angola. Bedingt durch die Tatsache, daß die von Südafrika und Namibia gemeinsam gebildete Armee ständig im Süden von Angola steht, wurden die meisten der Swapo-Eindringlinge bereits vor der Grenze nach Ovamboland entdeckt.

Im Oktober trafen sich die Führer der angolanischen Widerstandsbewegung, um die künftige Zusammenarbeit zu koordinieren: Jonas Savimbi, dessen Unita den größten Teil Südangolas, vor allem an der Grenze mit Sambia, kontrolliert, Holden Robertos FNLA, die vom Norden aus operiert, und FLEC, die Widerstandsbewegung in der Öl-Enklave Cabinda.

Anfang Dezember begannen die Sowjets erneut mit einem massiven Waffenaufbau in Angola, darunter Boden- und Luftraketen vom Typ Sam 8, die gegen südafrikanische Militärflugzeuge eingesetzt werden sollen. Nach Angaben der südafrikanischen Armee wurden außerdem 60–70 mobile Radarstationen nach Südangola gebracht.

Inzwischen konnte die Unita aber ihre bisher größten Erfolge im Kampf gegen die angolanischen Truppen (FAPLA), verbuchen; sie sind etwa 104 000 Mann stark. Savimbis Truppen betreiben auch auf einer Länge von 400 Kilometern die Benguela-Eisenbahn, die ansonsten seit der Unabhängigkeit 1975 durch die Sabotage der Unita nicht mehr im Betrieb ist. 125 Kilometer südlich der Hauptstadt Luanda bewegt sich der gesamte Fahrzeugverkehr nur noch in von Regierungstruppen geschützten Konvois.

Die kubanischen Truppen wurden von 25 000 auf 33 000 verstärkt; die 8000 Mann waren von Äthiopien hierher versetzt worden. Der Unita gelang es außerdem, in die Diamentenprovinz von Lunda Norte im Norden vorzustoßen und die Stadt Alto Chicapa am 29. November einzunehmen. Der britische Journalist Fred Bridgeland, der die Unita begleitete, berichtete darüber.

Angolas Präsident Eduardo dos Santos hat politische Differenzen mit dem „starken Mann" der Regierungspartei MPLA, Parteisekretär Lucio Lara, einem engen Freund Moskaus. Dos Santos und ein gemäßigter Flügel innerhalb der Partei sind einer Koalition mit Savimbi nicht abgeneigt, um den inzwischen acht Jahre währenden Bürgerkrieg zu beenden. Auch Savimbi selbst ließ bereits oft der Presse gegenüber verlauten, er wäre für eine Zusammenarbeit mit „gewissen Kreisen in Luanda, und er habe Kontakte zur MPLA". Als Lucio Lara vor zwei Wochen 3000 Mitglieder der MPLA – es handelte sich größtenteils um Anhänger dos Santos – aus der Partei ausschloß, wurde dies als Säuberungsaktion gegenüber „liberalen Elementen" und als Schwächung der Position des Präsidenten gewertet. Der Ausschluß war ein energischer Schritt in Anbetracht der Tatsache, daß von den acht Millionen Angolanern nur 27 000 Parteimitglieder sind. Davon sind allerdings 40 Prozent Beamte in Verwaltung und Militär, 17 Prozent Landarbeiter, 11 Prozent Bauern und sechs Prozent Intellektuelle.

„Menschenrechte finden wieder mehr Achtung"

Lage in Lateinamerika / WELT-Gespräch mit C. Sepulveda

MANFRED NEUBER, **Bonn**

In Lateinamerika hat sich im ablaufenden Jahr die Menschenrechts-Situation leicht gebessert, wie der Vorsitzende der Interamerikanischen Kommission für die Menschenrechte, César Sepúlveda, in einem Gespräch mit der WELT in Bonn feststellte.

Sepúlveda sieht „einen allgemeinen Trend zur Achtung der Menschenrechte und zur Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen" auf dem Subkontinent. Als markantestes Ereignis nennt er den Wechsel vom Militärregime zu einer gewählten Regierung in Argentinien.

Die „größte Sorge" bereiten noch der Menschenrechts-Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die mittelamerikanischen Republiken El Salvador, Guatemala und Nicaragua sowie die südamerikanischen Staaten Chile und Surinam. Doch es wächst die Bereitschaft, die Vorhaltungen zu respektieren.

Der Völkerrechtler Sepúlveda, seit vorigem Sommer zugleich Vorsitzender der Interamerikanischen Menschenrechts-Kommission, ist Botschafter Mexikos in der Bundesrepublik Deutschland. Seine etwas günstigere Lagebeurteilung spiegelt auch der Jahresbericht seiner Kommission an den OAS-Rat wider.

Nach dessen Beratungen im November in Washington sind weitere positive Entwicklungen eingetreten: Die neue Zivilregierung in Buenos Aires gab eine Garantie-Erklärung für die Menschenrechte ab. Das sandinistische Revolutionsregime in Managua versprach die Einhaltung verschiedener Grundrechte.

Wie Botschafter Sepúlveda der WELT mitteilte, konnte durch die Vermittlung der Interamerikanischen Menschenrechts-Kommission vor allem das Los der Miskito-Indianer in Nicaragua und in Honduras erleichtert werden. Managua erließ Anfang Dezember eine Amnestie für Miskitos, und Flüchtlinge aus Lagern in Honduras sollen in ihre angestammten Gebiete in Nicaragua heimkehren dürfen. Die Interamerikanische Menschenrechts-Kommission kann nicht von sich aus, sondern nur auf Anrufen von anderer Seite tätig werden. Durch Untersuchungen vor Ort und Beratungen in regelmäßigen Sitzungen versucht sie, über die Einhaltung der Menschenrechte in Lateinamerika zu wachen.

Bereits 1969 entworfen, trat die Amerikanische Konvention der Menschenrechte erst 1978 in Kraft – Grenada vollzog damals als elfter Staat die Ratifikation. Die von Militärregimen beherrschten Länder, denen die meisten Verstöße gegen die Menschenrechte vorgehalten werden, blieben abseits.

Gegen Guatemala und Surinam richtet sich die schwere Anklage, daß politische Gegner ohne ordentlichen Prozeß hingerichtet worden sind. In El Salvador und wiederum in Guatemala wird das spurlose Verschwinden von Tausenden und das blindwütige Morden sogenannter „Todesschwadronen" beklagt.

Chiles Sicherheitsorganen wird im Jahresbericht der Interamerikanischen Menschenrechts-Kommission „Irrationalität" und brutales Vorgehen gegen regierungsfeindliche Demonstranten vorgeworfen. Während Boliviens zivile Regierung um Aufklärung des Schicksals der Verschollenen früherer Militärregime bemüht ist, werden neue Fälle aus Honduras und aus Nicaragua gemeldet.

Mit Befriedigung wird verzeichnet, daß Chile mehreren tausend seiner Staatsbürger im Exil die Heimkehr freigestellt und daß Brasilien den Prozeß der demokratischen Normalisierung fortgesetzt hat. Unverändert kritisch wird die Lage in Haiti, Nicaragua, Paraguay und Uruguay gesehen.

Auf Kuba werden nach dem Urteil der Interamerikanischen Menschenrechts-Kommission die elementarsten Menschenrechte mißachtet. In einem 240 Seiten umfassenden Sonderbericht, der in dieser Woche zum 25. Jahrestag der Revolution am 1. Januar in Washington veröffentlicht wurde, ist der „totalitäre Charakter" des Castro-Regimes herausgestellt.

Sowjetunion: Verschmutzte Seen, tote Landschaft

Mißwirtschaft und Abwässer führen zu schweren Umweltschäden / Strafen bewirken wenig / Kritik Andropows

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Der sowjetische Staats- und Parteichef Andropow hat in seiner im ZK-Plenum verlesenen Rede erstmals öffentlich auf Umweltschäden hingewiesen. Zeitungsberichte der letzten Zeit ließen ebenfalls den Schluß zu, daß mit dem Umweltschutz so manches im argen liegt.

Kaum scheint die „Perle Sibiriens", der ehemals glasklare Bakalsee, vor dem Untergang bewahrt worden zu sein, kommen vom Ladogasee bei Leningrad alarmierende Nachrichten. Hier wie dort geht die größte Gefahr von Zellulosekombinaten aus. Für die Herstellung einer Tonne Zellulose werden über 1000 Tonnen Wasser benötigt, das anschließend völlig verdorben abfließt. Am Baikal ist die Lage nach offizieller Darstellung inzwischen wieder „relativ" normal. Doch am Ladoga ergießt sich das vergiftete Spülwasser der Fabrik seit 20 Jahren ohne Unterlaß und ungereinigt in einen Nebensee. Dieser anderthalb Kilometer lange Drosdawasee ist längst eine Kloake, deren Gestank kaum das Atmen zuläßt. Von hier fließt das schaumige Wasser in den Ladoga weiter.

Biologisch hält das 18 000 Quadratkilometer große Gewässer noch durch, obwohl die Fischwirtschaft bereits Millionenverluste erlitt. Die Qualität des Wassers, einst so klar und weich wie im Baikalsee, hat sich aber dramatisch verschlechtert. Ständig erreichen ihn Abwässer aus Industrie- und Wohngebieten sowie der Landwirtschaft. Sie sind nur zu fünf Prozent geklärt. Über den Wolchow werden ihm Phosphorsalze aus Aluminiumhütten in einer solchen Menge zugeführt, daß er nach Einschätzung von Experten in zwei Jahrzehnten verfault wäre, wenn nicht rasch etwas geschieht. Zu stürmischen Aktivitäten kam es bisher aber nur auf dem Papier, wie die „Literaturnaja Gaseta" bemerkte.

Weiter nördlich, im Gebiet von Archangelsk, haben Holzfäller elf der 48 Flüsse durch Mißwirtschaft schwer geschädigt. Vor dem Transport wurden die Stämme nicht gelagert, sondern gleich ins Wasser geworfen. Nach einem längst nicht ausgereiften Verfahren sollte das möglich sein. Mit verwesenden Bäumen vollgestopft, starben die Flüsse auf großen Abschnitten ab.

Wo der Wald gerade aus ökologischen Gründen am meisten geschont werden müßte, sei in der russischen Föderation stellenweise besonders viel gefällt worden. Weil der Transport dort leichter fiel, habe man in der Nähe von Wohngebieten und entlang der Flüsse den „grünen Reichtum des Landes grausam vernichtet", klagte die Zeitung „Sowjetskaja Rossija". In der Nähe der Flüsse des Gebiets von Kalinin, ebenso von Kaluga, verschwanden 90 Prozent des Baumbestandes. Ob im europäischen Rußland oder im Ural, auf ausgedehnten Flächen um Wologda, Perm und Iwanowo seien nur „nackte Mondlandschaften" zurückgeblieben.

Die Wolga, Rußlands mächtiger, vielbesungener Strom, ist besonders fischreich. Die Hälfte der jährlichen Ausbeute an Flußfischen entnimmt das Land diesem 3690 Kilometer langen Flußgiganten. Die wertvollsten Arten, darunter der Lachs, sind sogar zu 90 Prozent hier konzentriert, vor allem im Mündungsdelta am Kaspischen Meer. Dieser Reichtum ist in Gefahr. Um den guten Ruf der Wolga „wiederherzustellen", hat der Wissenschaftler Sibirzew eine Änderung der Wassernutzung gefordert. Zur Laichzeit im Frühjahr sollten die Wasserkraftwerke hinter der Fischpflege zurückstehen.

Persönliche Strafen bewirken bei Betriebsleitern und Agronomen fast nichts, sie liegen zwischen 30 und 70 Rubeln. Auch wenn die Fabriken belangt werden, spüren sie es kaum; ein Düngerwerk hatte gerade 849 Rubel zu zahlen. Das Ministerium für Wasserwirtschaft der RSFSR traf es härter: Es wurde zur Abgabe von 206 000 Rubeln verurteilt, weil die von ihm eingerichteten Pumpstationen Kleinfische in beträchtlicher Menge auf die bewässerten Felder beförderten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schritte zum Rogers-Plan

Sehr geehrte Herren,

mit der Forderung nach einer Erhöhung des Verteidigungsaufwands der NATO hat ihr Oberbefehlshaber, General Bernhard Rogers, im Grundsatz recht. Dieser Aufwand muß sich an der Bedrohung des Bündnisses durch die militärischen Optionen und die politischen Ziele der Sowjetunion ausrichten. Einstweilen gibt es keinen Anlaß zu bezweifeln, daß die Moskauer Führung zur Fortsetzung ihrer Politik willens und fähig ist, nicht zuletzt dank der Wirtschaftshilfe und des Technologietransfers aus der freien Welt.

Man muß General Rogers aber auch darin zustimmen, daß es im Sozialaufwand des Bündnisses Reserven gibt, die den Verteidigungshaushalten zugeführt werden könnten, ohne daß die Sache der Gerechtigkeit Schaden nimmt. Damit hat der General doppelt recht, denn nichts ist so teuer wie der Tribut an eine Heilslehre, die die Dynamik der Volkswirtschaft erdrosselt. Aber bis diese Einsicht mehrheitsfähig wird, müssen die Europäer wohl noch viel Lehrgeld bezahlen.

Andererseits schuldet Rogers der Öffentlichkeit Aufklärung darüber, mit welchem Zeitbedarf er rechnet, wenn der Verteidigungsaufwand verdoppelt werden soll, und welche Lasten dabei auf die Europäer zukämen. Der Streit um die Nachrüstung zeigt, daß rüstungspolitische Vorhaben der Vorbereitung durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit bedürfen. Um unnötige Spannungen zwischen dem NATO-Oberkommando und den europäischen Regierungen zu vermeiden, könnte man auf Gedanken zurückgreifen, die General a. D. Franz Joseph Schulze kürzlich vor dem verteidigungspolitischen Ausschuß des Bundestages vorgetragen hat.

General Schulze hat dargestellt, daß die militärische Kraftentfaltung der NATO von der demographischen Entwicklung im Bündnis ebenso eingeschränkt wird wie von der Verknappung der verfügbaren Finanzierungsmittel. Die Stärkung der konventionellen Abschreckung lasse sich nur schrittweise verwirklichen. Deshalb sei die Festlegung auf weit ausgreifende Gesamtprogramme nicht vordringlich. Man müsse vielmehr verhindern, daß die Weichen für die Zukunft falsch gestellt werden.

Dieses Konzept hat General Schulze mit konkreten Vorschlägen untermauert, die den Rogers-Plan auf einen Kern zurückführen, der unter den gegebenen Voraussetzungen waffentechnisch durchführbar und finanzierbar erscheint. Daß nicht jeder Schritt auf diesem Wege viel Geld kosten muß, beweist die Anregung, die Aufklärungsmittel der assignierten Streitkräfte sollten den NATO-Kommandeuren bereits im Frieden operativ unterstellt werden.

Mit freundlichem Gruß
W. Fleischer,
Hamburg 70

den mitteleuropäischen Industrienationen nicht vergleichbar." Es sei Aufgabe des DGB, dem „Einheitschor" von Bundesregierung, Koalitionsparteien, Arbeitgeberverband und Medien gegenzusteuern.

Die DGB-Führung scheint blind zu sein, wenn sie nicht wahrhaben will, daß wir Europäer eben im Wettbewerb gerade mit den ostasiatischen Staaten bestehen müssen. Die provinzielle Enge des Denkens und die geistige Unbeweglichkeit, die sich in der Haltung der DGB-Führung ausdrücken, sind erschütternd und müssen, wenn sich hier nicht einiges ändert, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmerschaft in eine immer schwieriger werdende Situation drängen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Müller-Hermann,
Mitglied des
Europäischen Parlaments

Unverfrorenheit

„Grass setzt auf ‚Wehrkraftzersetzung'"; WELT vom 19. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die „Friedensbewegung", prominent vertreten durch die Herren Grass und Albertz, hat in Heilbronn „zu einer allgemeinen Wehrdienstverweigerung aufgerufen". Herr Grass will ab jetzt das tun, was bis 1945 „Wehrkraftzersetzung" genannt wurde. Er und Herr Albertz treten nun an, einen nach unserem Grundgesetz geschaffenen Teil unseres Staates, die Bundeswehr, zu zerstören! Denn nichts anderes bedeutet doch wohl „Zersetzung"!

Dabei besitzt Herr Grass die Unverfrorenheit und Arroganz, zu behaupten, er stelle sich damit „vor die Verfassung und gegen die Beugung durch den Bundestag" (gemeint der Bundestagsbeschluß zur Stationierung der Pershing II– Raketen). Woher die „Friedensbewegung" und sonstige „Bewegte", besonders aber diese prominenten „Beschützer" unserer staatlichen Ordnung sich das Recht nehmen, das nach Artikel 20(4) unseres Grundgesetzes eingeräumte Widerstandsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, bleibt ihr Geheimnis. Der Beschluß des Bundestages ist rechtmäßig nach unserer Verfassung gefaßt worden, womit jede Legitimation zu irgendeinem Widerstand verfassungswidrig ist.

Da dies so ist, haben im Gegenteil alle Bürger unseres Staates nach eben diesem Artikel 20(4) GG das Recht zum Widerstand – aber nicht, wie Grass, Albertz und andere, gegen diesen rechtmäßigen Beschluß, sondern „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen"! Und dies tun doch offenbar die Herren Grass und Albertz mit ihrem Aufruf.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes aus sittlichen oder religiösen Gründen ist das Recht des einzelnen Bürgers. Daraus eine Waffe im Kampf um politische Entscheidungen zu machen, wie es Schriftsteller und Pfarrer offenbar tun, ist rechtswidrig!

Mit freundlichen Grüßen
G-J. Rothe
Taunusstein 2

Staatsanwälte und Nachrede

Nun hat also die Staatsanwaltschaft Bonn ihre große Fleißarbeit vollendet und auf über 100 Seiten Anklage gegen den Grafen Lambsdorff erhoben. Schnell bei der Hand war man auch mit einer Klage gegen den CSU-Mann Tandler.

Aber ich habe noch nichts davon gehört, daß sie ein Ermittlungsverfahren eröffnete oder gar Anklage erhob gegen die Verantwortlichen der Strafvollzugsanstalt Rheinbach. Dort saß ein Mann ein, der wegen Polizistenmordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Es war ihm schon einmal gelungen zu entfliehen. Ehe man ihn wieder fassen konnte, verübte er mit einem Komplizen eine Serie von Banküberfällen, bei denen einige Millionen erbeutet wurden, die bis heute verschwunden sind. Diesem Mann gab die Strafvollzugsanstalt Rheinbach Urlaub zu einem „Einkaufsbummel" (!) in die Bonner Innenstadt, nur von einem Sozialarbeiter begleitet; hatte er doch bei einem ersten derartigen Ausgang bewiesen, wie brav er ist. Prompt haut er wieder ab, was man ihm ja auch nicht verdenken kann, denn finanziell ist er so gesichert, daß er irgendwo in der weiten Welt ein sorgloses Leben führen kann.

Hier lag ja doch wohl eindeutig Gefangenenbefreiung vor, ist das kein strafbarer Tatbestand mehr? Was den Fall Lambsdorff betrifft: angenommen, das Gericht spricht ihn frei (woran ich nicht zweifele), dann sollte es ihm möglich sein, nun seinerseits die Herren Staatsanwälte wegen übelster Nachrede zu verklagen. Aber nein, beamtete Juristen sind gegen alles abgesichert, siehe die Leitung der Strafvollzugsanstalt in Rheinbach.

H-D. Müller-Grote,
Königswinter 41

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es geht hier nicht um einen Flick-Skandal oder um einen Lambsdorff-Skandal, sondern um einen Staatsanwaltschafts-Skandal. Die rechthaberische, aber höchst substanzarme Showbusineß, mit der die Staatsanwaltschaft geltungssüchtig, also sachwidrig das Theater einer Mammut-Pressekonferenz inszeniert hat, nimmt ihr – neben vielen anderen Fragwürdigkeiten – die Glaubwürdigkeit. Derartiges ist für Demokratie und Rechtsstaat unerträglich.

Ich bin daher durchaus der Meinung, daß der Bundeskanzler den offenen Kampf mit der Justiz, jedenfalls dieser Art von Justiz, aufnehmen sollte, und hoffe dringend auf eine diesbezügliche Gesetzesinitiative der Regierung. Die Politik des Landes würde entgegen der Befürchtung Loewensterns nicht beeinträchtigt, sondern verbessert, wenn Manöver, wie sie die Bonner Staatsanwaltschaft gezeigt hat, künftig unterbunden werden. Oder sollte nicht auch Frau Donnepp in den letzten Wochen ihrer Amtszeit als NRW-Justizminister eine derartige Initiative auf den Weg bringen – schon als Wiedergutmachung für die Indiskretionen, die nach allen Feststellungen kaum woanders her als aus ihrem Hause gekommen sein können?

Mit freundlichen Grüßen
W. Frickhöffer,
Heidelberg 1

Die abgelehnte Lektion

Es ist höchste Zeit, daß in eindringlicher Form auf den Vorsprung des ostasiatischen Raumes gegenüber den europäischen Industrieländern hingewiesen wird. Wir erleben gegenwärtig, wie sich das Schwergewicht der Weltwirtschaft und damit eines Tages die Weltpolitik langsam aber sicher vom atlantischen in den pazifischen Raum verlagert.

Wie groß die Unkenntnis ist, ergibt sich aus einem Briefwechsel, den ich dieser Tage mit dem DGB-Chef Ernst Breit gehabt habe. Ich selbst hatte Anfang Dezember unter dem frischen Eindruck einer Reise durch mehrere ostasiatische Länder den DGB-Chef Breit aufgefordert, sich selbst ein Bild von der ostasiatischen Dynamik zu machen, indem er Japan, Hongkong, Südkorea, Taiwan und Singapur aufsucht. Er würde den Unterschied kennenlernen zwischen der zukunftsorientierten Anstrenung der ostasiatischen Länder und dem vergleichsweise müden und auf Resignation gestimmten Verhalten der Europäer. Er würde sich selbst sehr schnell davon überzeugen, wie realitätsfern die von ihm unterstützte Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist.

In der Antwort des Sekretariats des DGB-Chefs heißt es dann dazu: „Die Verhältnisse in den Beziehungen zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmen in dem von Ihnen besuchten Raum sind mit denen in

Wort des Tages

„Geduld wird oft verleumdet, vielleicht darum, weil es die Tugend ist, die sich am schwersten erlernt. Sie ist verunglimpft, verleumdet und als etwas Negatives hingestellt worden: die stille Ergebung der Gekränkten und Duldenden in ein trauriges Los und rücksichtslose Unterdrückung. In Wirklichkeit ist es gerade die Tugend, die es den Menschen ermöglicht, die meisten bleibenden Werte zu schaffen."

Sigrid Undset, norweg. Autorin und Nobelpreisträgerin (1882–1949)

Personalien

GEBURTSTAGE

Helmut Gollwitzer, emeritierter Theologieprofessor an der Freien Universität Berlin, wird am Donnerstag 75 Jahre alt. Der im bayerischen Pappenheim geborene Pfarrersohn, Schüler von **Karl Barth** und Mitglied der Bekennenden Kirche (er wurde von den Nationalsozialisten verhaftet und bekam Redeverbot), wurde einer größeren Öffentlichkeit zuerst durch sein in viele Sprachen übersetztes Buch „... und führen, wohin du nicht willst", den Bericht seiner sechsjährigen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion, bekannt. Als Teilnehmer der Anti-Atom-Bewegung, Fürsprecher der Studentenbewegung 1968 und Führungsfigur der Friedensbewegung wurde Gollwitzer zunehmend umstritten. Einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Lehrers Karl Barth lehnte die Universität Basel 1962 wegen Gollwitzers „unklarer" Haltung zum Kommunismus ab.

*

Sechzig Jahre alt wurde Prof. Dr.-Ing. **Heinz Brauer**, Ordinarius für Thermodynamik und Verfahrenstechnik an der TU Berlin. Brauer hat die Lehre von der Verfahrenstechnik durch breite Grundlagenforschung weiterentwickelt.

EHRUNG

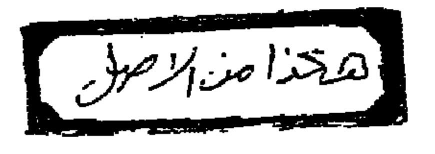
Gerhard Breiter, Toningenieur beim Deutschlandfunk in Köln, erhielt für seine 585. Übertragung eines Gottesdienstes aus der Hand von Bischof Dr. **Reinhard Lettmann** (Münster) die Gregorius-Medaille des Diözesan-Cäcilienverbandes.

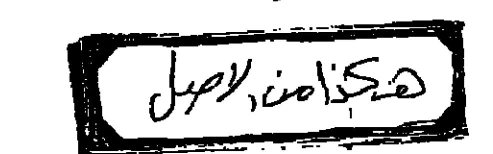
BERUFUNGEN

Der Wissenschaftliche Beirat des Deutschen Historischen Instituts in Paris hat den Marburger Geschichtswissenschaftler Prof. Dr. **Klaus Malettke** kooptiert. Daraufhin hat ihn der Bundesforschungsminister mit Wirkung vom 18. Juli 1984 in den Beirat des Instituts berufen.

*

Hanno W. Mohr, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der Effectenbank-Warburg AG, Frankfurt, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des Instituts bestellt.





Die Sowjetarmisten sind feige und scheuen den Kampf Mann gegen Mann

Von WALTER H. RUEB

Neutrale Beobachter und sämtliche Führer des afghanischen Widerstands sind sich bei der Beurteilung der militärischen Lage in Afghanistan einig: Die Sowjets haben ihre Positionen in der jüngsten Vergangenheit nicht entscheidend verbessern können, die Freiheitskämpfer aber sind nach vierjährigem Ringen besser bewaffnet und organisiert, haben an Erfahrung gewonnen, ihre Moral ist nach wie vor intakt und die Motivation groß.

„Die militärische Lage ist im Patt", umschrieb ein westlicher Militärexperte die Situation. „Jede Partei kann angreifen, wo und wann sie will, aber keine der beiden Kriegsparteien ist stark genug, strategisch wichtige Positionen unangefochten zu behaupten. Angriffe finden bald da, bald dort statt. Das Überraschungsmoment spielt stets die entscheidende Rolle."

Die Lagebeurteilung ist je nach Standpunkt in Details verschieden, völlige Übereinstimmung aber herrscht bei der Wertung der entscheidenden Fakten: Die Sowjets kontrollieren nach wie vor lediglich die großen Städte – und auch diese nicht unangefochten – sowie die strategisch wichtigen Verkehrswege.

Mohammed Nabi Mohammedi, Führer der Bewegung für die Islamische Revolution, hob die Verbesserungen der militärischen Lage hervor und verwies auf Erfolge im Kampf um wichtige Positionen rund um Kabul sowie entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze, Hashmatullah Mudjadiddi von der Front für die nationale Befreiung aber klagte über die nach wie vor unzureichende Bewaffnung der Afghanen. „Gegen eine einzige Rakete von uns können unsere Gegner Tausende einsetzen", stellte er fest. „Und gegen Panzer und Hubschrauber sind wir noch immer fast machtlos, so daß die Sowjets Terror und Ausrottung weiter fast ungehindert fortsetzen können. Die dadurch erzwungene Flucht der Zivilbevölkerung in großen Gebieten des Landes macht den Mudjahedin das Leben noch schwerer, denn sie verlieren Rückhalt und Unterstützung."

Ähnlich äußerte sich Pir Sayed Gilani von der Nationalen Front für die Islamische Revolution. „Die Bewaffnung ist nach wie vor ungenügend – obwohl täglich über hundert Soldaten von Babrak Karmal mit ihren Waffen zu uns überlaufen", sagte er. „Glücklicherweise nimmt die Kampfmoral bei uns von Tag zu Tag zu."

Die hohe Kampfmoral hob auch Burhanuddin Rabbani, der Führer der fundamentalistischen Partei Jamiat Islami hervor. Doch die Afghanen seien nicht aus Eisen und Stahl, schränkte er ein. „Deshalb muß die Welt meinem Volk endlich die Waffen geben, die ihm bisher fehlen: Waffen gegen Flugzeuge, Panzer und Hubschrauber. Ob Afghanistan Boden-Luft-Raketen und Waffen für die Luftabwehr bekommt, steht jedoch nicht fest, fest steht aber, daß das afghanische Volk in der Wahl zwischen Sklaverei und Tod nicht die Sklaverei wählen wird."

Der afghanische Widerstand hat sich im Laufe des vierten Kriegsjahres endgültig auf eine jahrelange Dauer des Kampfes gegen den übermächtigen Aggressor eingerichtet. Die noch vor Jahresfrist durch den Machtwechsel im Kreml genährten Hoffnungen auf einen Abzug der Roten Armee haben sich verflüchtigt. „Der Einfluß der Roten Armee im Kreml ist größer als je", heißt es in Peshawar. „Da ist ein Rückzug der sowjetischen Truppen unwahrscheinlich."

In Peshawar finden sich in diesen Tagen Kommandanten von Guerrillagruppen aus allen Teilen Afghanistans ein. Sie unternehmen ihre Reise in die pakistanische Etappe erstmals nicht allein, um Waffen zu beschaffen oder abzuholen, sondern um Gespräche über die geplante Einheitsfront zu führen. Am 17. Dezember beispielsweise waren fast ein Dutzend Guerrillaführer anwesend.

Ihre Berichte ergeben ein fast lückenloses Bild der militärischen Aktivitäten in jüngster Vergangenheit und Gegenwart. Danach ist der Widerstand zur Zeit im Osten und Süden des Landes sowie in der Hauptstadt Kabul am stärksten. Die Belagerung der Städte Khost und Urgun im Südosten von Kabul ist nach knapp dreimonatiger Dauer bereits legendär. Die afghanisch-sowjetische Garnison in Khost, der Hauptstadt von Paktia, muß seit Wochen aus der Luft versorgt werden. Die Mudjahedin haben zwar zwei Antonow-Flugzeuge sowie einen Hubschrauber am Boden zerstören können, in Ermangelung von Artillerie ist es ihnen jedoch bisher nicht gelungen, die Piste auf dem Khoster Flugplatz unbrauchbar zu schießen.

Unter dem Schutz schwerer Granatwerfer aber haben die Guerrillas sich jetzt in einer Stärke von 1800 Mann auf weniger als 1000 Meter an die Unterkünfte der Karmal-Soldaten herangearbeitet. Befehligt werden die Mudjahedin vor den Toren der beiden Städte von zwei bekannten Führern: Kommandant Paschachan bekommt seine Weisungen von der Front für die Nationale Befreiung, der 28jährige Said Ishaq Gilani von seinem Onkel, dem Führer der Nationalen Front für die Islamische Revolution.

Über die militärischen Aktionen vor Khost und Urgun unweit der Grenze zu Pakistan sagte Gulbuddin Hekmatyar: „Die Situation vor Khost und Urgun ist ein Anzeichen dafür, daß die Russen trotz ihrer technologischen Überlegenheit nicht fähig sind, unseren Widerstand zu brechen. Das ist ermutigend für die Zukunft."

Über Urgun wurde jetzt ein sowjetischer Hubschrauber abgeschossen. Darauf bombardierte ein sowjetisches Jagdflugzeug das Wrack mit der schwerverletzten Besatzung. Nach jüngsten Berichten sollen am Wochenende afghanische Freiheitskämpfer in die ostafghanische Stadt eingedrungen sein. Das zur Festung ausgebaute Urgun leistet jedoch noch Widerstand.

Die Eroberung weiterer Grenzposten der Karmal-Armee durch die Mudjahedin sichert die strategisch wichtigen Rückzugswege des Widerstands in die pakistanische Etappe. Der jüngste Erfolg machte vor wenigen Tagen Schlagzeilen: Nach 14stündigem Gefecht überrannten Guerrillas den Grenzkontrollpunkt Torkham am Fuße des Khyberpasses. Dabei sollen von der Besatzung über 20 getötet, drei in Gefangenschaft geraten und neun geflohen sein.

Aus dem Gebiet von Wardak im Südwesten von Kabul kamen die Guerrillaführer Haji Maschuk und Mohammed Chawsak nach Peshawar. Sie berichteten von Überfällen ihrer Kämpfer auf einen sowjetischen Konvoi mit 14 Panzern und Lkws im Tal Tangy. Ein Mißgeschick der Sowjets erleichterte den Guerrillas die Aufgabe: Ein Panzer rutschte in einen Graben und mußte wieder flottgemacht werden. Die Freiheitskämpfer nützten die Situation aus, zerschossen drei Panzer und erbeuteten große Mengen an Waffen und Munition. Beim Rückzug geriet die sowjetische Panzerkolonne auf eilig verlegte Minen. Dabei verloren die Russen zwei weitere Panzer.

Kommandant Nadjib Ghmay, ein ehemaliger hoher Offizier der afghanischen Armee, hat im Raum Wardak 3500 Freiheitskämpfer unter seinem Kommando. Er äußerte sich über die militärische Lage befriedigt, beklagte aber die einseitige Verteilung der Waffen in Peshawar. „Die Waffen kommen aus verschiedenen Ländern in Pakistan an, werden aber nur an bestimmte Gruppen weitergegeben. Es ist wahr, daß sogar Waffen verkauft werden, um Geld für andere Zwecke in die Hand zu bekommen. Den Fundamentalisten fehlt es weder an Geld noch an Waffen."

Den Sowjetarmisten stellte Ghmay ein schlechtes Zeugnis aus. „Alles, was ihnen zur Bekämpfung der Mudjahedin bleibt, sind Hubschrauber und Flächenbombardements. Die Russen sind zu feige, um aus ihren Panzern auszusteigen und sich Mann gegen Mann zum Kampf zu stellen. Nachts hören unsere vorgeschobenen Posten sie in ihren Unterkünften betrunken randalieren, weinen und heulen."

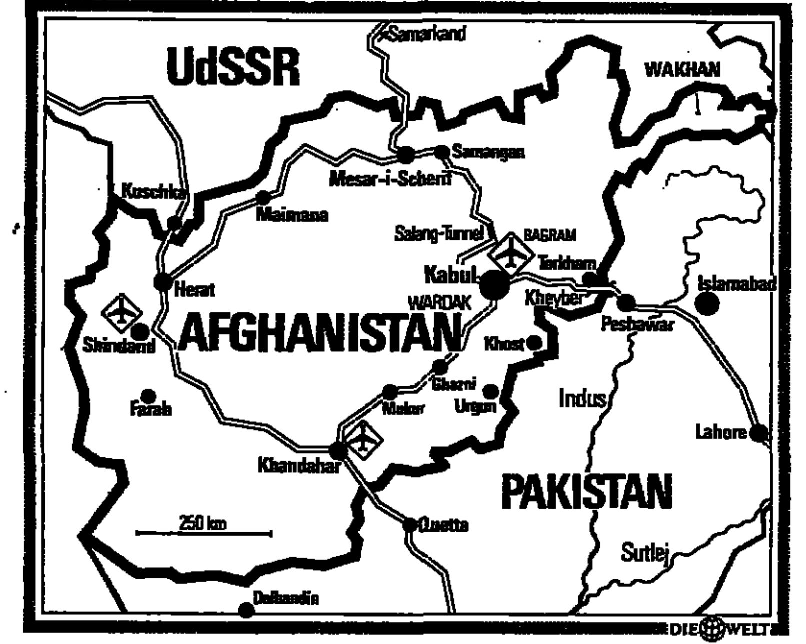
Im Norden des Landes ist der Widerstand nicht untätig. Mohammad Rafi aus Samangan östlich von Mesari-Scherif mußte jedoch zugeben, daß in seinem Gebiet für 5000 Freiheitskämpfer lediglich 300 Waffen zur Verfügung stehen. „Aber wir haben wenigstens ein paar schwere sowjetische Maschinengewehre zum Einsatz gegen Hubschrauber und drei Granatwerfer. Im Vergleich zu den Anfängen vor wenigen Jahren mit Vorderladern und einfachen Gewehren schon ein Fortschritt."

Nach seinen Angaben passieren täglich 30 bis 50 sowjetische Panzer in Konvois seine Stadt, in der keine Einheiten der Roten Armee stationiert sind. Die Panzer schützen Lastwagenkolonnen von täglich über hundert Fahrzeugen, berichtete Rafi weiter. Er legte den 650 Kilometer langen Weg nach Peshawar in 17 Tagen zurück – zu Pferd und über Kabul. „In unserer Gegend wurden viele Dörfer bei sowjetischen Vergeltungsschlägen stark zerstört", berichtete er. „Viele der Bewohner sind geflohen. Die Bombenflugzeuge kommen aus der nur 100 Kilometer entfernten Sowjetunion. Auf der Straße nach Süden zum Salangtunnel haben die Russen etwa alle 100 Kilometer Posten angelegt. Sie sind bunkerartig in den Erdboden gelegt und mit Stacheldraht und Minenfeldern gesichert."

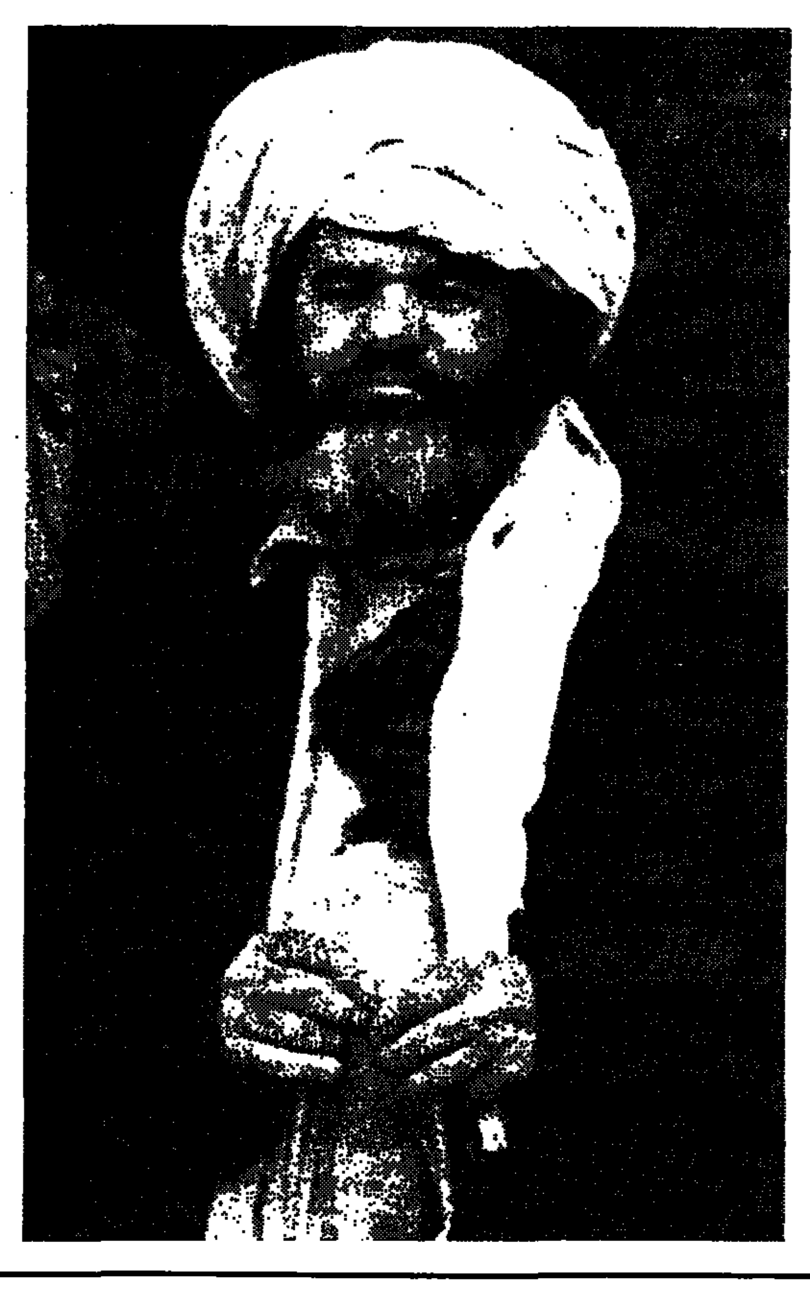
Nach Angaben von Rafi versorgen die Russen den Norden Afghanistans wegen der dauernden Sabotageakte gegen Kraftwerke über Stromleitungen aus dem sowjetischen Turkestan. Die für sie lebenswichtige Ölpipeline aber haben sie trotz der starken Aktivität der Mudjahedin bis nach Kelagay gebaut, das 25 Kilometer südlich von Polikhumri jenseits des Salangpasses liegt.

Nach bisherigen Erfahrungen nimmt die Kampftätigkeit der Guerrilla in Bergen und Ebenen im Winter erheblich ab, in Kabul aber stark zu. Insbesondere die Nächte gehören in der Hauptstadt dem Widerstand. Detonationen zerreißen fast ununterbrochen die Stille, und die Russen wagen sich nur in Panzern aus ihren Kasernen. Gulbuddin Hekmatyar sagte, daß in Kabul Anfang Dezember in einer einzigen Nacht Angriffe und Anschläge auf folgende wichtige Punkte der Stadt verübt worden seien: auf den ehemaligen Palast des Königs, die Botschaft der Sowjetunion, den Sitz von Babrak Karmal, die kommunistische Parteizentrale, ferner auf Verteidigungsministerium, Polizeiakademie, Politechnikum, Busdepot, Flughafen und sowjetische Wohnviertel.

Die Sowjets versuchten, durch Straßensperren und eine gewaltige Machtentfaltung der Stadtguerrilla entgegenzuwirken, doch sei der Erfolg gering. Hekmatyar: „Selbst die schlimmsten Mittel von Ausrottung und Terror haben keinen Erfolg. Jetzt verlangen die sowjetischen Offiziere eine Erhöhung des Militärkontingents. Dieses liegt mit 200 000 Mann schon heute bedeutend höher als immer angenommen. Das alles aber beweist, daß die Sowjets unsicher geworden sind – ein Zeichen dafür, daß der Widerstand hoffnungsvoll in die Zukunft blicken kann."







Der Widerstand hat viele Gesichter

Treffen von politischen und militärischen Führern des afghanischen Widerstands in Peshawar: Ehssanullah Mayar (oben in der Mitte), Mitglied der Verhandlungskommission für die Bildung einer Einheitsfront, bekam Besuch: unter anderem von Nadjib Ghmay (zweiter von rechts) und von Said Ishaq Gilani (ganz links). Ghmay kommandiert im Raum Wardak 3500 Mann, Gilani ist trotz seiner Jugend bereits ein legendärer Führer des Freiheitskampfes. Erstmals fotografieren ließ sich der finster blickende Guerrilla-Führer Mohammad Nasara (Foto links). Über seinen Standort im Innern Afghanistans wollten weder er noch seine Kampfgefährten aus Furcht vor sowjetischem und afghanischem Geheimdienst nähere Angaben machen. FOTOS: RUEB

Afghanistan am 4. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches

Die Freiheitskämpfer nehmen viele Sowjetarmisten gefangen, mehr aber laufen zu den Guerrillas über. Einige von ihnen sind zum Islam übergetreten, andere begehren, gegen die Rote Armee zu kämpfen. In einem Gespräch enthüllen zwei übergelaufene Rotarmisten, wie es um Moral, Disziplin und Kampfbereitschaft der Roten Armee steht, ein Sowjetarmist gibt einen Augenzeugenbericht über Greuel gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung.

Am Samstag, 31. Dezember, in der WELT

USA kritisieren Verurteilung von Regimekritikern

AP, Washington

Das amerikanische Außenministerium hat die Verurteilung von sechs sowjetischen Regimekritikern in diesem Monat beklagt. Dieses Vorgehen spiegele Moskaus „offenkundige Mißachtung der Meinung der Welt" wider. Die Urteile seien in einer Zeit gefällt worden, zu der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Weihnachtsfeiertage gerichtet gewesen sei, hieß es in einer Erklärung des Ministeriums. Diese Verurteilungen dürften nicht die „Vorboten einer größeren sowjetischen Kampagne der Unterdrückung von Menschenrechtsaktivisten in der Zukunft werden".

Wie es in dem am Dienstag veröffentlichten Kommuniqué weiter dazu heißt, wurden die betreffenden Personen hauptsächlich auf Grund religiöser Überzeugungen verurteilt. Es handele sich – nach einer ähnlichen Verhaftungswelle im Oktober – um die zweite Urteilsserie dieser Art seit dem Beginn der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid.

Das Außenministerium zählte folgende Fälle auf:

Am 2. Dezember wurde der litauische katholische Priester Sigitas Tamkevicius wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda" zu sechs Jahren Haft und vier Jahren Verbannung verurteilt.

Am 6. Dezember wurde Tatjana Trusowa zum Gericht bestellt, angeklagt und noch am selben Tag wegen „Parasitentums" zu 18 Monaten Arbeitslager verurteilt. Die Verurteilte ist die Frau eines regimekritischen Künstlers, der eine sechsjährige Freiheitsstrafe absitzt. Sie hatte mehrere Monate lang vergebens Arbeit gesucht.

Am 7. Dezember wurden zwei lettische Baptisten verurteilt, denen nationalistische Betätigung vorgeworfen wurde: Janis Roskalns erhielt fünf Jahre verschärfte Zwangsarbeit und drei Jahre Verbannung, Janis Veveris vier Jahre verschärfte Zwangsarbeit.

Am 15. Dezember wurden Sergej Chodorowitsch und Wladimir Albrecht zu drei Jahren verschärfter Zwangsarbeit und anschließend drei Jahren Arbeitslager verurteilt. Sie hatten sich um Angehörige inhaftierter Regimekritiker gekümmert, und Albrecht hatte Dissidenten vor Gerichten in ihrer Verteidigung beraten.

Deutsche Bischöfe werfen Managua Lüge vor

„Nicaragua betreibt eine Desinformationskampagne"

KNA, Bonn

In ungewöhnlich scharfer Form hat der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, die Informationspolitik der sandinistischen Regierung von Nicaragua kritisiert. Gleichzeitig forderte er insbesondere alle Nachrichtenagenturen auf, Angaben der nicaraguanischen Regierung über kirchliche Vorgänge „sorgfältiger zu prüfen".

In einer gestern veröffentlichten Stellungnahme erklärt der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, die Falschmeldung der Regierung von Nicaragua über die angebliche Ermordung des Bischofs Salvator Schlaefer sei nicht der erste Fall „einer mehr als fragwürdigen Informationspolitik". Der Regierung von Nicaragua sei es in diesem Fall um das zu verurteilende Ziel gegangen, mit der „falschen Information ihren innenpolitischen Gegner zu treffen". Bischof Schlaefer hatte vor Weihnachten mehr als 3000 Miskito-Indios auf ihrer Flucht aus Nicaragua in das benachbarte Honduras begleitet. Während des dreitägigen Marsches des Bischofs und der Indios hatte die Regierung von Nicaragua erklärt, Schlaefer sei von Gegnern des sandinistischen Regimes entführt und ermordet worden. Später korrigierte sie sich.

Als weitere Beispiele „vorsätzlicher Lüge" nennt Schätzler die während des Papst-Besuches in Nicaragua von sandinistischen Organisationen inszenierten Störungen des Gottesdienstes, „die in bewußter Verzeichnung der Wahrheit als Ausdruck einer innerkirchlichen Opposition dargestellt wurden". Bereits zuvor sei Pater Bismarck Carballo, der Sprecher von Erzbischof Obando y Bravo, „in eine kompromittierende Situation gezwungen worden, um ihn in vorsätzlicher Lüge als Ehebrecher öffentlich zu diskreditieren".

Nach den Worten des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz müssen alle diese Falschdarstellungen über die Kirche in Nicaragua als „Teil einer Desinformationskampagne betrachtet werden, die die Glaubwürdigkeit der Bischöfe Nicaraguas untergraben und die kirchentreue Haltung des überwiegenden Teils der Katholiken in Frage stellen soll".

Hirsch: Schwierige Reise Kohls nach Israel

hey. Bonn

Von der Regierung in Jerusalem wird die Frage der deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien während des ersten offiziellen Israel-Besuchs von Bundeskanzler Kohl (24. bis 29. Januar) zum wichtigsten Thema gemacht werden. Sie werde „alles überschatten", meinte gestern nach viertägigen Gesprächen mit Mitgliedern der israelischen Regierung und der Parteien der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch in Bonn.

Er sei „ganz sicher, daß der Bundeskanzler sich Gesprächen über Waffenlieferungen nicht entziehen können wird". Nach seinem (Hirschs) Eindruck erwartet man in Israel, daß der deutsche Regierungschef am Ende seines Besuchs in dieser Frage „zu irgendeinem Ergebnis kommen" werde. Sollte es zu einer nicht im Sinne Israels liegenden Entscheidung kommen, müsse „mit sehr starken Reaktionen" gerechnet werden, fügte der FDP-Politiker hinzu. So hätten seine Gesprächspartner gefragt, ob eine Änderung der von Bundeskanzler Konrad Adenauer begründeten Politik der Aussöhnung eingeleitet werden solle.

Sagte Gromyko Reise nach Stockholm zu?

Genscher: Konferenz kann Weg zur Vertrauensbildung öffnen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zur Eröffnung der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Abrüstungsmaßnahmen (KVAE) am 17. Januar nächsten Jahres werden wahrscheinlich alle 35 Außenminister der KSZE-Staaten reisen. Auch der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat offensichtlich über diplomatische Kanäle seine Teilnahme zugesagt. Entsprechende Vermutungen wurden in Bonn bestätigt, nachdem Bundesaußenminister Genscher in einem Aufsatz von sich mehrenden Anzeichen in dieser Richtung gesprochen hatte.

Genscher, der sich als FDP-Vorsitzender zur Außen- und Sicherheitspolitik im kommenden Jahr äußerte, forderte eine „Absage an Angst, Resignation und Kleinmut". Das kommende Jahr müsse bestimmt sein von dem westlichen Bemühen, mit der Sowjetunion über die „Raketen-Frage" hinaus den „Versuch zu einer breit angelegten stabilen Regelung des West-Ost-Verhältnisses mit langfristiger Perspektive" zu starten. Als dafür geeigneten Platz nannte Genscher die bald beginnende Stockholmer Konferenz. Sie könne den Weg öffnen „zu umfassender Vertrauensbildung, Abrüstung und kooperativer Sicherheit".

Die Sowjetunion müsse nach Genschers Worten dabei nicht ihre Ideologie aufgeben, doch sei sie nach ihrer Bereitschaft gefragt, als Staat mit der größten Machtfülle in Europa „ein auf Gleichheit, Gleichgewicht und Vertrauen gestütztes Sicherheitssystem zu akzeptieren", für das die amerikanische Rolle unverzichtbar sei.

Mit Blick auf das konventionelle Übergewicht Moskaus forderte Genscher von den westlichen Bündnispartnern, „der konventionellen Verteidigung die angemessene Aufmerksamkeit (zu) schenken". Zur deutschen Situation meinte er, die Wehrpflicht sei Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der konventionellen Verteidigung: „Diese Glaubwürdigkeit darf bei uns nicht durch leichtfertige Gedankenspiele über die Reduzierung der konventionellen Stärke (der Bundeswehr, die Red.) als Folge der geburtenschwachen Jahrgänge gefährdet werden."

Stoppt Israel die Siedlungspolitik?

AFP, Jerusalem/Manama

Der israelische Finanzminister Yigal Cohen-Orgad ist gestern nachmittag zu Ministerpräsident Shamir zitiert worden, um seinen Vorschlag zum „vollkommenen Einfrieren" der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zu erläutern. Dies wurde aus Regierungskreisen bekannt.

In dem Haushaltssanierungsplan, der morgen in einer außerordentlichen Sitzung dem Ministerrat vorgelegt werden soll, hat der Finanzminister den Stopp der 31 geplanten Siedlungsprojekte sowie aller im Bau befindlichen Vorhaben in den besetzten Gebieten empfohlen. Der Entwurf dieses Planes wurde gestern durch den israelischen Rundfunk veröffentlicht und hat in Israel allgemeine Überraschung hervorgerufen.

Die rechtsorientierte Tehya-Partei, die über drei Sitze im Parlament verfügt und der Regierungskoalition angehört, forderte Shamir unverzüglich auf, Einzelheiten über den Entwurf in Erfahrung zu bringen. Die Partei tritt für die Annexion des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens ein und fordert nachdrücklich eine offensive israelische Siedlungspolitik in diesen Gebieten.

Die von PLO-Chef Yassir Arafat in die nordjemenitische Hauptstadt Sana einberufene Sitzung des PLO-Militärrates ist nicht zustande gekommen. Statt dessen führte Arafat Gespräche mit mehreren loyalen Mitgliedern des Militärrates. Alle anderen führenden PLO-Organisationen hatten, so Radio Damaskus, auf einem Treffen in der syrischen Hauptstadt beschlossen, der Sitzung des Militärrates fernzubleiben. Sie forderten unter anderem Arafats Rücktritt und eine neue kollektive PLO-Führung sowie die Wiederaufnahme des „bewaffneten Befreiungskampfes" gegen Irael.

Wie von unterrichteter Seite gestern in Nordjemen bekannt wurde, wird sich Arafat innerhalb der nächsten zwei Tage in die tunesische Hauptstadt begeben. Er muß sich dort vor dem Zentralkomitee seiner Fatah-Gruppe, der wichtigsten Fraktion innerhalb der PLO, für sein Treffen mit dem ägpytischen Staatspräsidenten Mubarak in Kairo rechtfertigen. Das Treffen war innerhalb der Fatah-Gruppe auf scharfe Kritik gestoßen.

„Hilfe für Grenada"

■ Fortsetzung von Seite 1

zug in Europa) betitelte ... Wir sollen aber auch nicht diese schreckliche Wertneutralität ausüben, als ob die marxistische kommunistische Wertordnung und die demokratische rechtsstaatliche Wertordnung in unserer Bewertung gleichberechtigt nebeneinander stehen."

In längeren Gesprächen mit der begleitenden Presse hob Strauß mehrfach hervor, daß die deutsche Politik stärkerer „Profilierung", daß sie „Visionen" und „Ideen" bedürfe, wobei er keinen Zweifel an seiner Absicht ließ, sich selber weiterhin aus möglichst erster Hand zu informieren und die Schauplätze der Zeitgeschichte, wo immer möglich, aufzusuchen. Dieses vor allem in die Außenpolitik drängende Interesse interpretiert Strauß selber auch als Bonus für seine eigene Partei, die CSU. Pointiert formulierte er: „Ich reise nicht aus eigener Profilsucht, sondern um die Ansätze, die CSU zu einer Provinzialpartei zu stempeln, durch Profilierung zu durchbrechen."

Befragt nach dem Zustand der Ost-West-Beziehungen, gab Strauß zur Antwort, sie seien „gesünder und realistischer, als sie es jemals seit dem Zweiten Weltkrieg waren". Die Entspannung im Weltmaßstab sei gegenwärtig „unterbrochen", doch heiße das nicht, daß diese „Pause mit Krieg ausgefüllt wird". Vielmehr sei eine Reorientierung im Gange, „die Karten werden neu gemischt". In diesem Realismus sieht der Politiker auch seine eigenen deutsch-deutschen Initiativen eingebettet. Zu Genf und den Abrüstungsgesprächen meinte Strauß: „Je weniger darüber gesprochen wird, desto leichter macht man es den Sowjets, an den Verhandlungstisch zurückzukehren."

Ausweitung der Kämpfe in Angola

DW./AP/rtr, Johannesburg

Südafrika hat die Sowjetunion und Kuba beschuldigt, hinter dem von Angola aus geplanten Vorstoß von rund 1000 Guerrilleros der südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo) nach Namibia (Südwestafrika) zu stehen.

Unterdessen hat sich die südafrikanische Invasion im Süden Angolas nach Berichten beider Seiten von gestern offenbar zu einem offenen Kampf zwischen südafrikanischen und angolanischen und kubanischen Streitkräften ausgeweitet. Bisher richtete sich der südafrikanische Vorstoß nur gegen die Swapo-Einheiten. In Militärkreisen in Pretoria hieß es, die Einsätze der südafrikanischen Militärs, mit denen die Angriffe der Guerrilleros schon im Ansatz unterbunden werden sollen, seien auch gestern fortgesetzt worden.

Eine Autorin klagt an

■ Fortsetzung von Seite 1

gen, eine bulgarische Spur zu finden haben zu nichts geführt."

Claire Sterlings Recherchen aber ergaben: Diese Spur ist eine Realität. Aus vielen Steinchen fügt sie ein Mosaik zusammen, das folgendes Bild ergibt: Agca schließt sich in der Türkei einer linken Gruppe an. Er verbringt den Sommer 1977 in einem PLO-Ausbildungslager in Libanon. Im Dezember 1977 richtet ein Unbekannter für ihn ein Bankkonto ein und macht darauf Einzahlungen.

Im Januar 1979 gesteht Agca, den türkischen Journalisten Abdi Ipekci ermordet zu haben. Im November 1979 flieht er mit Hilfe von Abuzer Ugurlu aus dem Gefängnis und erhält durch ihn einen falschen Paß. Er wird reichlich mit Geld ausgestattet und verbringt einen Sommer in einem Hotel in Sofia. Ein „Kollege" von Ugurlu verspricht ihm für die Ermordung des Papstes 1,3 Millionen Dollar.

Da es kaum anzunehmen ist, daß der bulgarische Geheimdienst einen solchen wahrhaft welterschütternden Mordauftrag auf eigene Faust vergibt, ergibt sich für die Autorin der logische Schluß, daß der Befehl aus Moskau kam: „Wenn es nicht Agcas Geständnis gäbe, hätten auch die erdrückendsten Indizienbeweise nicht ausgereicht, die Welt davon zu überzeugen, daß der bulgarische Geheimdienst im Auftrag des KGB die Ermordung des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche betrieb", schreibt Claire Stering. „Ein großer Teil der Welt will es immer noch nicht glauben, einmal, weil es wirklich unglaublich erscheint, und zum anderen, weil die westliche Welt, von ihren eigenen Regierungen bewußt irregeführt, zu der Ansicht kam, daß es niemals eine Verschwörung gegeben habe." (SAD)

FUSSBALL

Das Geschäft in der Halle

sid/dpa, Frankfurt

Dietrich Weise, Trainer des Bundesliga-Vereins Eintracht Frankfurt, ist grundsätzlich skeptisch: „Die Umstellung für die Spieler ist doch sehr groß." Aber beim Frankfurter Hallen-Fußballturnier erkannte er gleichzeitig: „Die Besucherzahlen sprechen klar dafür, daß dies als willkommene Abwechslung empfunden wird."

7000 Zuschauer kamen zum ersten Tag der Spiele – auch nicht viel weniger als zu manchem Spiel der ersten Hälfte der Bundesligasaison. Die Verantwortlichen der acht noch folgenden Veranstaltungen bis zum Beginn der Rückrunde können zuversichtlich sein. Dennoch: Die oft erstaunlichen Einnahmen aus dem Kartenverkauf decken die Etats nicht, auch hier sind Sponsoren nötig. Die Kosten in Berlin belaufen sich zum Beispiel auf 350 000 Mark, es folgen Stuttgart (300 000), Frankfurt (275 000) und Bremen (250 000).

Die Gagen für die Vereine werden dabei in unterschiedlicher Form verteilt. Startgelder als Garantie, abhängig von der Popularität eines Klubs, sind die gängigste Form. Hinzu kommt der Anreiz durch Prämien. Bremen zahlt dem Sieger zum Beispiel 50 000 Mark, in Stuttgart steht für den Turnier-Ersten ein Auto im Wert von 25 000 Mark bereit. In Uerdingen wird der Erfolg mit 30 Prozent der Netto-Einnahmen belohnt. Solche Preisgelder gewährleisten guten Sport.

In Frankfurt scheint es so, als sollte die Siegprämie nach Korea entführt werden. Die Mannschaft von Dae-Woo *Royals erweist sich als Favori*tenschreck. Sie besiegte den 1. FC. Kaiserslautern 6:4 und erreichte als einziges Team ohne Verlustpunkt die Endrunde der letzten Vier.

SPORT-NACHRICHTEN

Zwei Weltrekorde

Alma Ata (dpa) – Auf der Hochlandbahn vom Alma Ata verbesserten zwei sowjetische Läufer Weltrekorde: Konstantin Korotkow lief die 5000 m in 6:52,57 Minuten und blieb damit 2,09 Sekunden unter dem bisherigen Rekord seines Landsmannes Nikolai Kiseljow. Über 1500 m erreichte Andrej Bobrow eine Zeit von 1:53,22 Minuten. Die alte Bestmarke seines Landsmannes Igor Schelesowski (1:54,26) wurde von drei weiteren Läufern an diesem Tag unterboten.

José-Luis Clerc spielt

Buenos Aires (dpa) – Argentinien wird beim Tennis-Daviscup gegen Deutschland vom 24. bis 26. Februar in Stuttgart José-Luis Clerc einsetzen können. Der Achte der Weltrangliste nahm die Einladung des argentinischen Tennisverbandes trotz seiner persönlichen Differenzen mit Guillermo Vilas an. Über den Einsatz von Vilas entscheidet in den nächsten Tagen das Schiedsgericht des Pro Council, das den Protest des Argentiniers gegen eine über ihn verhängte einjährige Sperre verhandelt.

Langer heiratet

Augsburg (dpa) – Der beste deutsche Golfer, Bernhard Langer aus Anhausen (26), wird am 21. Januar in seinem Heimatort die Amerikanerin Vikki Carol Lopes (25) heiraten. Seine Braut stammt aus Florida und kam Weihnachten mit Langer aus den USA in das schwäbische Dorf.

Ernst Happel hilft

Wien (sid) – Der österreichische Fußball-Teamchef Erich Hof kann im Kampf um die Qualifikation für die Weltmeisterschafts-Endrunde 1986 gegen die Niederlande, Ungarn und Zypern mit der Hilfe von Ernst Happel rechnen. Der Trainer des Deutschen Meisters und Europapokalsiegers Hamburger SV sagte dies in Wien nach einer Aussprache mit Hof zu.

Konkurs beantragt

Bremerhaven (dpa) – Der ehemalige Eishockey-Zweitligaklub RSC Bremerhaven muß Konkurs anmelden. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung entsprachen 156 Mitglieder der Bitte des Vorstandes, ab sofort das Konkursverfahren zu eröffnen. Der seit 42 Jahren bestehende Verein ist mit rund 450 000 Mark Schulden belastet und zahlungsunfähig. Über die Vereinsauflösung sollen die Mitglieder am 31. Januar 1984 entscheiden.

ZAHLEN

TENNIS

72. Daviscup-Wettbewerb, Endspiel in Melbourne: Australien – Schweden 3:2. – Cash – Wilander 3:6, 6:4, 7:9, 3:6, Fitzgerald – Nystroem 6:4, 6:2, 4:6, 6:4, Edmondson/McNamee – Jarryd/Simonsson 6:4, 6:4, 6:2, Cash – Nystroem 6:4, 6:1, 6:1, Fitzgerald – Wilander 8:6, 0:6, 1:6 (auf zwei Gewinnsätze verkürzt).

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – Birmingham 1:1, Aston Villa – Tottenham 0:0, Liverpool – Leicester 2:2, Luton – West Ham 0:1, Manchester United – Notts County 3:3, Norwich – Ipswich 0:0, Southampton – Watford 1:0, Sunderland – West Bromwich 3:0, Wolverhampton – Everton 3:0.

BASKETBALL

Junioren-Turnier in Dillingen: Niederlande – Schweden 94:78, Spanien – Belgien 104:63, Deutschland – Frankreich 67:66.

EISHOCKEY

Spengler-Cup in Davos: Dukla Iglau – Schwenninger ERC 3:1.

HANDBALL

Jugend-Länderspiel in Berlin: Deutschland – Schweden 21:23.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 516 359,60 Mark, 2: 114 746,50, 3. 7751,80, 4. 121,080, 5: 9,30. – **Toto,** Elferwette: 1: 16 305,00, 2: 578,50, 3: 49,70. – *6 aus 45:* 1. 498 513,30, 2: unbesetzt, 3: 8900,40, 4. 128,60, 5. 9,50. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 45,20 2: 20,10. – Rennen B: 1: 739,60, 2. 312,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 22 188 Mark. (ohne Gewähr)

TENNIS / Australien gewann zum 25. Mal den Davispokal

Triumph eines geschlossenen Teams über Schwedens großen Star Mats Wilander

PETER SCHULZ, Melbourne

Australiens Premierminister Bob Hawke ist ein sportbegeisterter Mann. Als im September die Yacht Australia II den Amerikanern zum ersten Mal seit 132 Jahren den America's Cup abjagte, rief er einen nationalen Feiertag aus. In der Nacht zum Mittwoch (MEZ) verhielt er sich im Kooyong-Tennis-Stadion von Melbourne nicht anders als seine 13 890 Landsleute, die für das Finale im Davis-Cup Eintritt bezahlt hatten: 99 Minuten nach dem ersten Ballwechsel sprang er jubelnd von seinem Sitz auf. Von einem nationalen Feiertag sprach er nicht. Vielleicht, weil Australien nun schon zum 25. Male diesen Pokal gewonnen hat. Doch er sagte, nun sei der Pokal, der als „häßlichste Salatschüssel der Welt" verspottet und seit 1900 ausgespielt wird, wieder an seinem Platz, an den er ohnehin gehöre.

Australiens Mannschaft hat Schweden mit 3:2 besiegt – das ist für den fünften Kontinent mehr als ein flüchtiger Erfolg. Was jetzt, mit dem Premierminister an der Spitze, gefeiert wird, ist die Bestätigung, daß Australien nach einer langen Durststrecke doch wieder zu den führenden Tennisnationen der Welt gehört.

Im Überschwang der Gefühle wird dabei sogar etwas zu hoch gegriffen. Der 18 Jahre alte Pat Cash, acht Kilometer vom Kooyong-Stadion geboren, holte nach nur 99 Minuten den entscheidenden dritten Punkt durch einen deutlichen 6:4, 6:1, 6:1-Sieg über Joakim Nystroem. Nun wird Cash schon mit den Männern verglichen, die zwischen 1950 und 1967 in 18 Herausforderungsrunden dieses Wettbewerbs 15 ihrer nun 25 Siege feierten: Segdman, McGregor, Hoad, Rosewall, Emerson, Fraser, Laver, Newcombe, Stolle ...

Das letzte Davispokal-Finale gewannen die Australier 1977 in Sydney gegen Italien (3:1), schon vorher hatten sie keinen Weltklassespieler mehr hervorgebracht, wenn man einmal vom Doppel Peter McNamara/Paul McNamee absieht. Denn auch der letzte Einzelerfolg in Wimbledon liegt schon zwölf Jahre zurück (John Newcombe gegen Stan Smith/USA). Dieser Hintergrund ist wichtig für die traditionsbewußten Australier, wichtig für ihre Begeisterung um Pat Cash, der den entscheidenden Punkt gemacht hat.

Pat Cash jedenfalls blieb in der Stunde des Triumphes bescheiden. Er sagte: „Natürlich ist das der bisher schönste Augenblick meines Lebens. Daß ich jetzt der jüngste Spieler in der langen Geschichte des Davis-Cups bin, der mithalf, den Pokal zu gewinnen, macht mich stolz. Ich habe die Nacht zuvor kein Auge zugemacht, der Druck war riesig. Im Moment stehe ich im Mittelpunkt, aber man sollte dabei nicht vergessen, was die anderen geleistet haben, und daß wir letztlich wohl aufgrund unseres phantastischen Teamgeistes gewonnen haben."

Phantastischer Teamgeist – das mag stimmen. Es war auch ein Beweis für die richtige Arbeit von Coach Neal Fraser (50), der von 1958 bis 1963 in 21 Spielen um den Davis-Cup nur dreimal geschlagen wurde. Fraser scherte sich nicht um die Trainingsergebnisse und fällt 24 Stunden vor dem ersten Ballwechsel eine Entscheidung, die wohl in vielen anderen Mannschaften Streit hätte ausbrechen lassen. Er überging im Einzel die beiden 30 Jahre alten Mark Edmondson und Paul McNamee. Die beiden wurden nur im Doppel eingesetzt und besiegten hier, Grundlage des Gesamterfolges, Anders Jarryd/Hans Simonsson, die Vierten der Weltrangliste und Gewinner der Meisterschaften von Frankreich in Paris. Danach sagte Edmondson nur: „Wir haben unsere Arbeit getan, die beiden anderen werden sie auch gut tun."

Frasers schwedischer Kollege Hans Olsson hatte da offensichtlich etwas weniger Fingerspitzengefühl. Mats Wilander war und ist die unumstrittene Nummer eins im Team, aber Olsson ließ sich offensichtlich davon täuschen, daß Nyström, der in der Weltrangliste hinter Jarryd steht, vor dem Daviscup-Finale die Meisterschaften von Neusüdwales gewonnen hatte ...

Nyström, der seine Einzel verlor, haderte denn auch am meisten mit den Bedingungen, unter denen in Melbourne gespielt wurde. Ihm paßten Hitze und Rasenplatz nicht: „Sollten wir im nächsten Jahr im Endspiel wieder auf Australien treffen, spielen wir bestimmt nicht wieder auf Rasen. Entweder auf Asche, am besten aber noch auf Schnee."

Eine Ausrede, die nicht viel Wert hat. Die Schweden hatten sich sechs Wochen lang in Australien vorbereitet. Mats Wilander, der als Spezialist für Ascheplätze galt, gewann dabei auf Rasen die Meisterschaften von Australien.



Jubelnde Sieger und die „häßlichste Salatschüssel der Welt": Cash, Edmondson, Fraser, McNamee und Fitzgerald (von links). FOTO: AP

Australiens Erfolg war ein Sieg der Mannschaft. Sie bestand aus Spielern, die in der Weltrangliste oft unbemerkt zwischen den Plätzen 32 und 42 pendeln. Beim Masters-Turnier in New York zum Beispiel, bei dem die zwölf besten Spieler der Grand-Prix-Wertung antreten, ist Australien nur durch Edmondson im Doppel (mit dem Amerikaner Sherwood Stewart) vertreten. Schweden dagegen stellt mit Wilander und dem Doppel Jarryd/Simonsson Favoriten.

STAND ● PUNKT

Das 300. Rennen oder: Totgesagte leben länger ...

Im Jahre 1909 wetterte der Pfarrer der Berliner Gedächtniskirche von der Kanzel über diesen „Irrsinn". Aber der Kronprinz mietete sich eine Loge. Heute reden viele davon, daß Sechstagerennen tot seien, aber Ministerin Dorothee Wilms – sie ist immerhin für Bildung zuständig – gab in Köln den Startschuß zu einem besonderen Rennen:

In Köln läuft das 300. Spektakel dieser Art auf deutschem Boden. Das ist eine Zahl, die in die Vergangenheit führt und gerade deshalb einiges über die Zukunft von Sechstagerennen aussagen kann, die heute oft nur noch verspottet werden. Als „Kneipe ohne Polizeistunde", in der „nur die Fahrer stören".

300 Sechstagerennen in Deutschland seit 1909 – was so lange Bestand hat, ist in der Lage, sehr viel Spott zu schlucken. Und auch noch viel härtere Attacken zu überleben. 1934 verbot der sogenannte Reichssportführer die Sechstagerennen, weil sie doch nur als ein „Spleen der Amerikaner" galten. Wenige Jahre später kam er in Bedrängnis. Da mußte er dem deutschen Paar Kilian/Vopel, den „Sechstagekönigen in den USA", die Hand zum Glückwunsch reichen. Weil die beiden „drüben eine Menge für das Ansehen des deutschen Sports getan haben ..."

Es ist zweifelhaft, ob heute noch ein deutscher Fahrer für das Ansehen des deutschen Sports etwas tun könnte, nur weil er ein erfolgreicher Sechstage-Rennfahrer ist. Altig hat etwas dafür getan – als er Weltmeister wurde. Thurau auch – bei der Tour de France. Diese Wertigkeit bleibt, aber der Bedarf nach der Hallen-Raserei bleibt auch: In Stuttgart gibt es im Januar eine Sechstagerenn-Premiere für diese Stadt.

Zwischen Spleen und Sport bewegt sich das Karussell noch heute. Die Mode, Zuschauer mit barbusigen, trällernden Mädchen anzulokken, scheint überlebt. Die Frage, ob denn alles mit rechten sportlichen Dingen zugehe, bleibt bestehen. Und gerade jetzt gibt es die große Chance, diese Frage zu beantworten: Die großen Stars fehlen, die van Steenbergen, Post, Altig, Sercu haben keine rechten Nachfolger. Aber die Sechstagerennen, auch deshalb schon wieder für tot erklärt, laufen weiter. Mit jungen Fahrern, die darum kämpfen, Chef des Spektakels zu werden.

Das ist die beste Voraussetzung, in der Mischung von Show und Kneipe wieder mehr Sport zu entdecken. Die Geister scheiden sich – das Spektakel bleibt. DW.

1.FC NÜRNBERG / Morgen kommt Heinz Höher zu Verhandlungen

Wunschtrainer Cernai erhielt keine Freigabe

dpa, Nürnberg

Der neue Trainer des 1.FC Nürnberg, Tabellenletzter der Fußball-Bundesliga, wird mit großer Wahrscheinlichkeit Heinz Höher heißen. Gerd Schmelzer, der nach dem Rücktritt des Nürnberger Präsidiums die Vereingeschäfte führt, sagte gestern: „Ich gehe davon aus, daß eine Einigung zwischen Herrn Höher und dem 1.FC Nürnberg zustande kommt." Pal Csernai, an dem der Verein zuerst interessiert war, steht laut Schmelzer „nicht mehr zur Disposition". Die Vertragsverhandlungen mit dem von Bayern München entlassenen Trainer wurden abgebrochen.

Csernai, der nach Nürnberg kommen wollte, scheiterte daran, daß er von seinem griechischen Verein PAOK Saloniki keine Freigabe erhielt. Ein Problem, vor dem Höher nicht mehr steht: Er wurde vor drei Wochen von seiner Arbeit bei Olympiakos Piräus beurlaubt. Heute trifft er sich noch einmal mit dem Präsidenten des Vereins, um eine Abfindung auszuhandeln. Schmelzer geht davon aus, daß Höher danach zur Verfügung steht. Der 45 Jahre alte Trainer arbeitet seit zwei Jahren in Griechenland. Vorher war er Trainer des VfL Bochum, des MSV Duisburg und von Fortuna Düsseldorf. Morgen wird er zu weiteren Verhandlungen in Nürnberg erwartet.

Nach dem Rücktritt des Präsidiums in Nürnberg hat jetzt auch der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsrates, Walter Kiesl, sein Amt niedergelegt. Der Bruder des Oberbürgermeisters von München nannte für diese Entscheidung „in erster Linie starke berufliche Beanspruchung". Kiesl galt als loyaler Mitarbeiter von Michael A. Roth, der den Verein als Präsident geführt und als Mäzen finanziell unterstützt hatte. Wahlen zu einem neuen Präsidium sind vom 1. FC Nürnberg auf den 23. März festgesetzt worden.

Zu hoher Preis

J. Sch. (Paris) – Manche mögen in der Gastarbeiterrevolte des Talbot-Werkes von Poissy bereits den Auftakt zu neuen „Mai-Ereignissen" sehen. Denn zum ersten Mal seit dem Aufstand der Renault-Arbeiter, der im Frühjahr 1968 einen mehrwöchigen Generalstreik mit tiefgreifenden politischen Folgen brachte, sind jetzt die Gewerkschaften einschließlich der führenden kommunistischen CGT von der Basis überrollt worden.

Damals allerdings kämpften französische Staatsangehörige für kräftige Lohnerhöhungen, die, wie sich später herausstellte, von der Wirtschaft recht gut verkraftet werden konnten. Diesmal aber fordern etwa 1500 mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung entlassene ausländische Arbeiter die Rückführung in ihr Heimatland gegen eine Entschädigung von je 200 000 Franc.

Ganz gleich, welche Argumente dafür vorgebracht werden – Frankreich könnte sich das finanziell nicht leisten. Denn was den Poissy-Arbeitern recht wäre, müßte ja auch allen anderen Gastarbeitern billig sein. Das sind ohne Familienangehörige etwa zwei Millionen. Dies mal 200 000 ergäbe die astronomische Summe von 200 Milliarden Franc. Auch wenn dadurch – theoretisch – die gleichhohe Arbeitslosigkeit beseitigt werden würde, wäre das ein zu hoher Preis. Auf jeden Fall erscheint durch dieses „historische Ereignis", wie es der konservative „Figaro" nennt, das Gastarbeiterproblem in einem neuen Licht. Denn in Frankreich scheiterte die Repatriierung nicht zuletzt an den sehr geringen Prämien – zuletzt 12 800 Franc. Sie angemessen aufzustokken, könnte schon einen gewissen Erfolg bringen. Aber was würde dann aus den Gewerkschaften, die ihren Einfluß immer mehr aus den Gastarbeiterstimmen bezogen haben?

Späte Reaktion

Ha. (Brüssel) – Als eine Schwächung der Bonner Verhandlungsposition wird mancher die Aufforderung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) an die Bundesregierung empfinden, größere Zugeständnisse bei der Reform der europäischen Agrarpolitik zu machen. In Wahrheit hätte der DIHT eigentlich schon viel früher aus seiner Reserve treten müssen. Der Schlüssel für Einsparungen im Landwirtschaftsetat liegt nämlich nicht nur in Brüssel. In der Bundesrepublik ist allzu oft der Eindruck erweckt worden, als ginge es nur darum, Begehrlichkeiten anderer Mitgliedsländer abzuwehren. Tatsache ist, daß die unbeschränkten Preisgarantien für Getreide und Milcherzeugnisse besonders in der Bundesrepublik das Entstehen von Überschüssen begünstigt haben und daß der deutsche Währungsausgleich strukturelle Fehlentwicklungen fördert. Es bedurfte offenbar einer Gefährdung der gesamten Gemeinschaft, bevor sich ein so „vornehmer" Verband wie der DIHT entschloß, auch innenpolitisch für Unruhe zu sorgen.

Der Vorreiter

Von DOMINIK SCHMIDT

Einmal mehr übernimmt die Volkswagenwerk AG die Rolle des Schrittmachers. Mit Wirkung vom 2. Januar erhöht der Wolfsburger Automobil-Hersteller die Preise um durchschnittlich 1,9 Prozent. Das mag auf den ersten Blick bescheiden aussehen, ist es aber nicht. Denn erst vor gut acht Monaten, im April 1983, hatte das Unternehmen seine Konzernprodukte um 2,8 Prozent verteuert.

Dazwischen lag noch eine „heimliche" Preiserhöhung. Mit der Einführung des neuen Golfs im September nämlich wurden zugleich die Preislisten neu geschrieben. Die billigste Version dieses Modells, der Golf C, kostete 13 490 Mark und lag damit um 3,3 Prozent über dem Preis des Vorgängermodells. Insgesamt also verlangt VW für das bestgehende Fahrzeug des Konzerns vom Golf-Käufer des Jahres 1984 einen Preis, der um rund zehn Prozent über dem Niveau vom Frühjahr 1983 liegt.

Trotz solcher Rechnungen haben die VW-Manager keinen Zweifel daran, daß sich die neuen Preise im Markt durchsetzen lassen. Nicht nur die Verkaufserfolge im zu Ende gehenden Jahr sprechen dafür. Entscheidender noch dürften die optimistischen Prognosen der gesamten Branche mit Blick auf 1984 für diesen Beschluß gewesen sein. Vor allem im Inland – und nur hier gelten die neuen Preise – rechnen die Pkw-Hersteller mit steigenden Absatzzahlen.

Wie schon im April verzichtet VW auf Erläuterungen, warum die neuerliche Preiserhöhung notwendig wird. Sicher, der Jahresabschluß 1983 rechtfertigt nach allem, was bekannt geworden ist, diesen Schritt. Für das Unternehmen, so formulierte es kürzlich VW-Vorstandschef Carl H. Hahn, war 1983 ein „von Vorleistungen geprägtes Jahr". Nicht nur im Konzern, auch in der AG führen diese Vorleistungen zum Verlustausweis. *Damit aber,* so *Hahn* weiter, *ist* die Rekonvaleszenz abgeschlossen und die Grundlage für eine „vielversprechende Zukunft" gelegt. Das kommende Jahr soll bei VW die Trendwende in der Ertragsentwicklung bringen. Der jetzigen Preiserhöhung dürfte dabei eine nur untergeordnete Rolle zukommen.

Aus Wolfsburger Sicht scheint die Terminierung aber günstig gewählt zu sein. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen der Branche stehen Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht unmittelbar bevor. Der heftig kritisierte hausinterne Abschluß Anfang 1983 mit Tariferhöhungen um vier Prozent war mit einer Laufzeit von 15 Monaten ausgestattet worden. Das bedeutet, daß erst im April über ein neues Lohngefüge mit dem Betriebsrat gesprochen werden muß. Eine andere Komponente, die ebenfalls für die Durchsetzbarkeit der Preiserhöhung spricht, ist die Auftragslage. Speziell der Golf, von dem inzwischen über 100 000 produziert wurden, übertrifft *die ohnehin hoch*geschraubten Erwartungen. Derzeit sind Lieferzeiten von über vier Monaten an der Tagesordnung. Dieser Trend dürfte sich auch dann nicht wesentlich verändern, wenn die Endkapazität – täglich 3000 Wagen im Wolfsburger Werk – erreicht ist. Die hohen Investitionen für den Modellwechsel, dies läßt sich bereits heute sagen, haben sich gelohnt.

Offen bleibt die Frage, in welcher Form die Preiserhöhungen im Rahmen der künftigen Modellpolitik berücksichtigt werden. Noch im Januar 1984 will VW das Nachfolgemodell des Jetta vorstellen. Ferner kommt die GTI-Version des neuen Golf auf den Markt. Weitere Produkterneuerungen, die ebenfalls 1984 anstehen, sind ein Vierzylinder-Sechzehnventil-Motor im Scirocco und ein Passat mit Allrad-Antrieb. Die bisherige Erfahrung lehrt, daß neue Modelle immer auch mit neuen Preisen versehen werden. VW macht da keine Ausnahme.

Sensibler verfährt das Unternehmen mit seiner Preispolitik in Märkten, die weniger hergeben. Der Nutzfahrzeugsektor zum Beispiel bleibt von Preiserhöhungen unberührt, obwohl aus betriebswirtschaftlicher Sicht gerade dort eine notwendig wäre. Im Gegensatz zum Pkw-Markt aber ist der Absatz nach wie vor un*befriedigend und jede Preiserhöhung* mit Marktverlusten verbunden.

Diese Sorge berührt VW mit seinen Pkw-Modellen offensichtlich nicht. Ob dahinter die Vermutung steht, daß auch die Konkurrenz die Preise anheben wird, gleichsam der Auftakt für eine konzertierte Preisrunde eingeläutet wird, ist nicht abzuschätzen. VW jedenfalls hat wieder etwas für sein Image getan, nämlich für das des Vorreiters.

TEXTILIEN

Mit dem Jahr 1983 ist der Handel zufrieden

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Nachdem die unbefriedigenden Ergebnisse des 1. Halbjahres durch eine spürbare Belebung in der 2. Jahreshälfte abgelöst worden sind, ist der Textileinzelhandel mit dem Jahr 1983 durchaus zufrieden. Die Zuwachsraten halten sich gleichwohl in bescheidenen Grenzen, und es dürfte sicher nicht allen Unternehmen gelungen sein, ein positives betriebswirtschaftliches Ergebnis zu erwirtschaften.

In der Zeitschrift „Textil-Wirtschaft", dem Organ des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels (BTE), verbreitet dessen Präsident Otto Büchler Zuversicht für 1984: „Wenn der Handel dem Aufschwung selbst noch ein wenig Schwung gibt, werden wir in 12 Monaten sicher noch besser dastehen und vielleicht sogar ein reales Umsatzplus verzeichnen können."

Nach den Worten Büchlers sollte „das zarte Konjunkturpflänzchen auch niemand leichtfertig zur Expansion verleiten – weder in andere Standorte noch in fremde Sortimente und Vertriebskonzeptionen". Die letzten drei Jahre hätten gezeigt, auf welch schwachen Eigenkapital-Füßen viele Fachgeschäfte stehen; 1984 sollte deswegen die Konsolidierung im Vordergrund stehen, ohne auf kreative Investitionen in Unternehmenskonzeptionen, Sortimente und Mitarbeiterschulung zu verzichten. Der BTE-Präsident warnt nachdrücklich vor „übereilten und demonstrativen Preisherabsetzungen, insbesondere in Form von durchgestrichenen Preisen".

Mit nennenswerten Mengenzuwächsen sei 1984 nicht zu rechnen. Spektakuläre Preissenkungen müßten daher zwangsläufig Renditeeinbußen zur Folge haben.

FORSTWIRTSCHAFT / Bereits die Hälfte des Bestandes ist schwer geschädigt

Das Waldsterben schlägt sich noch nicht in den Preisen nieder

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Der Forstwirtschaft ist zum Feiern nicht zumute. Das Waldsterben droht diesen Wirtschaftszweig in seine bisher wohl größte Krise zu stürzen. Im Bundesgebiet ist etwa ein Drittel der Waldfläche geschädigt. Der Südwesten der Bundesrepublik sieht sich dabei besonders betroffen. Nach Erhebungen, die von Mitte 1983 stammen, ist in Baden-Württemberg, einem bevorzugten Ferien- und Freizeitland, bereits die Hälfte des Waldbestandes, nämlich rund 650 000 Hektar, vom Waldsterben erfaßt.

Auf etwa 600 Millionen Mark jährlich wird der so den baden-württembergischen Waldbesitzern entstehende Schaden veranschlagt. Wie schwerwiegend die Situation in der Forstwirtschaft erachtet wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß ein in seiner Existenz bedrohter Bauernwaldbesitzer aus dem mittleren Schwarzwald die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung verklagte (die WELT vom 17. Dezember). Die Forstkammer Baden-Württemberg, *in der sich die nichtstaatlichen* Waldbesitzer zusammengeschlossen haben, spricht in diesem Zusammenhang von einem Musterprozeß und unterstützt das Verfahren.

Forstkammer-Geschäftsführer Georg Lohrmann attestiert der Regierung zwar, daß die von ihr ergriffenen Schritte in puncto Immissionsschäden in die richtige Richtung gingen. Sie seien aber noch nicht einschneidend genug und ließen zu viele Übergangsfristen und Hintertürchen offen. Die Frage sei, ob der Wald noch so lange warten könne, bis die beschlossenen Maßnahmen griffen, was – wie es jetzt aussehe – nicht vor Ende des Jahrzehnts der Fall sein könne.

In einem gewissen Gegensatz zu jenen längerfristig düsteren Perspektiven präsentiert sich derzeit die Verfassung der Holzmärkte. Noch drückt das Waldsterben nicht oder kaum auf die Holzpreise. Im Gegenteil: Die Belebung im Wohnungsbau – ein wesentlicher Abnehmer von Holz – verschafft der Forstwirtschaft sogar ein gewisses Maß an hoffnungsvoller Erwartung. Nach wie vor geht der größte Teil des jährlichen Holzeinschlags, der in der Bundesrepublik normalerweise bei 28 Millionen Festmetern liegt, in die Bauwirtschaft. Allerdings schlägt hier eine Trendänderung immer erst mit einem zeitlichen Abstand von einem Jahr durch.

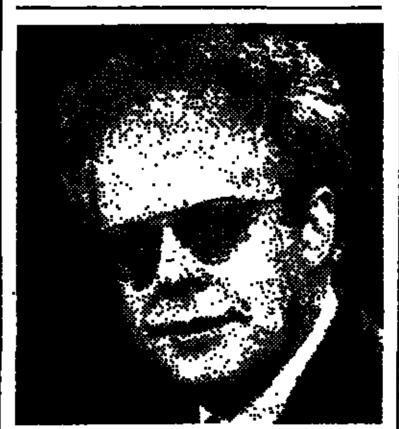
Lohrmann verweist darauf, daß bisher jedenfalls solches Schadholz als voll verwendbar gelten könne. Lag der Anfall von Immissionsholz im Forstwirtschaftsjahr 1981/82 (30. September) hierzulande noch bei *zehn Prozent des Holzeinschlags, so* stieg diese Quote im Forstwirtschaftsjahr 1982/83 auf 13 bis 15 Prozent.

Diesem Quantum fast gleichzusetzen, wobei der Schaden allerdings deutlich negativer zu Buche schlägt, ist der Befall der Wälder durch den Borkenkäfer. Man schätzt, daß etwa zehn Prozent des Holzeinschlags auf „Käferholz" entfällt. Für dieses Holz müssen teilweise beträchtliche Preisabschläge in Kauf genommen werden. Offenbar begünstigt die durch Luftverunreinigung hervorgerufene Streßsituation der Wälder die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Borkenkäfers, weshalb der Ruf nach raschen und wirkungsvollen Gegenmaßnahmen erschallt. Bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs war eine heraufziehende „Käfer-Katastrophe" in den Wäldern erfolgreich bekämpft worden.

Die stark mittelständisch geprägte deutsche Forst- und Holzwirtschaft mit ihren insgesamt rund 800 000 Arbeitsplätzen und einem Umsatzvolumen von 90 bis 100 Milliarden Mark deckt den inländischen Holzbedarf nur etwa zur Hälfte. Knapp zwei Drittel des Holzeinschlags besteht aus Nadelholz, das restliche Drittel ist Laubholz. Mit einem Waldanteil von 36 Prozent an der Landesfläche zählt Baden-Württemberg zu den waldreichsten Bundesländern.

Von den 1,3 Millionen Hektar Wald in Baden-Württemberg sind etwa 300 000 Hektar in staatlichem Besitz. *Der weitaus größere Teil der Waldfläche* (76 Prozent) gehört Städten, Gemeinden, Genossenschaften und Privatpersonen, wobei sich die Gruppe Kleinprivatwald aus etwa 280 000 Eigentümern zusammensetzt.

AUF EIN WORT



„Von unseren Kommunalpolitikern wird es künftig abhängen, ob die Bürger ihren Traum vom Eigenheim verwirklichen können. Um eine vernünftige Relation von Grundstückspreisen und Baukosten zu erhalten, müssen die Gemeinden preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stellen, was gleichzeitig ein geeignetes Instrument zur Stabilisierung der Baukonjunktur bedeutet."

Axel Bercht, Geschäftsführer der LBS Immobilien GmbH, Münster

FOTO: OPITZ

„Erdölersatz" gefunden

AP, **Salzgitter**

Eine energietechnische Entwicklung von eventuell weltweiter Bedeutung ist dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern gelungen. Wie der Kon*zern gestern mitteilte, handelt* es sich dabei um ein Verfahren, durch das Kohle, fein vermahlen und mit einer Chemikalie vermischt, ölähnliche Fließ-, Brenn- und Energieeigenschaften annimmt. Die Fließkohle erhielt vom Konzern die Bezeichnung „Densecoal". Nach Angaben des Unternehmens kann die Fließkohle in Pipelines, Tankschiffen und Tankwagen transportiert und wie Öl gelagert und verbrannt werden.

FINANZPOLITIK

Die SPD-Fraktion beklagt heimliche Steuererhöhungen

HEINZ HECK, **Bonn**

Die „heimlichen" Steuererhöhungen werden unter bestimmten Annahmen im Zeitraum von 1981 bis 1985 rund 29 Milliarden Mark erreichen und könnten bei günstigerer Wirtschaftsentwicklung sogar „weit über 40 Milliarden Mark" hinausgehen. Diese Auskunft hat das Bonner Institut Finanzen und Steuern der SPD-Bundestagsfraktion gegeben. Helmut Wieczorek, Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, gab gestern in einer Pressekonferenz diese Zahlen bekannt und übte zugleich Kritik an der Bundesregierung, die nicht erkennen lasse, wie sie die angekündigte Steuerreform in Übereinstimmung mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung bringen wolle.

Das Institut Finanzen und Steuern hatte allerdings in seiner Antwort die Steuerpolitik der siebziger Jahre für „diese bedenkliche Entwicklung" bei den heimlichen Steuererhöhungen verantwortlich gemacht. Bei den damaligen Tarifkorrekturen habe man die untere Proportionalzone „ständig ausgeweitet", so daß der Progressionsverlauf immer steiler geworden sei. Nach Tarifänderungen habe es nur kurzfristige Entlastungen gegeben.

Zur Haushaltsentwicklung 1983 räumte Wieczorek gestern ein, sie sei „etwas besser verlaufen", als von Regierung und Opposition am Jahresanfang erwartet. So habe die SPD mit einem Nachtragshaushalt gerechnet, der nicht gekommen sei. Hierfür gebe es zwei unterschiedliche Ursachen: die höheren Steuereinnahmen und etwas niedrigeren Arbeitslosenzahlen infolge der besseren konjunkturellen Entwicklung, aber auch die „wirtschafts- und finanzpolitische Untätigkeit der Bundesregierung".

JAHRHUNDERTVERTRAG

Elektrizitätsversorgern droht Rückzahlungspflicht

HEINZ HECK, **Bonn**

Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die die im Rahmen des Abnahmevertrags für den Zeitraum 1981 bis 1995 (sogenannter Jahrhundertvertrag) vereinbarten Kohlemengen nicht abnehmen, müssen die dafür gewährten öffentlichen Zuschüsse zurückzahlen. Dies gilt auch dann, wenn die Kohle nicht bis Ende 1997 in deutschen Kraftwerken eingesetzt worden ist.

Das hat Wirtschafts-Staatssekretär Dieter von Würzen jetzt auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt (Nürnberg) erklärt. Das Thema Kohleabnahmeverpflichtung hat an Aktualität gewonnen, seit infolge mäßiger Stromverbrauchszuwachsraten die Kohlehalden vor allem bei Kraftwerken im süddeutschen Raum in letzter Zeit erheblich gewachsen sind.

Von Würzen erinnert daran, daß der Jahrhundertvertrag und das geltende Verstromungsrecht „bestimmte Abnahmeflexibilitäten" zulassen. So könne ein Kraftwerksbetreiber seine Bezüge unter bestimmten Voraussetzungen ganz oder teilweise auf ein anderes Unternehmen übertragen. Außerdem habe er die Möglichkeit, die jährlichen Vertragsmengen um bis zu 30 Prozent zu verschieben.

Das Verstromungsrecht sehe keine zeitlich befristete Befreiung von Kohleabnahmeverpflichtungen aus Gründen des Umweltschutzes vor, heißt es auf eine weitere Frage der SPD-Abgeordneten. Das bedeutet nach der Darstellung von Würzens, daß ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen weder ganz noch teilweise aus seinen Abnahmeverpflichtungen entlassen wird, wenn es aus Umweltschutzgründen den Brennstoffeinsatz zu Lasten der Kohle verändert.

EINZELHANDEL / Bei Oberbekleidung Preisabschläge bis zu sechzig Prozent

Nach dem Fest wird alles billiger

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Preissensation – Preisknüller – Superpreise" – alle Jahre wieder setzt der Handel unmittelbar nach Weihnachten zum großen Streichkonzert an. *Ob komplette Küchen oder Pelz*mäntel, lederne Sitzgarnituren oder seidene Unterwäsche, es gibt kaum etwas, was nach dem Fest nicht billiger zu haben wäre als vorher. Vor allem bei Oberbekleidung sind teilweise Preisabschläge bis zu sechzig Prozent zu beobachten, weil, so der Sprecher eines Warenhauskonzerns, „diesmal das Wetter nicht mitgespielt hat".

Irgend etwas scheint nie mitzuspielen bei den Weihnachtsdispositionen des Handels. Im vergangenen Jahr war es der Verbraucher: Das Weihnachtsgeschäft 1982 lief schlecht, und darum, so hieß es damals, wurde die große Streichaktion nötig. Diesmal war das Weihnachtsgeschäft gut, und trotzdem scheinen zumindest die großen Einzelhandelshäuser auf ziemlich vollen Lagern zu sitzen.

Woran das liegt? „Die Kunden wollen jetzt aktuelle Farben", meint der Direktor eines Textilkaufhauses in Köln, „und darum mußten wir reduzieren". Da dieses Phänomen bundesweit in allen größeren Bekleidungshäusern und nahezu quer durch die Sortimente auftritt, liegt die Vermutung nahe, daß sich der Textileinzelhandel im großen Stil verdisponiert haben muß. „Die Männer wollen nicht mit schweren Tweedanzügen in geheizten Büros sitzen", klagt ein Bonner Einzelhändler, und darum habe er diese Anzüge von 360 auf teilweise weniger als 100 Mark verbilligt. *Es ist schon eine um*werfende Erkenntnis, daß Männer über Winter in geheizten Büros arbeiten.

In kleineren Fachgeschäften bestehen diese Sorgen nicht. Obwohl ihnen seit Mitte Dezember die Frühjahrs- und Sommerware angeliefert wird, kommen Preisabschriften bei Winterware nur vereinzelt vor. „Wir reduzieren nur, was vom letzten Winter noch rumhängt", meint eine Bonner Einzelhändlerin, „sonst machen wir uns doch unglaubwürdig."

So ist es. Wer kauft schon vor Weihnachten einen Pelzmantel, wenn er damit rechnen kann, daß dasselbe Stück am 27. Dezember um tausend Mark billiger zu haben ist? Und natürlich rechnen die Verbraucher damit. Dann liegt statt des Nerzes eben ein Gutschein für den Nerz unter dem Christbaum. Und das ist der Handel selbst schuld.

Schuld? Inzwischen drängt sich der Verdacht auf, daß diese nach*weihnachtliche Aktionitis, über die* der Einzelhandel gern lautstark klagt, ihm gar nicht ungelegen kommt. Nicht, um den notwendigen Lagerraum für die Sommerware zu schaffen, sondern um einigermaßen legal einen vorweggenommenen Schlußverkauf inszenieren zu können.

VEREINIGTE STAATEN

An der Wall Street wächst Hoffnung auf fallende Zinsen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

An der Wall Street setzt sich immer stärker die Auffassung durch, daß in den USA zumindest in den ersten drei Monaten des neuen Jahres die Zinsen sinken werden. Wie es heißt, wird der hohe Finanzierungsbedarf der Treasury, der für das erste Quartal auf 55 Milliarden Dollar veranschlagt wird, durch eine weiterhin gedämpfte private Kreditnachfrage neutralisiert. Auf die neue Einschätzung der Zinssituation haben die amerikanischen Wertpapiermärkte schon mit Kursgewinnen reagiert, während der Dollar an Boden verlor.

Ausschlaggebend für die günstigeren Zinsprognosen ist das in den USA nach allgemeinem Urteil deutlich gebremste wirtschaftliche Wachstumstempo. Wie berichtet, wächst das amerikanische Bruttosozialprodukt im vierten Quartal 1983 nach Kalkulationen des Handelsministeriums in Washington real nur noch um etwa 4,5 Prozent, verglichen mit 7,7, 9,7 und 2,6 Prozent in den drei vorausgegangenen Vierteljahresperioden. Auf diesem Niveau soll es sich 1984 einpendeln, wobei der überaus kalte Winter das Plus von Januar bis März durchaus auf drei Prozent drücken kann.

Nach Ansicht vieler Analysten ist damit die Gefahr einer konjunkturel*len Überhitzung, die aus den enor*men US-Haushaltsdefiziten resultiert, zunächst gebannt. Das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System brauche nicht, wie befürchtet, die Kreditschraube anzuziehen, wird betont. Schon in seinen beiden letzten Sitzungen soll es auf jegliche Korrekturen in der Geldversorgung verzichtet haben, zumal das Aggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) weit unter dem Zielkorridor liegt. An der Wall Street ist man überdies davon überzeugt, daß die US-Notenbank bei der Steuerung der Geldmenge seit einiger Zeit wieder bestimmte Zinshöhen anvisiert. Diese Politik war im Oktober 1979 aufgegeben worden.

Hinzu kommt, daß die Reagan-Administration den Vorsitzenden des „Fed", Paul Volcker, erneut bedrängen soll, die Kreditschleusen etwas zu öffnen, um den Konjunkturaufschwung im Wahljahr zu unterstützen. Offensichtlich hält das Weiße Haus die Schlacht gegen die Inflation für gewonnen. US-Finanzminister Regan hat bereits deutliche Warnungen an die nur vom Kongreß abhängige Währungsbehörde gerichtet. Bisher ist es immer so gewesen, daß die Notenbank bei ernsten Auseinandersetzungen stets nachgegeben hat.

Unterstützt wird die Administration in der geldpolitischen Diskussion von namhaften Bankern, darunter dem Chef der Citicorp, Walter B. Wriston. Er sagte jetzt für Mitte 1984 eine neue Rezession in den USA für den Fall voraus, daß das „Fed" nicht sofort den *Geldhahn aufdreht.*

Fazit der neuesten Prognosen: Im ersten Quartal 1984 verbilligt sich Tagesgeld in Amerika von rund 9,5 auf 8,5 Prozent. Danach steigt der Satz höchstens um ein halbes Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wie der Fiskus zupackt

Von je 100 Steuerzahlern* wurden von der Progression erfaßt: / Sie trugen soviel Prozent der Steuerlast:

Jahr	von der Progression erfaßt	Anteil an der Steuerlast
1977	39	76%
1979	50	83%
1982	54	85%

*Lohn- und Einkommensteuer

G 4957

Wer bis zu 18 000 (Ehepaare 36 000) Mark jährlich verdient, befindet sich bereits in der Progressionszone des Steuertarifs, die eigentlich für die Spitzenverdiener gedacht war. Denn hier steigen die Steuersätze progressiv von 22 bis 56 Prozent. 54 Prozent der Steuerzahler werden heute von der Progression erfaßt. 1977 waren es erst 39 Prozent. QUELLE: GLOBUS

Innerdeutscher Handel nahm weiter zu

Wiesbaden (AP) – Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" hat in diesem Jahr gegenüber 1982 weiter zugenommen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, betrug von Januar bis November der Wert der Lieferungen in die „DDR" und nach Ost-Berlin 6,463 Milliarden Mark, die Bezüge beliefen sich auf 6,231 Milliarden. Damit lagen die Lieferungen um 15 Prozent und die Bezüge um drei Prozent höher als im Vergleichszeitraum 1982.

Personalkostenzuschüsse

Bonn (HH) – Über 8000 kleine und mittlere Industrieunternehmen haben 1983 Anträge für das Personal*kostenzuschußprogramm gestellt,* die sich auf rund 422 Millionen Mark summieren. Mit diesen Mitteln sollen Forschung und Entwicklung der Unternehmen gefördert werden. Nach Mitteilung der Bundesregierung dürften rund 393 Millionen Mark Zuschüsse tatsächlich benötigt werden. Da im Haushalt des Wirtschaftsministers nur 373 Millionen zur Verfügung stehen, müßten die fehlenden 20 aus 1984er Mitteln aufgebracht werden.

Leichtes Umsatzplus

Düsseldorf (Py.) – Der deutsche Facheinzelhandel hat in den ersten 11 Monaten dieses Jahres den Umsatz um knapp 2 Prozent gesteigert, preisbereinigt jedoch einen Rückgang um 1 Prozent hinnehmen müssen. Nach Ergebnissen des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln hatte der Handel mit Möbeln (plus 6 Prozent), mit Schuhen, Büchern und mit Büroartikeln mit 4 und 3 Prozent die höchsten Zuwachsraten, während der Einzelhandel bei Fotoartikeln (minus 4), Sportartikeln und Musikalien (minus 2 Prozent) die stärksten Einbußen hinnehmen mußte. Im November allein wuchs der Umsatz im Fachhandel um 1 Prozent, real ging er um 1 Prozent zurück. Der Bürofachhandel und der Schmuck-, Uhren-, Gold- und Silberhandel hatten hier ein herausragendes Plus von 8 und 6 Prozent.

BDI: Konjunktur gefährdet

Köln (AP) – Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat auf die Risiken für die Konjunkturbelebung hingewiesen und den Staat zu weiteren Sparmaßnahmen aufgefordert. In seinem gestern in Köln veröffentlichten Konjunkturbericht betonte der BDI, die relativ günstige Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung durch den Sachverständigenrat stütze sich auf den Export und die Investitionen. In beiden Bereichen sei die Unsicherheit aber noch „erheblich". Der jüngste Anstieg der Auslandsbestellungen sei zwar erfreulich, doch sollte nicht übersehen werden, daß damit *lediglich das Niveau vom Frühjahr* 1982 wieder erreicht worden sei.

Harte Kritik

Frankfurt (dpa/VWD) – Die vor Weihnachten genehmigten modifizierten Beihilfepläne für die französische und niederländische Textilindustrie werden von dem Branchenverband Gesamttextil heftig kritisiert. In einer „Nacht-und-Nebel-Aktion", die offenbar bewußt in der stillen Zeit vor Jahresende beschlossen worden sei, habe die EG-Kommission damit hoffnungsvolle Ansätze für einen Abbau von Textilbeihilfen wieder zerstört.

Tagesmietsätze erhöht

Düsseldorf (Py.) – Um durchschnittlich sechs Prozent werden die Tagesmietsätze steigen, die der Verband der Autoversicherer (HUK-Verband) den Unternehmen empfohlen hat, die Mietwagenabkommen mit Autoverleihern abgeschlossen haben. Aufgrund solcher Abkommen verzichtet die Haftpflichtversicherung bei den Autofahrern, die nach einem unverschuldeten Unfall einen Mietwagen nehmen, auf den Abzug von Eigenersparnis (15 bis 20 Prozent sind nach der Rechtsprechung möglich), wenn der Geschädigte ein Fahrzeug mietet, das einer niedrigeren Modellgruppe angehört als sein eigener Wagen. Außerdem muß er darauf achten, daß sowohl Tagesgrund- als auch Kilometerpreis die Durchschnittssätze der entsprechenden Mietwagengruppe nicht übersteigen.

1984 – ein Jahr der Chancen

Köln (VWD) – Das kommende Jahr ist nach den Worten des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, ein Jahr der „großen Chance, die insgesamt positiven Ansätze der Konjunktur nicht nur zu festigen, sondern auszubauen". Das alte Jahr verabschiede sich mit Daten und Tendenzen, *die eine allmähliche Erholung* ankündigten. Zunehmende Aufträge aus dem In- und Ausland, eine maßvolle Tarifpolitik sowie das Bemühen der Bundesregierung um Gesundung der Staatshaushalte seien die wesentlichen Antriebskräfte für diesen Prozeß.

ISRAEL / Sanierungsplan stößt auf harten Widerstand

Lebensstandard soll sinken

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der neue Spar- und Sanierungsplan des israelischen Finanzministers Cohen-Orgad, kaum entworfen, stößt auf Schwierigkeiten. Der Grund liegt in dem Plan selbst: die Absicht, das verfügbare Realeinkommen der Arbeitnehmer um durchschnittlich zwölf Prozent zu verringern. Um dagegen anzukämpfen, sind drei lebenswichtige Berufszweige in den Ausstand getreten: Post, Steuer und die nichtmedizinischen Belegschaften der Krankenhäuser. Weitere Streiks sind angedroht. Im Zuge der Stillegung unrentabler Industrien hat die Regierung die Einstellung der Arbeiten beim Kupferbergwerk von Timna bei Eilat beschlossen. Doch die 350 Belegschaftsmitglieder, die noch keine andere Beschäftigung gefunden haben, versuchten Anfang der Woche die Hauptstraße nach Eilat zu sperren. Dabei kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Jetzt droht die Ortsgruppe der „Histadrut", dem allgemeinen Gewerkschaftsbund, ganz Eilat zu bestreiken.

Angedroht sind auch Widerstände der Arbeiter und Angestellten in der Zollverwaltung, in den Landwirtschafts- und Transportministerien, bei den Kommunalbehörden und beim meteorologischen Dienst. Die „Histadrut" unterstützt diese Protestbewegung. Es wird vermutet, daß es ihr dabei nicht nur um das Wohl der Arbeitnehmer, sondern auch um parteipolitische Erwägungen geht. Die „Histadrut" wird von der oppositionellen Arbeiterpartei beherrscht. Cohen-Orgad bietet der „Histadrut" ein „Sozialpaket" an, doch diese winkt ab. Generalsekretär Yerocham Meshel erklärt, die Regierung habe nichts zu bieten, was die Kürzung der Einkommen aufwiegen könnte.

Ein Ausweg ist momentan nicht abzusehen. Cohen-Orgad-Wirtschaft, ohne vorerst das Einkommen der Bevölkerung zu beschneiden, sei einfach nicht möglich. Dabei fordert er lediglich eine Rückkehr zum Lebensstandard von 1980, zu dem Niveau, das herrschte, bevor es von dem damaligen Finanzminister Aridor künstlich erhöht worden war. Aridor hatte damals versucht, durch eine Aufwertung des Shekels die Inflation zu bekämpfen.

Cohen-Orgad will das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung nicht durch Nennwertkürzungen erzielen – das wäre undurchführbar –, sondern durch eine verlangsamte Anpassung der Löhne und Gehälter bei fortschreitender Inflation.

Die wirtschaftliche Auseinandersetzung ist jetzt das überragende Thema, mit dem sich die Regierung befaßt. Für morgen hat die Regierung eine Sondersitzung angesetzt, bei der Notstandsmaßnahmen besprochen werden sollen. Der Zeitpunkt – Freitag, 30. Dezember, schließen die Banken mittags und machen erst am 2. Januar wieder auf – hat zu Vermutungen Anlaß gegeben, daß radikale Maßnahmen, wie eine starke Abwertung oder eine Kapitalsteuer, geplant sind. Cohen-Orgad hat diese Gerüchte dementiert, aber er hat zugegeben, daß ein Finanzminister lügen darf, wenn solche Maßnahmen bevorstehen. (SAD)

NORWEGEN / Opec-Länder sind über die Fördermenge sehr beunruhigt

Erdöl-Erträge erreichen Rekordhöhe

R. GATERMANN, Stavanger

Die Norweger haben ihn ihrer Geschichte als Erdöl- und Naturgasnation einen neuen Meilenstein gesetzt. Am 22. Dezember erteilte das Petroleumdirektorat seine 400. Bohrerlaubnis. Etwa gleichzeitig teilte Petroleum- und Energieminister Kaare Kristiansen mit, daß die staatlichen Erträge aus dem Off-shore-Sektor 1983 die Rekordhöhe von umgerechnet etwa 11,88 Milliarden Mark erreichen und 1984 vermutlich auf diesem Niveau verbleiben werden. In den ersten elf Monaten dieses Jahres produzierte Norwegen 49,6 Millionen Tonnen Öläquivalente, gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode eine Steigerung um 12,3 Prozent.

Vor 17 Jahren, am 19. Juni 1966, wurde in der norwegischen Nordsee die erste Bohrkonzession vergeben. Seitdem wurden total 1286 Kilometer Bohrgestänge in den Meeresboden getrieben, deren Gesamtkosten sich auf 7,56 Milliarden Mark beliefen. Von den bisher niedergebrachten 400 Sonden wurden 209 fündig, was als ein gutes Ergebnis angesehen wird.

Die Suche nach Kohlenwasserstoffen aus dem norwegischen Sockel ist nicht leicht. Große Wassertiefen und schwierige klimatische Verhältnisse sind die wichtigsten Hindernisse. Während die durchschnittliche Bohrtiefe bei 3214 Metern lag, kam die bisher längste Bohrung auf 5430 Meter und die größte Wassertiefe wurde mit 388 Metern gemessen. Zunächst war die Suche auf das Gebiet südlich des 62. Breitengrades beschränkt, seit ein paar Jahren sind die Norweger allerdings auch vor Trondheim und dem nordnorwegischen Tromsö aktiv.

Die Suchaktivitäten bleiben auch 1984 sehr intensiv. Minister Kristiansen kündigte für das erste Quartal die Vergabe der Blöcke der achten Konzessionsrunde an, darüber hinaus würden Offerten für die neunte Runde hereingeholt und die zehnte, die sich dann weit nach Osten erstrecken werde, ohne jedoch das sowohl von Norwegen als auch von der Sowjetunion beanspruchte Gebiet in der Barentssee zu berühren, werde ebenfalls im kommenden Jahr vorbereitet.

Fündig sind die Norweger bisher in 58 Blöcken geworden, allerdings sind nicht alle Vorkommen derzeit wirtschaftlich nutzbar. In elf Feldern werden Öl oder Gas gefördert, vier weitere sind für den Ausbau freigegeben. Einige von ihnen werden jedoch erst im kommenden Jahrzehnt die Produktion aufnehmen können, darunter der sogenannte Goldblock der von Anbeginn so vielversprechend war, daß an ihm nur norwegische Gesellschaften beteiligt wurden.

Die Produktion aus dem norwegischen Shelf verlief bisher in diesem Jahr etwas besser als erwartet. Dies beruht in erster Linie auf dem überraschend starken Ausstoß der Statfjord-B-Plattform, die 1983 mehrmals die Tageshöchstleistungen verbesserte. Im Gegensatz zu einigen anderen ölproduzierenden Ländern hatten die Norweger bisher keine Absatzschwierigkeiten, was innerhalb der Opec Unruhe auslöste und zu der Mahnung an Oslo führte, die Produktion nicht unbegrenzt aufzustocken. Nach Berechnungen des Petroleumdirektorats wird die Förderung 1984 wieder etwas über 50 Millionen Tonnen Öläquivalente liegen.

JUGOSLAWIEN / Haushaltsplan 1984 verabschiedet

Konsolidierung hat Vorrang

rtr, Belgrad

Das jugoslawische Parlament hat diese Woche den Entwicklungsplan und den Haushalt 1984 nach fünftägiger Debatte verabschiedet. Wesentliche Ziele: die ins Wanken geratene Wirtschaft des Landes konsolidieren und die hohen Auslandsschulden zurückzahlen. Über den Plan und das Budget hatte es zwischen den sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen während der Debatte harte Auseinandersetzungen gegeben.

Ministerpräsidentin Milka Planinc zeigte sich trotz der auch 1984 zu erwartenden Schwierigkeiten optimistisch, daß Jugoslawien allmählich aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommen werde. Vor dem Parlament sagte sie, 1984 verlange nicht weniger Anstrengungen oder Opfer als dieses Jahr. Größere strukturelle Änderungen würden folgen, so, wie sie auch im langfristigen Stabilisierungsprogramm der Regierung vorgesehen seien.

Dazu zählten eine Verringerung des Leistungsbilanz-Defizits auf 150 Millionen Dollar (nach 1,4 Milliarden Dollar 1982), ein Abbau des Fehlbetrags in der Handelsbilanz sowie die fristgerechte Rückzahlung von Auslandsschulden. Als wichtigste Aufgaben für 1984 nannte die Ministerpräsidentin unter anderem die Wiederbelebung der Industrieproduktion, die Steigerung von Export und Beschäftigung sowie die Bedienung der Auslandsschulden. Im Entwicklungsplan 1984 wird ein Wachstum der Industrieproduktion um drei Prozent, nach einer Stagnation 1983, und eine Zunahme des Bruttosozialproduktes um zwei Prozent angestrebt. Die Exporte sollen insgesamt um 18 Prozent, die in den Westen um 20 Prozent steigen, während die Importe dem Plan zufolge um sieben Prozent zunehmen sollen.

Die Regierung erwarte, daß westliche Finanzkredite 1984 bei der Rückzahlung der Auslandsschulden von schätzungsweise 21 Milliarden Dollar helfen, sagte die Regierungschefin. Sie hoffe aber, daß Jugoslawien 1985 keine weiteren Auslandskredite brauche. Der jugoslawische Bundeshaushalt hat ein Volumen von 374,23 Milliarden Dinar (rund 8,3 Milliarden Mark), was einer Zunahme gegenüber dem Haushalt dieses Jahres um 42,9 Prozent entspricht.

TALBOT-KONFLIKT / Gastarbeiter verlangen 200 000 Franc Abfindung

Vorstand droht mit Konkursantrag

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die zwischen den Sozialpartnern und Regierungsvertretern nach Weihnachten aufgenommenen Verhandlungen über die Durchführung des Sozialplans für die 1905 Arbeitnehmer, davon 80 Prozent Gastarbeiter, die von der Automobilgesellschaft Talbot im Werk Poissy zum 1. Januar entlassen werden sollen, brachten bisher kein Ergebnis. Dies lag vor allem daran, daß ein großer Teil der betroffenen Gastarbeiter die Umschulung auf andere Berufe ablehnte und statt dessen eine Rückkehrprämie von 200 000 Franc (rund 66 000 Mark) pro Person forderte.

Die bei Talbot führende kommunistische CGT-Gewerkschaft, die für die Einrichtung von Ersatzarbeitsplätzen plädierte – dafür gewährt Talbot den betreffenden Unternehmen 20 000 Franc Prämie –, schloß sich der neuen Forderung inzwischen grundsätzlich an. Die Entlassenen müßten die freie Wahl haben zwischen Berufsausbildung, Umschulung und einer für sie finanziell interessanten Rückkehr ins Heimatland, erklärt jetzt die CGT.

Demgegenüber fordert die in der Minderheit befindliche CFDT-Gewerkschaft nach wie vor die Aufhebung aller Entlassungen. Die Verwaltung sollte dafür Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich vornehmen. Ihrem Aufruf entsprechend halten Talbot-Arbeiter immer noch Teile des Werks besetzt, obwohl die Regierung den Entlassungsbeschluß ausdrücklich genehmigt und abgesegnet hatte. Daraufhin beantragte jetzt die Verwaltung bei Gericht die zwangsweise Räumung. Nach den Betriebsferien soll ab 3. Januar wieder gearbeitet werden.

Die Ablehnung der Umschulung begründen die Gastarbeiter damit, daß sie zu 88 Prozent noch nicht einmal ihre Grundschulausbildung beendet haben. Sie könnten deshalb weder richtig lesen noch schreiben und demzufolge auch den Umschulungskursen nicht folgen. Außerdem würden sie später als ehemalige (streikgeübte) Talbot-Arbeiter wohl kaum einen neuen festen Arbeitsplatz bekommen. Schließlich aber würden sie bei einer Rückkehr ihre zweite Heimat verlieren.

Ihre Prämienforderung halten die Gastarbeiter für eine gerechte Entschädigung für die der französischen Volkswirtschaft geleisteten Dienste. Dabei wird die Rechnung aufgestellt, daß ein arbeitsloser Familienvater mit drei Kindern den Staat in zweieinhalb Jahren 204 000 Franc kostet. Die Regierung hat zu der Forderung noch nicht Stellung genommen.

Inzwischen hat die Peugeot SA als Holding der Automobilgesellschaft Peugeot-Talbot deren Restrukturierung angedroht. Dies könnte dazu führen, daß sich Peugeot von Talbot trennt, heißt es bei der Pariser Konzernverwaltung. Dort schließt man auch eine anschließende Konkurseröffnung für Talbot nicht aus, falls die Schwierigkeiten im Werk von Poissy andauern.

KHD / Konzern offeriert Arbeitszeitverkürzung

Sabbatjahr für die Älteren

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wir können nicht davon ausgehen, daß wir auf den Weltmärkten unsere Produktpreise erhöhen können und haben schon jetzt einen Überhang an Kapazitäten. Es gibt in der deutschen Industrie ja nicht generell zu wenig Arbeit, sondern nur nicht genug Gelegenheit zur teuren Arbeit." Konsequenzen aus der so vom Vorstandsvorsitzenden Bodo Liebe auf der Betriebsversammlung geschilderten Lage zieht nun der Kölner Maschinenbaukonzern Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) mit einem in der deutschen Industrielandschaft nicht alltäglichen Schritt.

In der Zwickmühle zwischen Kurzarbeit und Entlassungen bietet KHD zusätzlich zur weithin praktizierten Frühpensionierung ab dem 59. Lebensjahr den 50 bis 58 Jahre alten Mitarbeitern ein „freiwilliges Unterbrechungsjahr" an. Für diese Zeit erhalten die Mitarbeiter von KHD eine Abfindung, die zusammen mit den Leistungen der Arbeitslosenversicherung 85 Prozent der letzten Nettobezüge beträgt.

Nach diesem „Sabbatjahr" können die Mitarbeiter kraft „unwiderruflicher Wiedereinstellungszusage" des Unternehmens an einen Arbeitsplatz in der gleichen Abteilung und mit den dann dort aktuellen Bezügen zurückkehren.

Leichter als bisher will der Konzern seinen Beschäftigten ab 1984 auch die Möglichkeit machen, bis zu einem Monat (und an einem Stück) unbezahlten Urlaub zu nehmen.

Beide Maßnahmen einer flexiblen Arbeitszeitverkürzung bezeichnet auch KHD-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Paul Bleffert als „Politik des rechtzeitigen Gegensteuerns". So könne die Belegschaft flexibel an die reduzierte Auftragslage angepaßt und „Schlimmerers" vermieden werden. Einen Rechtsanspruch auf diese beiden Formen der flexiblen Arbeitszeitverkürzung haben die KHD-Mitarbeiter nicht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Duisburg: A. Neugebauer Zimmerei GmbH, Oberhausen-Sterkrade; **Essen:** Wilhelm Chur GmbH & Co. KG; Werbekaufmann Peter Filip, Hattingen; **Fritzlar:** Nachl. d. Julius Franz Joseph Elmer; **Göppingen:** FELO Motorfahrzeuge GmbH, Ebersbach/Fils; **Hagen:** Höflich & Co. GmbH; KG i. Duhme & Wetter GmbH & Co. KG; **Leer:** Ostfriesische Tiefkühlkost GmbH; Ostfriesische Tiefkühlkost GmbH & Co. KG; **Mönchengladbach:** Ludwig Lapp GmbH & Co. KG; **Nürnberg:** Reiner Halbritter, Taxiunternehmen, Schwaig; **Rüsselsheim:** PTG-Paket-Transport GmbH, Raunheim; **Wetzlar:** Nachl. d. Sophie Wilhelmine Weidmann geb. Schmiedel, Kauffrau, verw. Schweitzer; **Wuppertal:** Hans Hermann Riechers, Hotelkaufmann.

Vergleich beantragt: Bergisch Gladbach: Willi Schumacher med.-techn. Geräte GmbH & Co. KG, Odenthal-Blecher und Willi Schumacher, med.-techn. Geräte GmbH; **Köln:** Finzel Verwaltungsges. mbH; **Stuttgart:** Einrichtungshaus Baumann KG, Kirchheim/Teck.

Herr: es ist Zeit.
Der Sommer war sehr groß.
(Rilke)

Dr. jur. Egon Lambertz

Notar a. D.

* 23. 6. 1909 † 26. 12. 1983

Wir haben ihn sehr geliebt.

Liselotte Lambertz geb. Eiffert
Bernd Lambertz
Elisabeth Lambertz geb. Terheggen
Jörn und Anne

4130 Moers 1, Lerchenstraße 10

Das Seelenamt ist am Freitag, 30 Dezember 1983, um 9.00 Uhr in der St.-Josef-Pfarrkirche Moers und die Beerdigung um 10.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof Moers-Hülsdonk.

Dr. Gerhard Slavik

* 25. August 1904 † 22. Dezember 1983

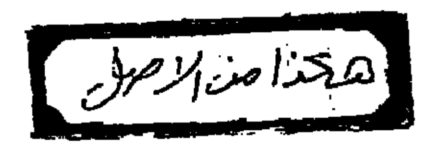
Nach langer, schwerer Krankheit ist mein geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater von uns geschieden.

Er ist nicht von uns, sondern vor uns gegangen.

Dr. Martha Slavik
Wolfgang Slavik
Ursula Slavik geb. Eby
Brigitte Edding geb. Slavik
Carl-Wilhelm Edding
Roswitha da Graça Moura geb. Slavik
Miriam, Gesine und Michael

2000 Hamburg 20
Löwenstraße 30

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 5. Januar 1984, um 11.45 Uhr in der Halle C des Hauptfriedhofes Hamburg-Ohlsdorf.



DEUTSCHE BABCOCK / Investitionsklima noch flau

Das Verlustloch überwunden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die im Vorjahr erstmals seit gut drei Jahrzehnten ausgefallene Dividende für die 20 000 Aktionäre kehrt zwar offenbar für 1982/83 (30. 9.) noch nicht wieder. Immerhin aber einen „bescheidenen" Gewinn kündigte der neue Vorstandsvorsitzende Helmut Wiehn auf der Jubilarfeier der Deutsche Babcock AG, Oberhausen, im ersten Rückblick auf das Berichtsjahr an, nachdem dieser Anlagen- und Maschinenbaukonzern im Vorjahr 389 Mill. DM Verlust aus den Rücklagen ausgleichen mußte. Die diesen Verlust verursachenden Problemaufträge aus dem Nahen Osten seien auch 1982/83 noch nicht voll abgerechnet worden.

Andere Großauftragsabrechnungen hoben nun den Gruppenumsatz um 27 Prozent auf 8,1 Mrd. DM empor, während die Belegschaftszahl auf 28 340 (32 330) reduziert wurde. Das verbesserte Wachstum des Auftragseingangs um 6,2 Prozent auf 7,1 Mrd. DM mit wiederum 54 Prozent Auslandsanteil blieb „deutlich" über dem deutschen Maschinenbaudurchschnitt. Der Auftragsbestand sank auf 10,6 (11,6) Mrd. DM. Die Nettobankverschuldung wurde auf 209 (349) Mill. DM abgebaut.

Für 1983/84 erwartet Wiehn einen abermals relativ hohen Umsatz von 7 Mrd. DM, dies allerdings erneut durch einige Großauftrag-Abrechnungen. Im laufenden Geschäft hingegen spürt die Babcock-Gruppe Positives nur im Ersatzteilbereich, im Service und bei der Auslandsmontage, dazu in der Umwelttechnik zumal beim Bau von Entschwefelungsanlagen. Insgesamt sei die Beschäftigung „eher rezessiv"; auch der Auftragseingang zeige sinkende Tendenz.

Grund der Moll-Töne: Für Babcock-Produkte sei das Investitionsklima daheim und in der Welt immer noch flau. Dies besonders im konventionellen Kraftwerksbau, dessen „Vergabevolumen" 1982/83 den seit fünf Jahren tiefsten Stand hatte und 1983/84 auf dem Heimatmarkt wohl keinen einzigen Großdampferzeuger für die Lieferanten bringe. Ertragsbesserung durch Minderung von Ergebnisrisiken und Ausbau neuer Technologien soll in dieser Zeit die Babcock-Devise sein. Im Verein damit sollen die Gemeinkosten nochmals um 3 Prozent gesenkt werden.

VITRI / Kunststoffverarbeiter mit einem Sortiment von 1000 Hausratsartikeln – Laborgeräte bilden zweites Bein

Mit dem Konzept der Marktnische erfolgreich

J. WEBER, Nieder-Ramstadt

Als 1938 die ersten Eierbecher, Salatbestecke und andere Haushaltsartikel aus Kunststoff-Spritzguß ihre Premiere auf der Leipziger Messe hatten, war die Max Richter KG aus Nieder-Ramstadt bei Darmstadt schon dabei. Wenn in den nächsten Monaten neue Kunststoff-Geschirre für Mikrowellenherde auf den Markt kommen, ist sie wieder Vorreiter, inzwischen unter dem Namen Vitri GmbH + Co. Kunststoffverarbeitung und Formenbau KG.

„Unsere Strategie ist es, relativ enge Marktnischen so rechtzeitig zu besetzen, daß sich der Einstieg für andere gar nicht mehr lohnt", erklärt Geschäftsführer-Gesellschafter Ludwig Huxhorn. Das Konzept scheint sich zu bewähren. Immerhin hat Vitri im schwachen Wirtschaftsjahr 1982 den Umsatz noch um 24 Prozent auf 20 Mill. DM steigern können. Und nach einer vom Markt verordneten Konsolidierungspause in diesem Jahr soll es 1984 wieder um 10 Prozent aufwärtsgehen.

Der frühe Einstieg in neue Nischen ist freilich immer mit Risiken verbunden, setzt einen „guten Riecher" für künftige Marktentwicklungen voraus. Ehe der Kunststoffverarbeiter überhaupt als Anbieter auftreten kann, sind Entwicklungs- und Formkosten von einer viertel bis zu einer halben Million Mark für eine neue Serie fällig, kein Pappenstiel für ein Mittelstandsunternehmen. Vitri gibt etwa 5 Prozent vom Umsatz für die Entwicklung aus.

Im Fall der Mikrowellenprodukte, deren Markt im Inland noch etwas unterentwickelt sein dürfte, stützt sich das Unternehmen zwecks Lastenausgleich schon vom Beginn an auch auf die Märkte Kanada und Australien, auf denen die Blitzherdchen schon stärker verbreitet sind. Der Export ist für den 180-Mitarbeiter-Betrieb allerdings kein Abenteuer mehr – rund ein Drittel des Umsatzes stammt aus dem Ausland, überwiegend aus den europäischen Nachbarländern. Flexibilität ist im Haushaltswarengeschäft mit seinen Moden und seinem chronischen Bedarf an Neuheiten auf jeden Fall gefragt. „Rund die Hälfte unseres Umsatzes machen wir heute mit Produkten, die nicht älter sind als 5 Jahre", beschreibt Marketing-Geschäftsführer und Gesellschafter Walter Meinl das Tempo des Novitäten-Karussells.

Nach seiner Einschätzung wird der Wandel in diesem Tempo weitergehen. Dafür wird auch eine neue Variante des Drucks von außen sorgen: „Problemlose Artikel kommen künftig aus anderen Ländern", so seine Vorhersage mit dem Blick nicht nur auf den Aufbau von Kunststoff-Produktionen in den Öl-Staaten, sondern auch auf den Einstieg von (Fernost-)Billigländern in die Verarbeitung. Zusätzlicher Zwang zur permanenten Innovation entsteht aus dem eigenen Betrieb heraus. Denn zur Herstellung der Kunststoff-Spritzformen unterhält Vitri eine eigene Werkzeugmacherei mit 12 Beschäftigten und modernster Ausrüstung bis hin zur eigenen Oberflächenveredelung. Den „bequemen" Weg, hier mit Fremdaufträgen für Auslastung zu sorgen, will man nicht gehen: „Diesen Druck, unentwegt Neues anzupacken, haben wir uns ganz bewußt selbst auferlegt", erklärt Huxhorn.

Was vor 75 Jahren mit Schirmgriffen aus Zelluloid begann, ist so zu einem Sortiment von rund 1000 Hausratsartikeln gewachsen, zu denen sich seit Beginn der 60er Jahre als zweites Bein eine Palette von 800 Laborgeräten gesellt hat, die heute etwa ein Viertel des Umsatzes tragen.

An neuen Ideen herrscht kein Mangel, eher im Gegenteil: „Da muß viel herausgefiltert werden, wenn wir in unserem Vertriebsweg bleiben wollen", bedauert Meinl. Noch eine hausgemachte Einschränkung gibt es: „Als Nischenspezialist halten wir uns ganz dezidiert aus den Sortimenten der Wettbewerber heraus." Das Schwergewicht des Marktes liegt für Vitri im Facheinzelhandel. Aber auch der Hausrat-Großhandel, die Waren- und Versandhäuser sowie einige Verbrauchermarkt-Unternehmen zählen zu den Kunden. Um die Zukunft ist es dem Geschäftsführer-Duo nicht bange. Mit den immer neuen Kunststoff-Varianten, die die Chemie hervorbringt, bieten sich auch dem Verarbeiter neue Chancen. „Wir müssen nur permanent selbst aufpassen, daß da auch neue Produkte für uns herauskommen", meint Huxhorn.

KRUPP-KLÖCKNER

Schmiede-Ehe in Windeseile

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Unerwartet ist auch das letzte und kleinste Stück der Stahlfusion Krupp/Thyssen, die Zusammenfassung der beiderseitigen und verlustreichen Freiformschmiede-Aktivitäten, gescheitert. Unerwartet schnell, die Beteiligten sprechen von „affenartiger Geschwindigkeit" der Verhandlungen, haben sich die Krupp Stahl AG, Bochum, und die Klöckner-Werke AG, Duisburg, nun entschlossen, ihre Aktivitäten „im Bereich der Freiformschmieden und der Bearbeitung" in einer gemeinsamen 50:50-Gesellschaft zusammenzufassen.

Vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Aufsichtsräte und des Bundeskartellamtes gründen die beiden neuen

Partner die Schmiedewerke Krupp-Klöckner GmbH, Bochum, mit 120 Mill. DM Eigenkapital, 5000 Beschäftigten und 600 Mill. DM Umsatz. Neben Freiformschmiedestücken gehören zur Produktion des montanmitbestimmten neuen Unternehmens rollendes Bahnmaterial, Ringe, Weichen und Titanprodukte. Klöckner bringt sein Werk Osnabrück ein, Krupp die Geschäftsbereiche Schmiede und Bearbeitung mit den Betrieben Bochum und Essen sowie den Schmiedebereich des Werkes Hagen-Wehringhausen.

Der Zusammenschluß soll „erhebliche Rationalisierungspotentiale" mit Personal- und Sachkostenersparnissen von mindestens 80 Mill. DM pro Jahr mobilisieren. Zu vermuten ist demnach, daß durch Produktionskonzentration auf die jeweils leistungsfähigsten Anlagen etwa 1000 Arbeitsplätze wegfallen.

Die Schmiedefusion mit Thyssen ist nach Krupp-Auskunft daran gescheitert, daß sich dieser Partner „unbeweglich und nicht kompromißbereit" zeigte. Krupp wollte die Titanerzeugnisse als integrierten Teil der Essener Schmiede in jene Ehe mit einbringen, Thyssen jedoch seinen Titanteil beim eigenen Edelstahlbereich lassen.

ÖSTERREICH / 1985 kommt große Sozialreform

Kleine Schritte reichen nicht

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Schwere Sorgen plagen den österreichischen Sozialminister Alfred Dallinger – die er sich allerdings mit dem Finanzminister teilt. Denn das soziale Netz erweist sich als kaum mehr finanzierbar. Spätestens seit der Sozialminister vor wenigen Monaten im Wiener Parlament öffentlich Pensionsalarm geschlagen hatte und zugeben mußte, daß in der Zeit der Hochkonjunktur geradezu ungedeckte Sozial-Wechsel auf die Zukunft ausgestellt worden waren, ist die prekäre finanzielle Situation des Sozialstaates kein Geheimnis mehr.

In den letzten Wochen wurden daher vom Nationalrat mehrere Gesetzesänderungen beschlossen, mit denen auf der einen Seite Sozialleistungen gekürzt und auf der anderen Seite mit Beitragserhöhungen zusätzliche Einnahmen erschlossen werden. Doch damit ist noch nichts gewonnen. Deshalb soll dieser ersten kleinen Reform mit Beginn des Jahres 1985 eine weitere, große Sozialreform folgen.

Während die staatliche Kranken- und Unfallversicherung derzeit kaum finanzielle Probleme aufwerfen, steigen die Ausgaben für Pensionen derart sprunghaft an, daß nur höhere Staatszuschüsse auch die Zahlungen garantieren können. Ohne Reformschritte würden die Aufwendungen bis 1988 von derzeit 107,5 auf rund 200 Milliarden Schilling (rund 30 Mrd. DM) jährlich ansteigen. Der Bund müßte demnach dann 60 Milliarden Schilling gegenüber heute 35 Milliarden zuschießen.

Wobei in Österreich der Staatszuschuß an sich im System seinen festen Platz hat: Für die Unselbständigen war von vornherein vorgesehen, daß Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat je ein Drittel der Pensionszahlungen finanzieren. Der Anteil des Staates hatte de facto 1977 bereits 34 Prozent erreicht, war bis 1981 aber auf 22,3 Prozent gesunken, ehe er heute wieder bis 30,3 Prozent anstieg. Bis 1987 würde sich dieser Anteil auf fast 39 Prozent erhöhen.

Die vorgesehene Pensionsreform soll dem nun entgegenwirken – als Teil der Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes. Sozialminister Dallinger erhofft sich von der großen Reform bereits 1985 eine jährliche Einsparung von mindestens 6 Milliarden Schilling. Die ersten Schritte per Anfang 1984 bringen dagegen voraussichtlich nur 3 Milliarden Schilling. Eine zusätzliche Entlastung des Budgets um 1,3 Milliarden Schilling bringt weiter die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 4,4 Prozent der Lohnsumme. Für die Unterstützung der Arbeitslosen dürften 1984 rund 11 Milliarden Schilling aufgewendet werden, die fast 100 000 Frühpensionierten kosten etwa 14 Milliarden Schilling für Pension- und Krankenversicherung.

Zur Finanzierung aller Sozialleistungen in Österreich tragen die Arbeitgeber mit 124 Milliarden Schilling oder 40 Prozent bei. Allein die freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber machen jährlich rund 20 Milliarden Schilling oder 16 Prozent der Gesamtfinanzierung aus. Der Staat trägt 36 Prozent bei, die Arbeitnehmer zahlen 21 Prozent.

JEBSEN & JESSEN / Gründung vor 75 Jahren

Spezialist im China-Handel

JAN BRECH, Hamburg

Das Hamburger Handelshaus Jebsen & Jessen, das seit der Gründung auf den Handel mit China spezialisiert ist, blickt in diesen Tagen auf das 75. Firmenjubiläum zurück. Die beiden in Apenrade in Nordschleswig geborenen Kaufleute Jacob Jebsen und Heinrich Jessen, die seit 1895 von Hongkong aus ein Handelsgeschäft zwischen China und Europa aufgebaut hatten, gründeten das Unternehmen 1909 in Hamburg. Das Handelshaus übernahm den Einkauf von Waren für die Schwesterfirma in Hongkong und deren Niederlassungen und begann gleichzeitig, chinesische Länderprodukte zu importieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Jebsen & Jessen die Warenpalette und auch den regionalen Tätigkeitsbereich über China hinaus auf den ost- und südostasiatischen Raum ausgedehnt. Nach Fernost und Australien werden heute vorwiegend Chemikalien, Maschinen und ganze Industrieanlagen, besonders für die Nahrungsmittelindustrie, exportiert. Auf der Importseite werden neben den traditionellen chinesischen Landesprodukten Textilien, Bekleidung sowie Arbeitsschutz- und Werbeartikel eingeführt.

Das Handelshaus, das Teil der Unternehmensgruppe Jebsen & Jessen mit insgesamt 30 Firmen in Europa, Ost- und Südostasien ist, betreibt als rechtlich und wirtschaftlich unabhängiges Unternehmen das Außenhandelsgeschäft mit 15 produktspezifischen Fachabteilungen auf eigenes Risiko und für eigene Rechnung. Der Umsatz für dieses Jahr wird mit mehr als 130 Mill. DM angegeben. Davon entfallen rund 75 Prozent auf Importe, der Rest auf Exporte.

NAMEN

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht **Dr. Gerhard Heuer**, Mitverfasser des „Herrmann/Heuer/Raupach", vollendet am 30. Dezember in Trier das 75. Lebensjahr.

Friedrich W. Miebach und **Heinz-Gerd Stuhm** sind zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der KRAVAG-Versicherungen, Hamburg, ernannt worden.

Walter Mönkeberg ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der *Mauser Waldeck AG, Waldeck*, bestellt worden.

Dr. Günter Mausbach, Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, Düsseldorf, ist in den Aufsichtsrat der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, berufen worden. Er tritt an die Stelle von **Dr. Hans J. Reuther**, geschäftsführender Mitinhaber der Bopp & Reuther GmbH, Mannheim, der sein Mandat niedergelegt hat.

Dr. Michael J. A. Hoffmann wird am 1. Januar 1984 in die Geschäftsführung des Dortmunder Software- und Systemhauses mbp – Mathematischer Beratungs- und Programmierungsdienst GmbH – eintreten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Konzeption

Minden (hdt) – Die Edeka Handelsgesellschaft Minden-Hannover mbH, Minden, größter regionaler Großhandelsbetrieb der Edeka im Bundesgebiet, konnte 1983 infolge erheblicher Kostenreduzierungen mit einem voll befriedigenden Jahresergebnis abschließen. Der erzielte Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. DM entspricht dabei dem Vorjahresumsatz, obwohl wiederum ein leichter Mitgliederschwund zu verzeichnen war. Dieser Entwicklung will die EHG Minden-Hannover jedoch mit ihrer 1983 eingeführten Konzeption der Edeka-Aktiv- und -Kompakt-Märkte gegensteuern.

Migros-Bank verbessert

Düsseldorf (Py.) – Nach einem guten Ergebnis im Vorjahr zeigt die Bilanz der Migros-Bank AG, Düsseldorf, im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) eine weitere Verbesserung. Der Zinsüberschuß liegt ersten Angaben zufolge um 14 Prozent über dem Vorjahr. Nach Risikovorsorge und Reservenstärkung wird wieder eine Dividende von 8 Prozent vorgeschlagen. Die zur schweizerischen Migros-Gruppe gehörende Bank steigerte die Bilanzsumme um knapp 11 Prozent auf 256 Mill. DM. Die Kundenkredite wurden um 12 Prozent auf 170 Mill. DM aufgestockt. Kundeneinlagen erreichten 215 (203) Mill. DM, wobei die Spareinlagen allein einen Zuwachs auf 68 (44) Mill. DM verzeichneten und zusammen mit den Sparbriefen 65 Prozent der Bilanzsumme bestreiten.

Kooperation mit „DDR"

Bad Lippspringe (hdt) – Die Mechanische Weberei GmbH, Bad Lippspringe, Europas größter Hersteller von Lichtbildwänden, wird im kommenden Jahr auf begrenzten Auslandsmärkten mit dem VEB Pentacon, Dresden, dem führenden Kamera-Hersteller in der „DDR", kooperieren. Außerdem sollen die Absatzbemühungen im Ostblock verstärkt werden. Die „Mechanische" erzielte 1983 einen Umsatz von 21 Mill. DM, ein Plus von rund 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Exportanteil lag bei 20 Prozent.

Würzburger Hofbräu im Plus

Essen (Bm.) – Die Würzburger Hofbräu AG hat im Geschäftsjahr 1982/83 ihren Umsatz um 2,4 Prozent auf 31,6 Mill. DM erhöhen können. In die Gastronomie wurden 6 und in die Modernisierung der Brauerei 15 Mill. DM investiert. Der Getränkeabsatz stieg um 3,2 Prozent auf 260 000 Hektoliter. Die Mehrheit am Hofbräu hält das Bankhaus Merck, Finck & Co., München.

Haldenabbau bei Saarberg

Saarbrücken (dpa/VWD) – Mit Hilfe einer Einschränkung der Kohleförderung haben die Saarbergwerke AG, Saarbrücken, ihre Haldenbestände in diesem Jahr um rund 300 000 Tonnen abgebaut. Wie das Unternehmen mitteilte, lagen zu Beginn dieses Jahres an der Saar rund 2 Mill. Tonnen, im Dezember aber nur noch 1,7 Mill. Tonnen Kohle auf Halde. 1983 haben die 6 Gruben der Saarbergwerke insgesamt rund 10 (11) Mill. Tonnen Steinkohle gefördert. Der Steinkohlenabsatz betrug 10,2 Mill. Tonnen und war damit um rund 300 000 Tonnen höher als 1982. Für das kommende Jahr sind vorläufig acht „Feierschichten" vorgesehen.

Der Hausse-Zug fährt wieder

Bei lebhaften Umsätzen verbreitet steigende Aktienkurse

DW. – An der Mittwochbörse kam es bei lebhaften Umsätzen zu einer Fortsetzung der nun schon seit August vergangenen Jahres anhaltenden und nur durch gelegentliche Pausen unterbrochenen Hausse-Bewegung am deutschen Aktienmarkt. Das Geschäft wurde diesmal in der Hauptsache durch Kaufaufträge aus dem Inland getragen, die in Erwartung eines „festen Januars" erteilt worden sind. An den Käufen waren neben der Börsenkulisse auch institutionelle Anleger beteiligt. Ausländische Aktivitäten wurden lediglich bei den Titeln der Großchemie, bei der Deutschen Bank und bei Siemens vermutet.

Der Geschäftsschwerpunkt verlagerte sich von den Stahl- und Maschinenbauaktien zu den Papieren der Großchemie, die bis zu 3,50 DM anzogen. Unberührt von der festen Tendenz blieben vorerst noch die Schering-Aktien. Dagegen verbesserten sich die Papiere von Beiersdorf gleich um 6 DM auf 355 DM. Der am Dienstag begonnene Bezugsrechthandel für die jungen Aktien der Bayern-Hypo warf keine Probleme auf.

Düsseldorf: Aigner erhöhten sich um 4 DM auf 286,50 DM, Audi NSU befestigten sich um 2,50 DM auf 263 DM und Bilfinger konnten sich um 3 DM auf 200 DM verbessern. Kromschröder sanken um 5 DM auf 190 DM, Ravensburger Spinne ermäßigten sich um 5 DM auf 185 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 20 DM auf 3210 DM ab.

Frankfurt: Überdurchschnittliche Steigerungen hatten Großbanken sowie Stahl- und Maschinenwerte. So konnten sich Mannesmann um 5 DM auf 143,20 DM verbessern. Auch Bau- und Zementwerte profitierten von der freundlichen Stimmung. Von Neben- und Spezialwerten gaben Steigenberger um 50 DM auf 1300 DM nach.

Hamburg: HEW gingen zu 100,50 DM plus 0,50 DM und NWK-Vz. unverändert zu 177,50 DM um. Phoenix Gummi kamen auf 151,50 DM plus 1,30 DM, und Bremer Vulkan stiegen weiter auf 40,50 DM um 1,50 DM. Größere Gewinne erzielten Markt und Kühlhallen bei 323 DM plus 4 DM sowie Beiersdorf bei 355 DM plus 6 DM.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 5 DM auf 330 DM, Grünzweig zogen um 3,50 DM auf 171,50 DM an und Zahnräder Renk stiegen um 8 DM auf 265 DM. Augsburger Kammgarn ermäßigten sich um 1 DM auf 98 DM, Gehe AG fielen um 8 DM auf 220 DM und Otto Stumpf St. mußten eine Einbuße von 6 DM auf 118 DM hinnehmen.

Berlin: Kempinski zogen um 9 DM, DeTeWe um 8 DM und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM an. Berliner Kindl verbesserten sich um 2,50 DM, Bekula und Schering um je 1,50 DM und Herlitz Stämme um 1 DM. Orenstein büßten 6,50 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz Vorzüge je 2 DM ein.

Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 27. 12.: 151,3 (150,8); WELT-Umsatzindex vom 27. 12.: 2888 (2829)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Optionshandel

Frankfurt: 28. 12.: 1017 Optionen = 51 850 (51 525) Aktien, davon 104 Verkaufsoptionen = 5300 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-75/8, 1-80/2, 4-75/13, 4-80/8, 4-85/5,1, 7-80/12, 7-85/9, BASF 1-154,3/16, 1-159,3/12, 1-160/11,1, 1-164,3/6,8, 1-169,3/3,3, 1-170/3,3, 4-149,3/25,5, 4-150/25, 4-159,3/17,7, 4-160/16,6, 4-170/10,9, 4-180/6,5, 7-170/15,6, 7-180/10,2, Bayer 1-126/45, 1-136/36, 1-140/32, 1-146/25, 1-150/22, 1-156/16, 1-160/11,1, 1-170/3, 4-140/36, 4-150/25, 4-1605/16,9, 4-180/6, 7-160/25, 7-190/6,1, BHF 1-270/9, Bekula 4-100/3,9, Bay. Vereinsbk. 4-340/8, 7-330/21, Commerzbank 1-160/10,6, 1-170/4,4, 4-160/21, 4-160/21, 4-170/12,8, 4-180/7,4, 4-190/5, 7-170/17, 7-180/12,9, 7-200/6,6, Conti 1-100/21, 1-110/11, 1-120/4, 4-120/4, 4,120/10, 4-130/5,1, 7-120/15, 7-130/11,9, Daimler 1-501,3/147, 1-521,3/127, 1-572,8/75, 4-690/25, Dt. Babcock Vz. 1-170/24, 4-180/23,1, Deutsche Bank 1-300/37, 1-310/27, 1-320/15,6, 1-330/7,9, 4-310/33, 4-320/27, 4-330/15, 4-350/11,2, 7-330/28, 7-380/9,7, Dresdner Bank 4-170/12,85, 4-180/9,6, 7-180/14, 7-190/10,2, GHH St. 4-140/20, 4-150/15,6, 7-150/19, Hoechst 1-150/30, 1-154,5/26, 1-160/20,8, 1-170/11,5, 1-180/3, 4-180/10, Hoesch 1-90/20, 1-100/10, 4-100/16,4, 4-110/6, 7-90/28, 7-85/23, 7-100/18, 7-110/13, 7-120/6,1, Klöckner 1-35/8, 1-40/5,8, 1-45/1, 4-40/7,8, 4-45/5, 7-45/8,5, 7-50/4, Lufthansa St. 1-137,5/10,5, 4-137,5/15,6, Lufthansa Vz. 1-140/8,5, Metallges. 4-230/4,1, Mannesmann 1-130/11, 1-140/2,2, 4-130/14,6, 4-140/7,6, 7-140/15, 7-150/9,5, Preussag 4-280/14,6, RWE St. 1-170/8, Kali + Salz 4-220/5,45, Siemens 1-340/41, 1-360/21, 1-370/12,6, 1-390/2,6, 4-380/17,7, 4-400/10, 4-420/5, Thyssen 1-70/15,2, 1-80/5,1, 1-83/3,5, 1-85/1,6, 4-75/12,8, 4-80/11,6, 4-85/6,5, 4-90/4, 7-85/8,5, 7-90/8, Veba 1-162,5/7, 4-170/7,9, 4-180/4,5, 7-160/21, 7-170/14,3, VW 1-180/37, 1-190/28, 1-210/8, 1-220/3,5, 4-200/27, 4-220/16,4, 4-240/7,5, 7-200/38, 7-210/30, 7-220/27, 7-230/20, Chrysler 1-75/3,1, 4-80/5, Elf 7-60/5, IBM 7-350/35, Philips 1-35/5, 1-40/1,5, 4-40/4, 4-45/2,2, 7-35/8,9, 7-40/4,8, Sperry 7-120/20, Xerox 4-140/10,05. Verkaufsoptionen: AEG 4-80/2,5, 4-85/6,4, 7-75/2,5, 7-80/4,4, BASF 1-160/1, 7-170/5,4, Bayer 7-170/5,2, Conti 4-120/2,7, 7-120/4,7, Daimler 4-650/14,5, Deutsche Bank 4-320/3, 7-330/7, Dresdner Bank 1-170/1,7, 4-170/3,3, 7-170/5,1, Harpener 7-260/10, Hoechst 4-170/2,2, 7-180/8, Hoesch 4-100/3, 7-100/3,6, Klöckner 1-40/1,9, 4-40/2,55, 7-35/2, 7-40/3,5, Linde 4-350/2,6, Mannesmann 7-130/4,5, Preussag 4-270/7,5, Siemens 4-270/3, 7-370/6,4, 7-380/11,3, Thyssen 7-75/2,8, VW 4-200/1,5, 4-210/2,6, 7-200/3, 7-210/4,5, IBM 7-330/12, Sperry 7-130/10,6, Xerox 7-140/13,8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10⅛	6 –6⅛	4 –4½
3 Monate	9⅞–10⅛	6 –6⅛	4 –4⅜
6 Monate	10⅛–10⅜	6¼–6½	4¼–4⅜
12 Monate	10⅜–10⅝	6⅜–6⅝	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1806,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1183,00	1383,51
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	187,00	240,54
10 Rubel Tscherwonez	252,00	314,64
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1063,00	1251,72
Maple Leaf	1063,00	1251,72
Platin Noble Man	1097,00	1290,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	202,00	258,78
20 franz. Franken „Napoléon"	195,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	981,00	1182,18
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.-Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7497	2,7578	2,7268	2,70	2,79
London¹)	3,943	3,957	3,927	3,87	4,02
Dublin¹)	3,098	3,112	3,060	3,03	3,18
Montreal³)	2,2070	2,2150	2,1900	2,15	2,24
Amsterd.	88,815	89,135	88,925	87,75	89,75
Zürich	125,730	125,930	124,83	124,50	127,25
Brüssel	4,892	4,912	4,843	4,71	4,93
Paris	32,615	32,775	32,096	32,00	33,75
Kopenh.	27,500	27,620	27,28	26,50	28,50
Oslo	35,395	35,515	37,86	35,00	36,75
Stockh.**)	34,100	34,260	33,77	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,641	1,651	1,673	1,61	1,71
Wien	14,159	14,199	14,71	14,00	14,32
Madrid**)	1,739	1,749	1,685	1,67	1,79
Lissabon**)	2,068	2,088	1,988	1,60	2,40
Tokio	1,1770	1,1800	–	1,14	1,20
Helsinki	46,840	47,040	45,90	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,739	2,792	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4570	2,4890	–	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,2500	2,2690	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die ruhige Verfassung der Devisenmärkte hielt am 28. 12. an. Der US-Dollar wurde etwas niedriger gehandelt, wobei der Rückgang der Euro-Dollar-Zinssätze um bis zu ⅛ Prozentpunkte stimmungsmäßig half. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zur Notiz von 2,7538 21,05 Millionen Dollar und erzielte damit den Tageshöchstkurs. Die niedrigste Basis erreichte man zeitweise mit 2,7470. Während der Schweizer Franken seinen Jahreshöchstkurs nochmals um 8 Pf. auf 125,83 steigen konnte, wurden die miesten anderen Währungen etwas niedriger notiert. Der Japanische Yen fiel wieder unter die Marke von 1,18. Dollar in: Amsterdam 3,0925; Brüssel 56,1375; Paris 8,4160; Mailand 1671,80; Wien 1941,90; Zürich 2,1885; Ir. Pfund/DM 3,105; Pfund/Dollar 1,4344; Pfund/DM 3,950.

Ostmarkkurs am 28. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Rückgang der Dollar-Zinssätze um ⅛ bis ⅛ zeigte sich am 28. Dezember in niedrigeren Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,01/0,91	2,76/2,66	5,20/5,00
Pfund/Dollar	0,12/0,15	0,30/0,34	0,46/0,51
Pfund/DM	1,70/0,30	3,70/2,30	6,60/5,20
FF/DM	26/ 10	67/ 51	137/111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 6,45–6,8 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,43) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,18) – 8,50 (7,59) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,21, 2 Jahre 7,32. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,25, Kurs 100,60, Rendite 8,10.

Renten freundlicher

Der Rentenmarkt tendierte überwiegend freundlich. Dabei kamen ihm die Hoffnungen auf eine Zinsentspannung in den USA zugute, außerdem der neuerdings leicht rückläufige Dollarkurs. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,50 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die achtprozentigen Bundesobligationen, Serie 43, kamen zu 99,30 Prozent in den Börsenhandel. Man geht davon aus, daß die Silvesteranleihe des Bundes diesmal mit einem Nominalzins von achteinviertel Prozent und zu einem Ausgabekurs von leicht unter pari emittiert werden wird. Die vorjährige Silvesteranleihe hatte einen Nominalzins von nur siebeneinhalb Prozent. Pfandbriefe wurden weiter heraufkorrigiert, DM-Auslandsanleihen gut behauptet.

	28. 12.	27. 12.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	94G	94G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	79,5G	79G
6 dgl. KO Pf 50	89,7G	89,7G
6½ dgl. Pf 10	84,25G	82G
6 dgl. KS 1	98,4G	98,4G

	28. 12.	27. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
8 dgl. 47	78G	78G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	110G	110G
6 dgl. Pf 60	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100G	100G
4 dgl. KO 5	102	102
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 88	79,75G	79,75G
6½ dgl. Pf 80	88,75	88,75
8 dgl. Pf. 248	100,45	100,45
9 dgl. KO 125	102,05G	102,5G
8 dgl. KO 175	100,25G	100,25G

	28. 12.	27. 12.
M 5 Vereinsbk Hbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	89G	89G
D 8 WestLB Pf 350	100,3G	100,3G
6½ dgl. Pf 403	95,9G	95,9G
9½ dgl. Pf 1007	104,45G	104,45G
8 dgl. Pf 1015	97,55G	97,55G
7 dgl. KO 556	99,2G	99,2G
6½ dgl. KS 420	94,25G	94,25G
9½ dgl. KO 1301	104,1G	104,1G
8½ dgl. KS 1278	101,05G	101,05G
8 dgl. IS 1512	99,1G	99,1G
9½ dgl. IS 1520	101,8G	101,8G
6½ dgl. IS 879	92,7G	92,7G

Bundesbahn

		28. 12.	27. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,1G	100,1
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,8
8¼ dgl. 76	9/84	101	101G
6 dgl. 78 III	11/84	99,3G	99,3

Bankschuldverschreib.

	28. 12.	27. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,75G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,1G
10 dgl. Pf 108	107,5G	106,8G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,25G
8 dgl. KS 155	98,4G	97,75G
9 dgl. KS 169	102G	101,85G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester ging dagegen Silber aus dem Markt. Zu leichten Abschlägen in allen Sichten kam es bei Kupfer. Während Kakao durchweg fester notierte, konnte Kaffee im verfügbaren Monat und im entfernten Mai Gewinne verbuchen. Alle anderen Kontrakte mußten Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	27. 12.	23. 12.
März	464,75	361,00
Mai	362,50	357,75
Juli	348,50	345,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	27. 12.	23. 12.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,10	246,10
Amber Durum	259,80	259,60

Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 12.	23. 12.
Dez.	geschl.	129,40
März	geschl.	133,90
Mai	geschl.	135,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	27. 12.	23. 12.
März	142,25	142,10
Mai	137,80	138,20
Juli	135,30	135,95

Kakao New York ($/t)	27. 12.	23. 12.
Terminkontr. März	2663	2615
Mai	2630	2585
Juli	2629	2580
Umsatz	–	1179

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	6,65	6,85
März	8,09	8,26

Zucker London (£/t)		
März	geschl.	145,00
Mai	geschl.	–
Umsatz	–	559

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 12.	23. 12.
schw. Sarawak spez.	430,00	430,00
weißer Sarawak	677,00	672,50
weißer Muntok	685,00	680,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Schmalz Chicago (c/lb)		
Febr.	51,95	50,40
Apr.	49,15	47,90
Juni	59,60	52,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,80	63,25
März	64,95	63,60
Mai	66,65	65,30

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	218,00	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1045,00	1045,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	–	325,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	27. 12.	23. 12.
Jan.	14 038	14 040
Febr.	14 030	14 040

Kautschuk London (p/kg)	27. 12.	23. 12.
Nr. 1 RSS loco	geschl.	83,00–84,50
Jan.	geschl.	–
Febr.	geschl.	84,10–84,20
Jan./März	geschl.	–
Tendenz: –		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

	28. 12.	27. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	365	–
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	413–415	–
MS 63	410–415	–

Internationale Edelmetalle

	27. 12.	23. 12.
Silber (p/Feinunze) London Kasse	612,90	–
3 Monate	626,70	–
6 Monate	642,70	–
12 Monate	675,00	–
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	geschl.	–
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	geschl.	116,05

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	27. 12.	23. 12.
(Kupfer-Standard) Kasse	960,00–961,00	geschl.
3 Monate	985,00–987,00	geschl.
Zink (£/t) Kasse	604,50–605,50	geschl.
3 Monate	619,00–619,50	geschl.
Zinn (£/t) Kasse	8375–8380	geschl.
3 Monate	8545–8550	geschl.
Quecksilber $/Fl.)	–	geschl.
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	geschl.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611; Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Kabarettist G. Bronner

Blödeleien aus dem Gugelhupf

Längst wäre er einer Biographie und einer Gesamtausgabe würdig. Aber in Österreich ist man entweder begabt oder gebührend wahrgenommen.

Und Bronner ist begabt. Er ist längst „der Bronner", umstritten, aber allgemein akzeptiert, wiewohl er „rassischer" Emigrant sein mußte. Nicht als solcher ist er umstritten, sondern als kabarettistischer Zeitkritiker, den einen zu links, den anderen zu konservativ. Er ist nur zufällig wieder in Wien: Nach einer harten Jugend in einer Wiener Vorstadt und einer hundertfach härteren Emigration kam er nur interessehalber, aus Neugierde nach Wien. Er wollte hier die Fahrt unterbrechen – da hörte er im Rundfunk ein Lied von Alexander

Café in Takt – ARD, 21.45 Uhr

Steinbrecher und sagte sich: „In dieser Stadt könnte man bleiben." So währt die Fahrtunterbrechung bis heute.

Er war und ist vielerlei, er hatte ein letztes großes Wiener Kabarett, das in unserer Erinnerung längst klassisch ist (Bronner–Merz–Qualtinger–Kreisler–Wehle). Er hatte und hat ein Nachtlokal, das erst Marietta-Bar hieß und jetzt „Fledermaus" heißt (Spiegelgasse, nächst dem Graben). Er war und ist ein bedeutender Talent-Entdecker (Kreisler, Marianne Mendt, Lore Krainer).

Man hört ihn seit jeher im Radio mit einer wöchentlichen Sendung „Schlager für Fortgeschrittene" und einem wöchentlichen Funk-Kabarett „Gugelhupf", das tatsächlich unabhängig, ungeniert und unzensiert in Dialogen und Chansons die Innen- und Außenpolitik witzig und frech glossiert.

Er produziert Chansons wie andere Menschen atmen, und er ist ein rares Beispiel der diesbezüglichen Vierfältigkeit: er schreibt Texte, die er vertont, selbst vorträgt, indem er sich selbst begleitet, darin Widerpart des großen Georg Kreisler, beide sehr wienerisch und doch ganz verschieden, Kreisler kritisiert von außen, Bronner von innen.

Einmal hat er seine kabarettistische Aktivität zu einer Sternstunde



Produziert Chansons, wie andere Menschen atmen: Gerhard Bronner FOTO: KOVESDI

der Zeitgeschichte gesteigert. Ein Wiener Journalist wußte von einer Skandalgeschichte, die totgeschwiegen wurde. Er erzählte sie Gerhard Bronner und verbürgte sich für die Authentizität: Ein Auto-Playboy hatte mit seinem Kraftwagen einen Passanten totgefahren, da er aber der Sohn eines prominenten Parteimanns war, wurde die ganze Sache vertuscht. Bronner schrieb ein Chanson „Der Papa wird's schon richten" und brachte so den Fall in die Öffentlichkeit.

Seit Jahren findet am Sonntagvormittag im Hörfunk seine Halbstundensendung statt, der besagte „Gugelhupf", Geblödel, durchsetzt mit Ernsthaftigkeit, assistiert von der gleichfalls vierfältigen Lore Krainer (Text–Musik–Gesang–Klavier). Hier ist professionelle Kunstausübung beflügelt von demokratischer Gesinnung, doch belastet vom Fluch des Journalistischen: man genießt, man stimmt zu, doch man bewahrt es nicht. Die Sammlung der Bronner-Chansons der letzten rund drei Jahrzehnte wäre eine unschätzbare Quelle der österreichischen Zeit- und Kulturgeschichte. Sein Geheimnis ist, daß er formal immer kabarettistisch bleibt, aber inhaltlich ohne Rücksicht auf Verluste arbeitet.

Wer, wie ich, das Vergnügen hat, mit ihm befreundet zu sein, bewundert seinen Fleiß, der aber nicht spartanisch ist, sondern epikuräisch. Er tut ausschließlich das, was ihm paßt und ihn freut, er lebt, scheint's, sehr gern, genießt sein schönes Haus im südlichen Wienerwald, er ist gastlich, er ist verspielt. Er hat immer viel zu tun, hat immer Zeit.

Ich kenne wenige Zeitgenossen in und um Wien, die so gern mit sich identisch sind wie er.

HANS WEIGEL

KRITIK

Betriebsunfall mit Folgen

Sich selber als Publikumsgast hat er gleich als Alibi mitgeliefert und jenen Herrn im feinen Zwirn genau das sagen lassen, was jeder andere einigermaßen hirn- und geschmackssichere deutsche Didi-Hallervorden-Beschauer auch gesagt hätte.

Kurz: Des Berliner Klamotteurs Einstand zu seinem vierteiligen **Zelleriesalat** (ZDF) zeigte nicht, wie der Untertitel zu diesem kargen, argen Dreißigminütigen versprach, „Stationen eines wildbewegten Gaunerlebens", sondern lediglich außerordentlich banale Gags, gegen die jene von, sagen wir, Gunther Philipp sozusagen noch Edel-Zwicker sind, tausendfach gesehene Grimassen zum Publikumsgewieher aus der Konserve, einfallsloses Fernandel-Grinsen und, am schlimmsten, haarsträubende Mini-Stories à la Gebrauchtwagenklau mit Kurzsichtigen-Brille oder Voll-Schummeleien mit Diadem am Kopf etc. etc.

Das alles erstaunt freilich vor allem deshalb, weil Didi uns zu demonstrieren versteht, was man, als wär sie eine Zitrone, aus nur einer einzigen halben Stunde zu bester Sendezeit noch immer an Klischees, an abgewrackten Slapsticks herauspressen kann, bis einem um 21.00 Uhr der Gong zum „heute-journal" wie eine Erlösung unter Tränen vorkommt.

Sage nun bloß keiner: Gerade deswegen gibt's ja den Didi. Weil das Fernsehvolk sich erholen will. Das nämlich war keine Erholung. Das war, ganz schlicht und ergreifend, ein Betriebsunfall nicht ohne Folgen.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Im Fernsehen der Bundesrepublik tritt am **1. Januar 1984 ein verändertes Programmschema** in Kraft, mit dem die beiden Anstalten ARD und ZDF einer Reihe von Wünschen nach Verbesserung entsprechen wollen. Im einzelnen sind bei der ARD folgende Änderungen vorgesehen:

Kurzfristig ins Programm genommene Beiträge, die bisher auf dem **Weißen Fleck** am Mittwoch um 23.00 Uhr gezeigt wurden, werden künftig schon um 21.45 Uhr am Mittwoch zu sehen sein und damit ein größeres Publikum erreichen. Sie können sich in der Anfangszeit bis 22.00 Uhr verschieben.

Die **ARD-Ratgebersendungen**, derzeit am Samstagnachmittag im Programm, sollen künftig ebenfalls zu einem günstigeren Zeitpunkt angeboten werden – und zwar am Sonntag um 17.30 Uhr.

Politische und zeitgeschichtliche Schwerpunktsendungen werden erweitert und noch stärker akzentuiert. So werden solche Sendungen am Donnerstag um 20.15 Uhr häufiger als bisher auf 60 bis 90 Minuten ausgedehnt, wenn das Thema dies erfordert.

Für **„Open-end"-Diskussionen, politische Streitgespräche**, aber auch für die unterhaltsame **Talkshow** wird ein besonderer Programmplatz „zum Ausreden" am Freitagabend um 23.00 Uhr eingerichtet. (Beginn nach einer Sportschau: 23.25 Uhr).

Kulturelle Themen bekommen einen regelmäßigen Sendeplatz: Am Dienstagabend um 23.00 Uhr werden Berichte aus Kunst und Kultur künftig wöchentlich – nicht mehr nur alle 14 Tage – zu sehen sein.

Und so sehen die Änderungen beim ZDF aus:

Das **heute-journal** von Montag bis Freitag wird von 21.00 Uhr auf 21.45 Uhr verlegt, um dadurch eine größere „Spielfläche" ab 19.30 Uhr zu erhalten.

An jedem Werktag gibt es eine **politische Informationssendung** zusätzlich zu den aktuellen Nachrichtensendungen.

Für populäre Angebote sind attraktive Sendezeiten vorgesehen. So werden jeden Montag um 20.15 Uhr im Wechsel **Action- und Unterhaltungsfilme** gezeigt.

Bessere Sendezeiten werden jetzt für wichtige und aufwendige Produktionen reserviert: **Fernseh- und Dokumentarspiele** werden auf Dienstag, 19.30 Uhr, vorverlegt.

Neue Sendungen sind die **Reportage am Montag**, jeweils um 19.30 Uhr, und **WISO** (Wirtschaft und Soziales), ein Verbrauchermagazin, jeden Dienstag um 21.15 Uhr.

Das **Spätabend-Programm** bietet Sendungen für interessierte Minderheiten; es versteht sich als Herausforderung auch für die Mitarbeiter, neue Zuschauer anzusprechen.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Astrologie
11.00 Das ausgefallene Sport-Studio
12.20 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.55 Tagesschau

14.00 **Die tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten**
Amerik. Spielfilm, 1965
Abenteuer-Komödie aus den Kindertagen der Fliegerei
Mit Gert Fröbe, Stuart Whitman, Sarah Miles u. a.
Regie: Ken Annakin

16.10 Tagesschau

16.15 **Gefühls-Sachen**
Freundschaft

17.00 **Matt und Jenny**
Kit unter Mordverdacht

18.25 **Drei Wochen Nordost**
Abenteuer mit drei Pferden
Letzter Teil der fünfteiligen Fernsehserie von Detlef Gumm und Hans-Georg Ulrich

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn

20.18 **Kinder in Vietnam**
Film von Peter Krebs
Durch Vermittlung von Kollegen des japanischen Fernsehens, das in Hanoi einen ständigen Korrespondenten unterhält, ist es dem langjährigen Fernost-Korrespondenten Peter Krebs gelungen, für drei Wochen die ehemaligen Kriegsschauplätze in Südvietnam noch einmal aufzusuchen, die er aus seiner Tätigkeit als Kriegsberichterstatter im Jahre 1968 kennt.

21.00 **Scheibenwischer**
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt u. a.

21.45 **Café in Takt**
Peter Horton mit Gästen

22.30 Tagesthemen

23.00 **Das Doppelleben des Dr. Clitterhouse**
Amerik. Spielfilm, 1938
Mit Edward G. Robinson, Humphrey Bogart u. a.

00.25 Tagesschau

ZDF

13.30 **Andreas – den Namen merk' ich mir**
Momentaufnahmen eines mongoloiden Jungen, notiert von Michael Heuer

13.45 **Ben Hur**
Amerik. Stummfilm, 1924/26
2. Heimkehr und Rache

15.05 heute

15.07 **Mathias Sandorf (5)**
Mit Istvan Bujtor, Jacques Breuer u. a.

16.35 **Die Domspatzen von Manila**
Film über einen berühmten Knabenchor und die einzige Bambusorgel der Welt

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 **Tele-Illustrierte**
Anschl. heute-Schlagzeilen

17.55 **Nesthäkchen (5)**

19.00 heute

19.30 **Diese Drombuschs**
3. Die Machtprobe

20.30 **Dieter Hallervorden**
Zelleriesalat
Stationen eines bewegten Gaunerlebens (2)

21.00 heute-journal

21.20 **Album '83:**
Bilder eines Jahres
Mit Anmerkungen von Karlheinz Rudolph

22.20 **Orwell auf Jura**
Die Entstehungsgeschichte von „1984"
Mit Ronald Pickup, Fiona Walker u. a.
Regie: John Glenister
Nach seinem weltweiten Erfolg mit dem Buch „Animal Farm" zieht sich der englischer Schriftsteller George Orwell 1946 auf die einsame schottische Insel Jura zurück, um dort einen neuen großen Roman zu beginnen.

23.45 **Politbarometer 1983**
Die politische Stimmung der Bevölkerung
Moderation: Klaus Bresser

00.00 heute



Claire Trevor, Humphrey Bogart und Edward G. Robinson in der Kriminalkomödie „Das Doppelleben des Dr. Clitterhouse", den Anatole Litvak 1938 inszeniert hat. (ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST/NORD

18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Turnier der Schachgroßmeister:**
Karpow – Rogers
Nur für West
19.00 **Aktuelle Stunde**
Nur für Nord
19.00 **Wagner (7)**
Ein Fernsehfilm in 10 Teilen
Gemeinschaftsprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 **Drei Wochen Nordost**
Abenteuer mit drei Pferden
Ein Film von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich
21.45 **Die Einheit leben**
Die Fokolare – für eine neue Generation
Bericht von Heinz Weber
22.30 **Crazy Music**
Ein neuer musikalischer Spaß im Gerümpelsound
Mit der Gruppe „Rolls Noize"
23.00 **Literatur im Kreienhoop (8)**
Johanna Walser
0.20 Letzte Nachrichten

HESSEN

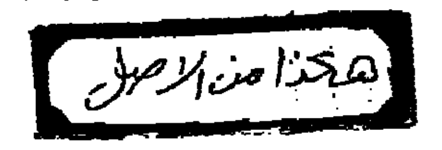
18.00 **Die Schöne und das Tier**
Ein Puppentrickfilm
18.30 **Ikonen in Deutschland (4)**
Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
19.00 **Sport 83 (6)**
20.00 Tagesschau
20.15 **Der Hammel mit den fünf Beinen**
Franz. Spielfilm, 1954
Mit Louis de Funès
21.40 **Drei aktuell**
21.55 **Salvador Dali – Weiches Selbstporträt**
22.45 **Vor vierzig Jahren**

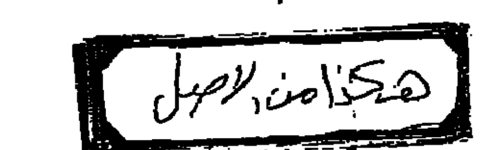
SÜDWEST

18.30 **Die grüne Ecke**
Gärtnern ohne Chemie
Nur für Baden-Württemberg
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 **Nachrichten und Moderation**
19.30 **In Zeiten wie diesen**
Fernsehspiel
21.00 **Denkanstöße**
Die 12 Heiligen Nächte
21.10 **Galerie des Jahres**
Zum 100sten: Die alte und die neue Met
22.05 **Lieder & Leute**
Highlights 1

BAYERN

18.345 Rundschau
19.00 **Berühmte Ärzte der Charité**
Der Mann aus Jena
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 **Frühe Stätten der Christenheit**
3. Horizonte der Wüste
21.45 **Meine Lieblingsgeschichte**
22.00 **Die Entstehung des Feuers**
Dokumentation über André Hellers „Theater des Feuers" in Lissabon
22.30 **Hoffnungs Musik-Festival**
Konzert mit Überraschungen
23.20 Rundschau





Nur nicht pacifique

K. Lö. – Karl Marx als Friedenstaube, das ist endlich mal etwas Neues! So jedenfalls begegnet uns der Erfinder des Marxismus in einer Zeitung, die die Jusos an den Universitäten verteilen. Da schaut Marx aus einem Panzer, dessen Rohr einen Knoten bildet, und der Begleittext bekräftigt: „Jungsozialisten. Für Frieden und Abrüstung" – mit Marx natürlich.

Bislang glaubte man zu wissen, *daß Marx recht wenig friedfertig* gewesen sei. Aber die Jusos, die sich als Marxisten verstehen, kennen sich da offenbar besser aus. Schließlich hat der liberale Hans Habe Leuten ihrer Couleur bescheinigt: „Das Malheur mit den Marxisten ist nicht, daß sie Marx, sondern daß sie nur Marx gelesen haben."

Nicht-Marxisten, die Marx gelesen haben, fällt es reichlich schwer, Belegstellen für den Friedensfürsten Marx zu finden. Sie stoßen immer nur auf militante Formulierungen, weil es Marx nach eigenen Worten Glücksgefühle bereitete, zu kämpfen. So liest man bei Marx und Engels: „Mag Europa verfault sein, *ein Krieg hätte jedoch die* gesunden Elemente aufrütteln müssen; ein Krieg hätte manche verborgenen Kräfte wecken müssen, und sicherlich wäre unter 250 Millionen Menschen so viel Energie vorhanden gewesen, daß wenigstens ein ordentlicher Kampf zustande gekommen wäre . . ." usw. usf. Und in den Briefen findet man den markanten Abschiedsgruß: „Inzwischen, es lebe der Krieg!"

Eigenartig ist es auch, daß die Friedensbewegung bisher jenes „Klassiker"-Zitat vernachlässigt: „Der Teufel soll diese Volksbewegungen holen und gar, wenn sie pacifiques sind." Ob das wohl daran liegt – und da sei uns erlaubt, Hans Habes Bonmot zu erweitern –, daß „das Malheur mit den Marxisten nicht ist, daß sie nur Marx gelesen haben, sondern daß sie Marx nicht gelesen haben."

Kumashiros Film „Die Frau mit dem roten Hut"

Lulus magere Schwester

Komm nach Deutschland, es ist für uns ein Paradies. Eine Handvoll Yen ist soviel wert wie ein Koffer voller Reichsmark", schreibt 1923 ein Japaner seinem Freund. Der Freund, ein Schriftsteller, folgt dieser Einladung und kommt nach München. Hier begegnet er einer jungen Frau, die einen roten Hut trägt und in Lulu-Manier einige Männer liebt, die allesamt durch sie und an sich zu Tode kommen. Das ist alles; und das ist zuwenig!

Auch der Japaner nimmt sich unter den Schwingen des deutschen Todesengels das Leben. Doch bis es endlich soweit ist, versuchen die beiden einander zu lieben, gleichwohl sie es nicht zeigen können. In den ohnehin dürftigen Dialogen spricht er japanisch und sie deutsch. Der Japaner läßt sich demütigen, quälen, daß an dem privaten masochistischen Libidokosmos des Drehbuchautors Eiichi Uchida nicht mehr gezweifelt *werden kann. Auch politisch ist seine* Einstellung masochistisch: „Frankreich und Japan sollten sich eigentlich schämen, Deutschland besiegt zu haben. Ich kann Gewinner nicht ausstehen; ich halte es mit den Verlierern."

Diese Ich-Figur des Autors, die keinen Namen hat und deshalb „Ich" heißt, wird von dem in Japan hochgeehrten und erfolgreichen siebenundzwanzigjährigen Kinostar Toshiyuki Nagashima gespielt. Er selbst also wird auch zum Verlierer, zum Besiegten; und sein Selbstmord wird dem Zuschauer nach eineinhalb Stunden langweiligem Edelporno zur wahren Erlösung.

Der Grund des Untergangs: die deutsche Kristina van Eyck. Sie spielt jenen eiskalten, rotbehüteten Engel, und sie ist ebenso bedenklich mager wie der gesamte Film. Ihre Darstellungskünste bestehen aus manierierten Posen. Da diese erste deutsch-japanische Koproduktion eine *Sexschnulze mit Kunstanspruch*, aber ohne Kunst, ist, zeigt die Mimin van Eyck in allen Lagen viel Fleisch und noch mehr Knochen. Und weil es dem Regisseur Tatsumi Kumashiro offenbar der Fotograf David Hamilton angetan hat, versucht er die peitschenschwingende van Eyck mit pseudoimpressionistischen Schleiern zu verklären. „Zuviel Freiheit läßt den Menschen zum Tier werden" ist eine der Textbanalitäten dieses Kostümkitschfilms. Und Regisseure?

Gegen Ende des Films tauchen die ersten Nazis auf. Unter ihnen findet die Frau mit dem roten Hut ihren nächsten Liebhaber; ob er auch ihr nächstes Opfer wird, verrät der Film nicht mehr. Dem Japaner gegenüber bleibt die Deutsche Sieger. Und noch einen Verlierer gibt es: den Zuschauer.

PASCAL MORCHÉ

„Hoffen auf privates Mäzenatentum" – Interview mit Kurt Horres, Hamburgs künftigem Opernchef

Wider den grauen Markt der Schreihälse

WELT: *Seit Sie Ihren Vertrag als* neuer Chef der Hamburgischen Staatsoper – effektiv ab kommenden Sommer – unterzeichnet haben, hat die Hansestadt ihre Kulturpolitik geändert: Förderung von Stadtteilkultur etc., Sparmaßnahmen einseitig zu Lasten der großen Kulturinstitute. Stimmen eigentlich noch die Geschäftsgrundlagen Ihres Vertrags, Herr. Prof. Horres?

Horres: Ich will das nicht so überspitzt beantworten, wie Sie es feststellten. Denn es ist bekannt, daß ziemlich viele Städte und Kommunen zu sparen haben und daß die wirtschaftliche und damit finanzielle Situation der Hansestadt hier besonders gemeint ist. Daß sich dies auf der kulturellen Seite niederschlägt, möchte ich nicht als ein böses Omen werten. Es wird zuviel spekuliert und es wird auch zuviel gedroht. Beide Seiten haben wohl in Ruhe darüber nachzudenken, was sie sich – jeder für seinen Teil – antun, wenn sie den Vertrag in ein anderes Licht rücken.

WELT: Es hat doch Zusagen gegeben, die kaum mehr einzuhalten sind.

Horres: Man hat mir zugesagt; daß die Obermaschinerie, die Technik des Großen Hauses, schnellstens – es war die Rede von '84 – wieder perfekt sein würde. Mit diesem Datum ist *nicht mehr zu* rechnen. Sicher hat man damals noch nicht den Gedanken gehabt, der Staatsoper so viel Geld zu streichen und daß es damit jetzt zur möglichen Schließung der Opera stabile kommen kann. Da ich eher der Mann der Ruhe bin, halte ich mich erst einmal zurück. Wenngleich ich über das Spezielle, etwa die Schließung der Stabile, in der Kulturbehörde Deutliches gesagt habe. Wenn man mir vorwirft, ich hätte dazu nichts gesagt, so ist das falsch. Ich habe nur nicht herumgeschrien und bin nicht laut geworden.

WELT: Wenn es auf der großen Bühne in gesundem Maße zeitgenössisches Musiktheater gibt, braucht man dann überhaupt die Opera stabile, deren Experimente doch ziemlich fruchtlos geblieben sind?

Horres: Das weiß ich nicht, ob man dies als fruchtlos abtun sollte, denn immerhin hat über die Stabile ein Werk wie der „Lenz" von Rihm seinen Start genommen. Ich halte den Komponisten für einen besonderen und dieses Stück für ein Juwel. Also ganz so hart würde ich es nicht benennen. Was die Moderne auf der großen Bühne angeht, so kämpfe ich darum, und das weist der erste Spielplan schon aus, ein Stück mehr pro Jahr zu machen, als es im Augenblick möglich ist. Ob mir das über die Jahre gelingt, hat ja nicht nur mit gutem Willen zu tun. Wenn die Premierenzahl immer weiter schrumpft, dann noch zeitgenössische Werke zu spielen, wird sehr schwer.



Will jedes Jahr eine Uraufführung wagen: Der Darmstädter Intendant und künftige Hamburger Opernchef Kurt Horres FOTO: CHRISTA KUJATH

WELT: Die Hamburgische Staatsoper hat in den letzten Jahren ziemlich erfolgreich versucht, das herkömmliche Repertoiresystem durch das sogenannte Blocksystem oder Semi-Stagione abzulösen, bei dem einzelne Werke in dichter Folge und gleichbleibender Besetzung geboten werden. Bleibt es dabei?

Horres: Eine totale Rückkehr zum Repertoire kann es nicht geben. Das hat schon mit der Struktur des internationalen Sängermarktes zu tun, und den Dirigenten, die eben nur für bestimmte Zeiten abkömmlich sind. Da hat Sawallisch in München schon sehr recht, wenn er sagt: „Wir sind erpreßbar geworden." Er wurde mit Häme überschüttet, als er dies sagte, aber ich stimme ihm ganz zu. Die spielplantechnische Organisation, so wie sie jetzt unter Herrn von Dohnanyi ist, halte ich für eine gute. Das wird bei mir, was den Ablauf angeht, dem verwandt bleiben.

WELT: Verwandtschaft ist nicht Gleichheit.

Horres: Richtig. Was Sie in Hamburg heute erleben können, nämlich internationale Sänger – gemeint ist nicht der graue Markt der Schreihälse, sondern die kleine Handvoll erstklassiger Leute, die dort auftreten und singen –, die versuchen wir trotz der finanziellen Engpässe – ich spreche noch nicht von einer Misere – nach Hamburg zu holen und weiterhin zu verpflichten. Aber was eine sehr genaue Betonung erfährt, ist die Prägung des Beitrags der zeitgenössischen Oper. Es gibt im ersten Jahr Nonos „Intoleranza", und für die drei folgenden Jahre habe ich Aufträge an *Komponisten erteilt. Es wird also* jedes Jahr mit Ausnahme des ersten eine Uraufführung geben.

WELT: Kann man die Namen der Komponisten erfahren?

Horres: Kirchner, Rihm und York Höller.

WELT: In Hamburg gibt es, stärker als in anderen deutschen Städten, ein privates Mäzenatentum für die Oper. Wie weit ist das in Ihren Hoffnungen zu mobilisieren für Felder, in denen die öffentliche Hand ausfällt?

Horres: Meine Hoffnung auf dieses Mäzenatentum ist groß. Aber die Hamburger sind Kaufleute und haben sehr deutlich gemacht, daß sie erst einmal wissen wollen, welcher Intendant da nun künftig der Staatsoper vorsteht. Und dann wollen sie sich überlegen, wie und über welchen Weg man helfen kann. Das ist mir sehr klar gesagt worden. Ich habe das auch deutlich verstanden. Das ist ein sehr angenehmer Zustand, weil er mich nicht von Anbeginn in irgendwelche Verengungen oder Abhängigkeitsfelder bringt. Das ist gut so. Gäbe es diese Bürger, die bis dato das Haus enorm unterstützt haben, nicht, so könnte ich mir vorstellen, daß manche böse Wunde geblieben wäre, die bis heute noch nicht verheilt sein könnte. Ich bleibe also vorsichtig. Und Hamburgs Lieblingskind, John Neumeier, wird, das ist ja ein offenes Geheimnis, sehr wohl von dieser Gruppierung gefördert und getragen.

WELT: Hamburgs Oper hat unter Liebermann Pionierdienste geleistet, die Oper ins Fernsehen zu bringen. Das kann in Zukunft eine nicht nur kulturpolitische, sondern eine für die Theater wirtschaftliche Notwendigkeit sein.

Horres: Wenn sich dieser Videomarkt für uns günstig erweist, dann muß gehandelt werden. Noch stehe ich am Anfang, und das eine oder andere bleibt abzuwarten. Aber die erste der Uraufführungen wird über das ZDF gehen. Nicht als abfotografiertes Abendtheater, sondern unser Plan ist, dieses Stück fernsehgerecht parallel zur Bühnenuraufführung herauszubringen. Ich meine, das ist ein großer Schritt, denn das hat es lange, lange Jahre in Hamburg nicht mehr gegeben. Was eine finanziell hilfreiche Zusammenarbeit mit den Medien angeht: Warten wir den Aufbau des privaten Fernsehens ab. Ich hoffe, daß sich da neue Wege erschließen. Mit den bestehenden Möglichkeiten zeichnet sich da kein Weg ab.

WELT: An einem Haus wie Darmstadt kann der Intendant noch als Paterfamilias wirken, große Häuser neigen dazu, zum anonymen Produktionsbetrieb für Kunst zu werden mit allen engstirnigen Besitzansprüchen.

Horres: Ich hoffe, daß die Staatsoper ein funktionierendes Theater ist. Manches wird sich umstellen müssen, denn der Begriff „Paterfamilias" ist ein sehr guter und ich halte ihn keineswegs für antiquiert. Und ich weiß von vielen Gruppierungen des Hauses, daß gerade dies wieder gern gesehen wird. Die Lust an der Benennung des Provinziellen in den Herrenreiterköpfen ist schnell und groß. Das stört mich überhaupt nicht. Mir ist wichtig, daß sich ein Zentrum prägt, und ich habe Vorbilder, die ich nie aufgegeben habe und an denen ich festhalte, solange ich im Dienst dieser Arbeit bin.

WELT: Wer wäre dieses Vorbild?

Horres: Gründgens.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Max-Planck-Gesellschaft fördert Nachwuchs

AP, München

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) verstärkt ihre Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dazu sollen besonders qualifizierten Hochschulabsolventen in den Instituten der Gesellschaft Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt werden. Die Mittel dafür wurden 1983 erneut um 8,6 Prozent auf 20,2 Millionen Mark erhöht. Diese Einrichtung spezieller Nachwuchsgruppen in einigen Instituten des biologisch-medizinischen Bereichs hat sich bewährt. Von den 21 Leitern solcher Gruppen, deren Vertrag Ende 1982 auslief, haben alle verantwortliche Positionen in wissenschaftlichen Einrichtungen des In- und Auslands gefunden, teilt die Max-Planck-Gesellschaft mit.

Neubau für Mailands „Piccolo Teatro"

dpa, Mailand

Das „Piccolo Teatro" in Mailand, Italiens renommierteste Sprechbühne, wird 1987 in einen Neubau umziehen. Nur 580 Plätze hat das alte Haus; der neue Saal, eine fünfeckige Konstruktion des Architekten Marco Zanuso unweit des jetzigen Theaters, wird 1200 Sitze haben. Daneben entsteht, und zwar bereits im Laufe des kommenden Jahres, ein kleinerer Saal mit 500 Plätzen. Ein Umbau (die alte Bühne ist nur sechs Meter tief und kann nicht gedreht werden) wäre teurer geworden als ein Neubau, für den knapp 50 Millionen Mark veranschlagt werden. Der Direktor des „Piccolo", Giorgio Strehler, freut sich schon jetzt auf den Neubau; er nennt ihn „eine Theaterfabrik, eine Fabrik von Träumen und Wirklichkeit".

Junge deutsche Künstler in Ljublana und Lissabon

DW. Ljublana

In der Moderna Galerija Ljublana wird die Ausstellung „25 junge deutsche Maler" gezeigt. Sie wurde von Thomas Grochowiak im Auftrag der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Bildende Künste zusammengestellt und vom Auswärtigen Amt in Bonn gefördert. Die Auswahl der noch nicht 40jährigen Künstler spannt den Bogen von den Realisten wie Jan Peter Tripp oder Maina-Miriam Munsky bis zu den „Wilden" Rainer Fetting, Friedemann Hahn und Salomé. Vom 12. Januar an werden die Gemälde dann in Lissabon gezeigt.

Die Kirchen unter dem Kommunismus

DW. Königstein

Unter dem Haupttitel „Wo ist dein Bruder Abel?" hat das Albertus-Magnus-Kolleg in Königstein jetzt die Referate des 33. Internationalen Kongresses „Kirche in Not" veröffentlicht. Die einzelnen Beiträge beschäftigen sich mit der Situation in Albanien, der CSSR, der „DDR", Polen, Litauen und der Ukraine. Außerdem zieht Wolfgang Grycz eine kirchenpolitische Bilanz „Acht Jahre nach Helsinki", und Rudolf Grulich untersucht „Kommunismus und Kirche in der Dritten Welt". Der Band mit 160 Seiten kostet 15,60 Mark (Postfach 1229, 6240 Königstein/Taunus).

Mit Händels „Orlando" in Frankreichs Provinzen

AFP, Paris

Das „Établissement Public Opera Bastille", der Vorläufer der bis 1989 fertiggestellten neuen Pariser Volksoper an der Bastille, stellt sich derzeit den Bewohnern des Bastille-Viertels mit Händels „Orlando" vor. Die Oper wird außerdem bis zum 27. Januar in 13 französischen Provinzstädten zu sehen sein, die kein Opernhaus, aber ein Kulturzentrum haben. Die Produktion stammt von der neugeschaffenen Opern-Förderinstitution „Atelier de recherche et de création pour l'art lyrique" (ARCAL). Die musikalische Leitung hat Diego Masson.

Untersuchungen über Schulen für Minderheiten

rst. Budapest

In Ungarn gibt es zur Zeit siebzig allgemeine und sieben Mittelschulen für Kinder der Minderheiten. Bei einer Untersuchung wurde allerdings festgestellt, daß die Kinder in diese Schulen mit „minimalen Sprachkenntnissen" kommen. Deshalb soll künftig darauf „hingearbeitet werden, daß die Eltern zu Hause mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache sprechen, und wenn auch nur in einem Dialekt". Bemerkenswert sei, daß zunehmend auch viele Eltern mit ungarischer Muttersprache Kinder in die Schule für Minderheiten schicken.

A.-S. Balachowsky †

AFP, Paris

Der Entomologe Alfred-Serge Balachowsky ist in Paris gestorben. Der 1901 in Rußland geborene Insektenforscher kam bereits als Kind nach Frankreich. Seit 1967 gehörte er der Französischen Akademie der Wissenschaften an. Sein besonderes Interesse galt der Schädlingsbekämpfung. Die internationale Organisation zur biologischen Bekämpfung von der Landwirtschaft schädlichen Insekten wählte Balachowsky zu ihrem Präsidenten.

Parteilich und belehrend: Probleme des Volkstheaters in der „DDR"

Warten auf einen gescheiten Striese

Die Ziele des sozialistischen Theaters entsprechen durchaus den Vorstellungen, die man bei dem Begriff Volkstheater haben kann, nämlich ein Theater für das Volk zu sein unter den Bedingungen, die wir haben", schrieb die Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit".

Die Forderung, in der „DDR" „künstlerisch hochwertiges und volkstümliches Theater" zu realisieren, zieht sich gegenwärtig durch alle Diskussionen, in denen die Aufgaben des *kommunistischen* Polittheaters definiert werden. So bekannte der Rostocker Generalintendant Hanns Anselm Perten: „Es gehört zum Abc, daß wir Theater als eine höchst politische Einrichtung verstehen und praktizieren, als ein Podium, auf dem die öffentlichen Angelegenheiten unserer Gesellschaft (der Epoche, der Menschheit auf ihrem Weg zum Kommunismus) öffentlich behandelt oder befördert werden – mit adäquaten ästhetischen Mitteln, parteilich, offensiv . . . In dieser Verantwortung, aus der uns niemand entläßt, verstehen wir uns als Verbündete der herrschenden Klasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands."

Mit Volkstheater hat dies allerdings nichts zu tun. Politisches Theater ist allzuoft ein Theater der Belehrung, der bloßen Bekenntnisse und Bekehrungen, aber *eben kein blutvolles* Theater. Das bestätigt die Theaterpraxis in der „DDR" auf eindrückliche Weise.

Den akuten Mangel an echtem volkstümlichem Theater kann selbst der Karl-Marx-Städter Generalintendant Gerhard Meyer nicht abstreiten: „Die Theaterdirektoren früherer Zeiten hatten eine Sommerspielzeit, Possen mit Gesang gab's da, und ganz gescheite Strieses zogen in die Laubenkolonien und spielten auf Theaterpodesten dort, wo die Menschen waren, sich unterhalten wollten, und regten sie da an, in den Wintermonaten doch auch einmal in ein richtiges Theater zu gehen. Ich gehöre nicht zu denen, die ihr Theater leerstehen lassen und aus Bequemlichkeit auf andere Spielstätten ausweichen wollen . . . Aber gehört es nicht fast zu einer guten Tradition der Arbeiter, auch da, wo sonst vielleicht nur Bier getrunken wird, durch Unterhaltung sich zu bilden, und wären solche Veranstaltungen, wie sie das ‚Rose'-Theater früher in Berlin . . . hatte, denn wirklich unter unserer Würde?"

Nun gibt es in der „DDR" einige Bühnen, deren Arbeit von dem Anspruch geprägt ist, volkstümliches Theater zu praktizieren. Aber sie werden oft *genug von der SED* heftig angegriffen. Als beispielsweise das beim Publikum äußerst beliebte Bergtheater Thale mit den Stücken „Robin Hood" und „Zähmung der Widerspenstigen" an die Öffentlichkeit trat und ständig ausverkaufte Vorstellungen hatte, wetterte „Theater der Zeit": die Theaterkünstler würden sich „um geschichtlichen Auftrag und gesellschaftlichen Anspruch herzlich wenig scheren".

Publikumswirksames Volkstheater und Agitproptheater lassen sich nun einmal nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Für diese Erkenntnis haben in der „DDR" schon viele Theaterfachleute Lehrgeld zahlen müssen. In diesem Zusammenhang sprach Generalintendant Fritz Wendrich, Schwerin, von der Notwendigkeit einer „künstlerischen Atmosphäre, das heißt, alles den künstlerischen Prozessen unterzuordnen und alles, was sich an nichtkünstlerischem Aufwand mehr und mehr zu verselbständigen droht, zu eliminieren". Davon ist man an den unter ideologischem Druck stehenden „DDR"-Theatern jedoch nach wie vor meilenweit entfernt.

HARALD BUDDE

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die „Neuen Deutschen Hefte" und „Zeno"

Erinnerungen aus der Tiefe der Zeit

Der Zeitschriftenrezensent hat das Jahr durch viele Zeitschriften besprochen. Er griff diejenigen heraus, die ihm kennzeichnend für unseren Geisteszustand zu sein schienen. Bei manchen Besprechungen wird der aufmerksame Leser unterschwelligen Zorn gespürt haben über manches, was heute geboten wird. Damit will der Rezensent vor Silvester seine Leser verschonen. Vielmehr hat er sich überlegt, welche Zeitschriften er seinen Lesern wünscht, weil sie ihnen vielleicht Freude machen.

Nach gemächlichem Sortieren und Ausscheiden in der Weihnachtsruhe blieben zwei Zeitschriften zurück. Sie haben gemeinsam, daß sie die Hast scheuen. Das eine ist eine Vierteljahresschrift, die von einem großen alten Herrn (Joachim Günther) gemacht wird: die „Neuen Deutschen Hefte" (Berlin 46, Kindelbergweg 7), *die nun ihren 30. Jahrgang* abgeschlossen haben. Die andere wird von fünf Dreißigjährigen gemacht; sie erscheint sogar nur alle sechs Monate. Es ist „Zeno / Zeitschrift für Literatur und Sophistik" (6719 Bockenheim, Schillerstraße 10).

Beide Zeitschriften haben einen vertrackten Hang zum Pseudonym. Joachim Günther möchte mit verdächtig harmlosen Decknamen (männlich wie weiblich) kaschieren, wieviel in seinen taschenbuchstarken Quartalsheften von ihm selbst geschrieben ist. Bei den jungen Zenoten ist es mehr die Freude an der Maskerade und am Vexierbild, die sie zum Pseudonym greifen läßt.

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Zeitschriften ist, wie angedeutet, ihre erstaunliche Ruhe, die schon fast wie Protest wirkt. Dahinter jedoch werden die Verschiedenheiten sichtbar. Die Stärke der „Neuen Deutschen Hefte" ist ihre Kraft der Erinnerung. Menschen und Landschaften werden aus der Tiefe der Zeit heraufgeholt. Das, was unsere Jungakademiker so scheuen, wird hier noch unbefangen getan: ein Kunstwerk, eine geistige Leistung wird aus dem Leben entwickelt, dem es entsprang. Im letzten Heft werden sogar sorgsam die Gründe des Selbstmordes von Koestler abgetastet. Kein Heft, in dem nicht, in sehr unkonventioneller Art der Landschaften, der Menschen jenseits der Mauer gedacht wird.

Wie anders ist da „Zeno"! Hier werden verwegen die Grenzen nach vorne abgetastet. „Die Theorie ereilt mein Gefühlsleben: ich habe bereits das Bedürfnis, Bedürfnisse zu haben." Oder: „Die Macht verteufeln heißt die Teufel an die Macht bringen." Und bösartiger: „Wahrheit ist die Übereinstimmung von Weltlauf und Diskussionsstand." (Wir zitieren hier nicht nur aus der Zeitschrift, sondern auch aus dem Aphorismenband eines ihrer fünf Herausgeber: Michael Rumpf, „Satzwechsel", Autoren-Forum der Pfälzischen Verlagsanstalt, 6335 Landau).

Wer nun allerdings glaubt, wir würden die „Neuen Deutschen Hefte" unseren älteren Lesern empfehlen und „Zeno" den Jüngeren, hat den Rezensenten gründlich mißverstanden. Er meint es gerade umgekehrt. Den jüngeren Lesern empfiehlt er *Günthers Hefte, weil sie dort lernen* können, daß Kühnheit ohne das Ansetzen von Humus wenig nützt. Den Älteren hingegen bringt „Zeno" bei, daß auch direktes Licht erhellt. Das beste ist wohl, wenn beide Seiten beide Blätter lesen.

ANTON MADLER

Plastiken sind mehr als nur dreidimensional

Fragen an den Werkstoff: Eisenplastik von Wolfgang Nestler (1979) aus der Mannheimer Ausstellung „Dreidimensional" FOTO: KATALOG

Der Titel ist nicht gerade attraktiv, aber korrekt. Die Ausstellung in der Mannheimer Kunsthalle – die später auch im Ausland gezeigt werden soll – heißt schlicht und einfach „Dreidimensional"; von Plastik oder Skulptur ist nicht die Rede. Das macht dem Kritiker die Sache leichter. Dreidimensionale Objekte, die *nichts weiter sind als dreidimensio*nale Objekte, die auch keine weiteren Ansprüche stellen, keine Inhalte anbieten, die Symbolik und tiefere Bedeutung ausschließen, entlasten natürlich jede Beurteilung von künstlerischen Kriterien. Vor einer Plastik stellt sich unweigerlich die Kunstfrage; „plastisch" ist auch eine Wertbezeichnung. Das Wort „dreidimensional" bezeichnet dagegen lediglich einen Zustand, eine wertfreie Eigenschaft. Ein Schelm, wer daran künstlerische Maßstäbe anlegt. Das versucht nicht einmal Eduard Trier im Katalog, vielmehr hält er sich an die Materialien, ihre vielfältige Verwendungs- und Verbindungsmöglichkeiten.

Dennoch bleibt ein Dilemma. Denn im Untertitel verspricht diese Ausstellung „aktuelle Kunst aus der Bundesrepublik Deutschland". Da wird's nun doch wieder kritisch. Im Katalog wird Gerhard Storck zitiert mit seiner Feststellung, der Plastik-Begriff sei „durch einige führende Künstler" derart erweitert worden, „daß er in mancher Hinsicht den allgemeinen Kunstbegriff ersetzt hat". Es wäre in der Tat wünschenswert, man fände für den uferlos ausgeweiteten Kunstbegriff – oder für das, was bislang als Kunst gegolten hat – eine andere Bezeichnung; aber mit „dreidimensional" ist es nicht getan.

Das Auswahlgremium bildeten die Herren Fuchs, Honisch, Salzmann und Trier, vielbeschäftigte Juroren, die bei der Vergabe von Kunstpreisen und Stipendien seit Jahren ihr gewichtiges Wort mitreden; ihre Auswahl ist deshalb nicht neu, ihr Anspruch auf Repräsentanz geläufig. Dennoch sind hier Einwände notwendig, weil diese Ausstellung die „aktuelle Kunst" in der Bundesrepublik allenfalls zur Hälfte zeigt.

Vierzig Hersteller dreidimensiona*ler Objekte im Alter zwischen dreißig* und sechzig Jahren werden mit rund siebzig Arbeiten aus Eisen und Stein, Aluminium, Blei, Papier und Pappmaché, Holz und allerlei Textilien vorgestellt. Die Marmorstücke von Schoenholtz nehmen sich ziemlich fremd aus in diesem Ensemble. Bronzegüsse gibt es gar nicht. Im Katalog wird dies als signifikantes Phänomen der heutigen Situation hingestellt. Das trifft nicht zu. Sie werden hier nur nicht gezeigt. In Wahrheit gibt es genügend Bronzearbeiten in der zeitgenössischen Plastik, genauso, wie es genügend Bildhauer gibt, die sich mit dem Menschen und seinem Dasein befassen. Davon läßt diese Ausstellung kaum etwas ahnen.

„Hier geht es um die Rationalisierung des Bewußtseins", steht im Katalog; aber es wird nicht gesagt, wie diese Bewußtseinsrationalisierung mit Hilfe eines Steinrohlings, eines Bündels von Winkeleisen oder eines wirren Haufens von Gummischläuchen zu *bewerkstelligen ist. Sicher* hat Günter Bandmann (den der Katalog bemüht) mit seiner Bemerkung recht, daß der Werkstoff dem Künstler auf seine Fragen antworte; deshalb sprach er ihm stilbildende Qualitäten zu. Aber eben: Auf die Fragen kommt es an. Damit verhält es sich hier wohl nicht anders als beim Computer: Von Bedeutung ist allein, was man ihm eingibt; danach entscheidet sich, ob das Ergebnis plastisch oder dreidimensional zu nennen ist. (Bis 22. Jan.; Duisburg: 9. März bis 23. April; dann Tokio und weitere Auslandsstationen; Katalog: 30 Mark.)

EO PLUNIEN

Bangkok – die sinkende Stadt läßt kein Fest aus

Von CHRISTEL PILZ

Bangkok, die sinkende Stadt – alles stand unter Wasser, war schmutzig, häßlich und grau. Drei Monate lang. Jetzt aber strahlt der Himmel im Bilderbuchblau, die Temperaturen sind frühsommerlich, die Wasser sind versickert. Mit jener wundersamen Geschwindigkeit, die über Nacht aus Aschenbrödel Prinzessinnen macht, haben die Thais die Schäden repariert und sich mit glitzernder Lichterpracht in festtägliche Stimmung gebracht.

Weihnachtsbäume überall, importierte Riesentannen und Plastikimitationen einheimischer Produktion leuchten in Warenhäusern, Hotelfoyers, in Gärten, von Dächern, in Büros und Häusern. Es macht nichts, daß die Thais Buddhisten und keine Christen sind, daß Weihnachten für sie keine spirituelle Bedeutung hat, daß selbst Neujahr nicht der Anfang ihres Jahres ist. Für die Thai-Chinesen beginnt das „Jahr der Ratte" erst im Februar, für die eigentlichen Thais der Wechsel ins Jahr 2527 im April. Aber wo Feste zu feiern sind, feiern die Thais sie mit.

Mit ihrer Begeisterung für Zeremonielles, ihrer Aufgeschlossenheit für Fremdes, Altes und Modernes, ihrer Freude an Farben und Festen, am Kaufen, Schenken und Spenden haben sie Weihnachten und Neujahr auch zu Festtagen ihres Landes gemacht. Ganz Bangkok feierte „Melly Kissmas", wie die Thais es nennen. Warenhäuser übertrumpften sich mit Dekorationen und Ideen, sie ließen in Hallen künstlichen Schnee fallen und Weihnachtsmänner umherspazieren, die Kinder wie Erwachsene entzückten, wenn sie in tiefe Säcke griffen und Schokolade und Bonbons verteilten.

Die Geschäftsleute waren zufrieden, der „Central Department Store" meldete eine dreißigprozentige Umsatzsteigerung im Vergleich zum letzten Jahr. Die Rezession ist überwunden, Thailand boomt, auch wenn das Zahlungsbilanzdefizit von fast acht Milliarden Mark den nationalen Ökonomen noch Sorgen macht. Nicht nur die Oberschicht, auch der Mittelstand kann sich Luxus leisten.

Bangkoks Luxus- und Erste-Klasse-Hotels, sei es das Oriental, das Peninsula, das Royal Orchid, das Hilton, das Intercontinental, das Dusit Thani oder das Ambassador, überboten sich mit Weihnachtsattraktionen ihrer verschiedenen Restaurants und Diskotheken, die nur das Beste vom Besten versprachen. Sie alle waren voll. Jetzt werben die Hotels mit Farbanzeigen für Neujahr. Wo anders, lockt das erst kürzlich eröffnete Hilton Hotel, kann man bei exotischen Drinks oder eiskaltem Champagner ein Wasserballett unter glitzerndem Feuerwerk ansehen und im Duft des tropischen Gartens seinen Stimmungen nachhängen:

Das „Ma Maison"-Restaurant im Hilton bietet für dreihundert Mark pro Person ein Neujahrsdiner mit Salmsoufflé, Trüffelbouillon, Gänseleber mit Himbeeressig und anderem mehr. Im Ganzen gab es eine Hochkonjunktur für Modeschauen einheimischer und ausländischer Couturiers mit einer Supershow von Nina Ricci im weltberühmten Oriental Hotel.

Die Modelle wandelten durch ein Blütenmeer von weißen und gelben Orchideen, niemand fragte nach Preisen. Nach guter Thaisitte waren die Einnahmen aus dem Galadiner für wohltätige Zwecke gedacht. Bei all dem Luxus der Reichen sollen auch die Armen nicht ganz vergessen sein. Das Oriental Hotel, das nach einer Umfrage des „Institutional Investor" zum dritten Mal nacheinander zum „besten Hotel der Welt" gekürt worden ist, will auch zum Jahresende seinen Ruf bestätigen. Im „Normandie Grill" in der obersten Etage, wo die Fenster bis zum Boden reichen und den Blick freigeben auf das Lichterspiel auf Fluß und Stadt, gleich einer Szene aus tausend und einer Nacht, wird am 31. Dezember für rund 300 Mark pro Gast das Erlesenste der französischen Küche offeriert. Die Oriental Disco verheißt gar die „ungewöhnlichste Nacht". „Zieht eure Lieblingswildhäute an und trekkt durch die Wildnis der Diana Disko ins neue Jahr." Am Neujahrstag selbst empfiehlt das Hotel eine Fahrt mit der „Oriental Queen" auf dem „Fluß der Könige", von der Thais „Chao Phya" genannt, zu den Ruinen der ehemaligen Königsstadt Ayuthaya und dem königlichen Sommersitz Bang Pa In.

Ein Konkurrenzschiff, die „Seatran Queen", wird den Chao Phya in der Neujahrsnacht herunterfahren und in einer romantischen Bucht des am Golf von Siam gelegenen Badeorts Pattaya Champagner servieren. Spielen werden da wohl die chinesischen Gäste, nämlich Ma-Jong, mit Einsätzen, die ganze Vermögen sind. Casinos sind in Thailand verboten. Welche Gelegenheit: Sicher vor Polizei-Razzien spielend ins neue Jahr zu schwimmen.

Bangkoks Restaurants und Diskos haben die besten Bands, die besten Sänger und Sängerinnen, die witzigsten Unterhalter engagiert. Zu Weihnachen waren sie so gut besucht, daß mancherorts Schlangen standen. Neujahr dürfte es nicht anders sein. Die Geschäfte blühen. In Bangkok freut man sich auf heute und lächelt für morgen mit „Melly Kissmas und Happy New Yeal".

San Fruttuoso wird eine Oase der Ruhe bleiben

M. v. ZITZEWITZ, Portofino

Alle italienischen Schulkinder beneiden die achtjährige Sofia, das einzige Grundschulkind von San Fruttuoso. Sie hat nur Unterricht, wenn das Meer ruhig ist. Denn ihre Lehrerin kommt per Boot in die winzige Felsbucht zwischen Camoglie und Portofino, zu der keine Straße führt. Nur wenn einer der 60 Bewohner, Fischer und ihre Familien, schwerkrank ist, landet ein Hubschrauber auf dem tellergroßen Landeplatz vor der Bucht.

Spekulation und Zement sind nicht erwünscht

San Fruttuoso ist international berühmt wegen seiner historischen und architektonischen Bedeutung und als eine der letzten Oasen unberührter Natur an dieser Küste. Unter seinem mehr als tausend Jahre alten Miniaturkreuzgang liegt die Grabkapelle der Genueser Dogenfamilie Doria, der eine päpstliche Bulle das Patronat über den Ort zusprach. Gleich daneben steht eine Benediktiner-Abtei aus dem 13. Jahrhundert. Auf den Felsen ringsum schwelgt die mediterrane Macchia mit Aleppo, Pinien, Myrthen, Rosmarin, Ginster und Corbezzoli, die sonst fast überall der Spekulation und dem Zement weichen mußte.

Auch San Fruttuoso war bereits von Spekulanten belagert, die hier die Fischer vertreiben und ein lukratives Touristenzentrum einrichten wollten. So war dieser Tage die Nachricht, daß die Bucht mit allen Gebäuden und 18 Hektar Felsland von ihren Besitzern, der Fürstenfamilie Doria-Pamphili, dem Fai (Fondo per l'Ambiente Italiano – dem italienischen Umwelt-Fond) geschenkt wurde, wie eine Sensation für dieses Land, das bisher seinen größten Reichtum, Kunst, Architektur und Naturschönheit, in unvorstellbarer Weise vernachlässigt hat.

Nur wenige Italiener wissen etwas von der vor acht Jahren nach dem Vorbild des englischen National Trust gegründeten gemeinnützigen Organisation Fai. Noch weniger weiß man hier von der segensreichen britischen Erfindung, der Privatleute seit hundert Jahren ihren Besitz anvertrauen, wenn sie ihn nicht mehr erhalten können. Der National Trust restauriert und bewahrt ihn, öffnet ihn dem Publikum und gibt den Schenkern und ihren Nachkommen das Dauerwohnrecht. Es hat wohl historische Gründe, daß Italiener lieber ihren Besitz verfallen lassen und mit ihm an der Steuerlast zu Grunde gehen, als ihn der Öffentlichkeit zu öffnen. Denn in diesem lange von Fremden beherrschten und überfallenen Land ist der Sinn für Eigentum und Familie immer stärker gewesen, als der Sinn für den Allgemeinnutz.

Ein Beispiel, daß zur Nachahmung reizt

Unter den 12 Objekten, die dem Fai in ganz Italien übergeben wurden, befindet sich zwar eine der großartigsten Burgen, das Castello di Avio in der Provinz Trient, das zu einer Touristenattraktion wurde und seinen Stiftern, den Grafen Castelbarco, einen Seitentrakt reserviert. Aber Schule hat diese Schenkung nicht gemacht, obwohl viele Inhaber historischer Villen und Schlösser nicht wissen, wie sie sie weiter erhalten sollen. Es bleibt die Hoffnung, daß San Fruttuosos Zauber, vom Fai für seine Bewohner und alle Gäste bewahrt, zur Nachahmung reizt.

San Fruttuoso, die winzige Felsbucht an der ligurischen Küste, wechselt nur den Besitzer – sein Gesicht wird es behalten. FOTO: DW

Chinesen machen für ihre Pandas mobil

jo. Bonn

Auch China hat seit kurzem eine nationale Tierschutzgesellschaft zur Rettung bedrohten Lebens in freier Natur ins Leben gerufen. Wie Dong Zhiyong, Vizeminister für Forstwirtschaft, in Peking erklärte, wurde vor drei Monaten verwirklicht, was man schon seit zwei Jahren geplant hatte.

Den Ausschlag gab letztendlich eine anfangs kaum beachtete Nachricht, die im Oktober aus den Provinzen Szechuan und Shaanxi nach Peking drang. Fast gleichzeitig waren Wildhüter auf zwei verhungerte Riesenpandas gestoßen. Über die Ursachen waren sich chinesische und ausländische Panda-Forscher, die seit drei Jahren zusammenarbeiten, rasch einig. In den Bambuswäldern Südchinas, Nahrungsquelle und Revier der auf nur noch knapp 1000 Exemplare geschätzten schwarz-weißen Bären, stand vielerorts der Pfeilbambus in voller Blüte – ein Naturphänomen, das sich in jeweils einem Waldgebiet nur alle 60 bis 80 Jahre zeigt. Nach seiner Blüte verwelkt der Bambus, stirbt schließlich ab, und mit ihm sterben die Pandas.

Im Wappen des WWF

Eine dramatische Rettungsaktion begann für das in aller Welt beliebte Symboltier, seit 20 Jahren im Wappen des World Wildlife Fond (WWF), der ausgerechnet 1983 zum Panda-Jahr erklärte. In Tag- und Nachtschichten durchkämmten seit Ende Oktober eine Gruppe von Forschern und Wildschützern die bedrohten Gegenden, etwa das besonders betroffene Reservat bei den Wolong-Bergen. Was sie vorfanden, erinnerte an das Panda-Sterben von 1970, dem in Szechuan 136 Tiere zum Opfer gefallen waren.

Im Kot der äußerst scheuen Tiere entdeckten die chinesischen Naturschützer bedrohliche Anzeichen. Bei den meisten Pandas besteht die aufgenommene Nahrung bereits zu über 50 Prozent aus Wildgräsern. Bislang schlugen alle Rettungsversuche, die Tiere mit Leckerbissen in gesunde Bambuswälder zu locken, fehl. Zwar fraßen die Riesenbären die ausgelegten Fleischköder, kehrten aber sofort wieder zu ihren Wäldern und ihrer Grundnahrung, den Bambussprossen, zurück. Der bis heute bereits auf 500 Wildschützer angewachsenen Helferschar gelang es bislang nur, vom Hunger bereits bewegungsunfähige Tiere, die oft nur noch 18 Kilo wogen, einzufangen und in einer eigens eingerichteten chinesisch-ausländischen Pandaklinik wieder hochzupäppeln.

Die Rettung des Pandas hat in China inzwischen nationale Bedeutung gewonnen. Kaum ein Ereignis bewegte die Gemüter so, wie der in der vergangenen Woche aufgefundene fünfte verhungerte Riesenpanda. Fast eine Million Mark an staatlichen Geldern und mehr als 40 000 Mark an privaten Spenden wurden seit Oktober für die Rettung der Riesenbären aufgewandt.

Spendenaktion angeregt

Für den Vizeminister Dong ist das alles noch zu wenig. Nicht zuletzt dieser Aspekt war es, der die Gründung der Naturschutzgesellschaft wesentlich beschleunigte. Sie soll nun über ein Netz von Provinzzweigstellen eine landesweite Spendenaktion in Gang setzen, nach dem Vorschlag eines Arbeiters, der seinem Brief gleich 15 Mark für die Pandas beilegte. Zudem, so Dong, sei es für China beschämend, daß die Spenden, darunter auch erhebliche Summen aus dem Ausland, an das staatliche Forstwirtschaftsministerium gingen.

An staatlichen Maßnahmen fehlt es mittlerweile aber auch nicht. Bis Ende 1985 darf kein Panda mehr ins Ausland exportiert werden, nicht mal als Gastgeschenk bei Staatsbesuchen. Zudem fördert der Staat durch die Herausgabe von Silbermünzen die neue Tierschutzgesellschaft. Und schließlich gab er ihr auch seinen politischen Segen. Die Schirmherrschaft über die unabhängige Einrichtung hat Hu Qiaomu übernommen, einer der höchsten Parteifunktionäre Chinas.

15 Tote bei Gasexplosion in Buffalo

rtr, Buffalo

Mindestens 15 Menschen sind bei einer Gasexplosion und anschließenden Bränden in der Nacht zu Mittwoch in Buffalo (US-Bundesstaat New York) ums Leben gekommen, mehr als 60 wurden zum Teil schwer verletzt. Die meisten der Getöteten seien Feuerwehrmänner, die von Anwohnern alarmiert worden waren, als man das ausströmende Gas bemerkt habe, erklärte ein Sprecher. Während die Männer noch suchten, habe sich das Gas entzündet. Das anschließende Feuer sei erst nach mehr als vier Stunden unter Kontrolle gebracht worden. Durch die Explosion und anschließende Brände wurden 37 Häuser, zwei Wohnblocks, eine Kirche, ein Lagerhaus sowie mehrere Geschäfte zerstört.

„Brot statt Böller"

dpa, Bonn

Die Deutsche Welthungerhilfe hat auch in diesem Jahr dazu aufgerufen, auf die Ausgaben für das Silvesterfeuerwerk zu verzichten und das Geld – schätzungsweise rund 100 Millionen Mark – für notleidende Menschen zu spenden. Die Aktion „Brot statt Böller" bittet um Spenden auf das Konto 111 bei Postscheckamt Köln, Sparkasse Bonn, Volksbank Bonn und Commerzbank Bonn.

Retorten-Drillinge

SAD, London

In sechs Wochen erwartet eine Engländerin die ersten Retortendrillinge der Welt. Der Frau, die sich jahrelang vergeblich nach einem Kind gesehnt hatte, wurden sicherheitshalber drei im Reagenzglas befruchtete Eizellen eingepflanzt, die sich alle drei entwikkelten.

Zu Tode geschleift

dpa, Darmstadt

Eine 18jährige Krankenpflegerin aus Einhausen (Kreis Bergstraße) ist in der Nacht zum Mittwoch von einem Auto zu Tode geschleift worden. Ein 31jähriger Mann hatte sie mitgenommen und dann versucht, sie zu vergewaltigen. Als die Frau fliehen wollte, blieb sie mit dem Fuß im Sicherheitsgurt hängen. Daraufhin habe der Mann Gas gegeben. Er wurde später festgenommen und gestand.

Vorort vergiftet?

AP, Wayne

Eine ungewöhnliche Häufung von Krebserkrankungen in einem Vorort westlich von Detroit steht nach Vermutungen der Behörden möglicherweise im Zusammenhang mit dort vergrabenen giftigen Chemikalien. In dem aus 52 Häusern bestehenden Wohngebiet waren 44 Bewohner an Krebs erkrankt. Auf einem nahegelegenen öffentlichen Grundstück lagern nach Angaben des Gesundheitsamtes Glasflaschen mit nicht näher spezifizierten radioaktiven Stoffen.

Streik im Hotel

dpa, Madrid

Das Hotelpersonal Teneriffas hat einen zweitägigen Streik zur Jahreswende für den Fall angedroht, daß die Arbeitgeber ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und verbesserten Freizeitregelungen nicht anerkennen. Der Hoteliersverband weigert sich, unter Streikdrohung Verhandlungen aufzunehmen.

LEUTE HEUTE

Glück unter Schnee

Der 22jährige Stuttgarter **Dirk Kradisch** hat ein Lawinenunglück im österreichischen Söldern überlebt. Er war am Dienstagnachmittag von einem Schneebrett verschüttet worden. Nach einer Stunde wurde der Urlauber etwas einen Meter unter dem Schnee entdeckt und gerettet.

Wieder zu Hause

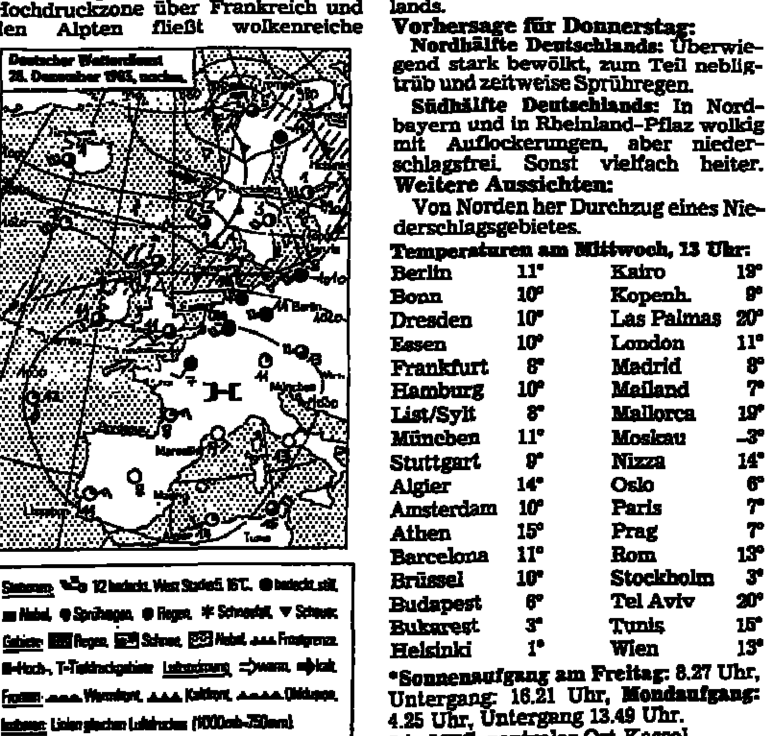
In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Arbeit als erster Astronaut der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Weltraumlabor „Spacelab" hat der baden-württembergische Ministerpräsident **Lothar Späth** gestern dem Physiker **Ulf Merbold** die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg verliehen. Merbold, der gestern aus den USA eintraf, bedankte sich hei Späth mit der Fahne Baden-Württembergs, die an Bord des Raumlabors beim Flug durch den Weltraum dabei war.

Überfall in Rom

Hollywood-Star **Ursula Andress** (47) und ihr neuer Geliebter sind in Rom überfallen und ausgeraubt worden. Drei Einbrecher waren in das Haus von **Oscar Tieppo** eingedrungen. Sie fesselten den Hausherrn an einen Stuhl. Die Schauspielerin und ihr dreijähriger Sohn **Dimitri** hielten sich in einer winzigen Kammer versteckt. Die Bande entkam mit einer Beute im Wert von 120 000 Mark.

WETTER: Nur im Süden heiter

Wetterlage: Am Nordrand einer Hochdruckzone über Frankreich und den Alpten fließt wolkenreiche Atlantikluft in die Nordhälfte Deutschlands.



Vorhersage für Donnerstag:

Nordhälfte Deutschlands: Überwiegend stark bewölkt, zum Teil nebligtrüb und zeitweise Sprühregen.

Südhälfte Deutschlands: In Nordbayern und in Rheinland-Pflaz wolkig mit Auflockerungen, aber niederschlagsfrei. Sonst vielfach heiter.

Weitere Aussichten:

Von Norden her Durchzug eines Niederschlagsgebietes.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	19°
Bonn	10°	Kopenh.	9°
Dresden	10°	Las Palmas	20°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	8°	Madrid	8°
Hamburg	10°	Mailand	7°
List/Sylt	8°	Mallorca	19°
München	11°	Moskau	–3°
Stuttgart	9°	Nizza	14°
Algier	14°	Oslo	6°
Amsterdam	10°	Paris	7°
Athen	15°	Prag	7°
Barcelona	11°	Rom	13°
Brüssel	10°	Stockholm	3°
Budapest	6°	Tel Aviv	20°
Bukarest	3°	Tunis	15°
Helsinki	1°	Wien	13°

*Sonnenaufgang am Freitag: 8.27 Uhr, Untergang: 16.21 Uhr, **Mondaufgang:** 4.25 Uhr, Untergang 13.49 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Kanadier schrieb das Buch der Pechvögel

S. HELM, London

„Mit Pleiten muß man leben. Also nicht gleich Trübsal blasen, wenn alles anders kommt", meint der kanadische Schriftsteller Ben Wicks und wartet mit einer Sammlung von Geschichten über Pechvögel in Buchform auf („The Book of Loosers", Star-Paperback).

Darin berichtet der Autor etwa über die Geschichte jenes Mannes aus Taiwan, der an seine Angebetete 700 Liebesbriefe schrieb. Zu spät erfuhr er, daß die ungetreue Schöne den Briefträger geheiratet hatte.

Eine schlimmere Pleite erlebte der Tscheche Czermak aus Prag, als er seiner Frau Vera eröffnete, er habe sich in eine andere verliebt und werde sie auf der Stelle verlassen. Kaum trat er aus der Haustür, um zu seiner Geliebten zu eilen, traf ihn ein „Schicksalsschlag": Seine Ehefrau hatte sich aus Verzweiflung aus dem Fenster im dritten Stock gestürzt. Ihr Mann war auf der Stelle tot.

Ungemach widerfuhr einem wohlhabenden Brasilianer, als er einen Bettler, dem vermeintlichen Krüppel Raphael Santos, mit einem karg bemessenen Almosen abzuspeisen suchte. Santos erhob sich plötzlich und erteilte dem knauserigen Reichen eine Lehre: Mit seiner Krücke drosch er nach Kräften auf ihn ein. Als die Polizei ankam, riefen die Leute: „Ein Wunder, ein Wunder!"

Kam der verdroschene Geschäftsmann mit blauen Flecken davon, so erging es einem venezolanischen Fischer schlimmer. Er hatte einen Anfall erlitten und war für tot erklärt worden. Er wachte in einem Sarg liegend bei seiner Beerdigung auf. Vor Schreck bekam er einen tödlichen Herzanfall.

(SAD)

Strompanne legte ganz Schweden lahm

Anonyme Anrufer sprechen von „finnischem Sabotageakt"

R. GATERMANN, Stockholm

Um 12.58 Uhr gingen in Schweden nicht nur die Lichter aus. So etwas hatte es seit 30 Jahren nicht mehr gegeben und schien in diesem Umfang auch undenkbar. Wegen eines technischen Fehlers in einer Umspannstation in der Nähe des Städtchens Enköping waren am Dienstag plötzlich ungefähr 7 der 8,3 Millionen Schweden ohne Strom, und es dauerte bis zu sieben Stunden, bevor die Panne behoben war. Nun stellt man sich überall die Frage: Wie konnte dies passieren? Um schnell eine Antwort zu bekommen, setzte Energieministerin Birgitta Dahl eine Untersuchungskommission ein.

Was Experten, Politiker und Normalbürger am meisten verblüfft, ist die Tatsache, daß das Land durch diesen an und für sich geringfügigen Defekt so effektiv lahmgelegt wurde. Mehr als die Hälfte Schwedens war ohne Strom sowie weite Teile Dänemarks, das derzeit etwa 40 Prozent seiner Elektrizität vom Nachbarn bezieht. Das zu 100 Prozent elektrifizierte Eisenbahnnetz wurde außer Betrieb gesetzt. In Stockholm blieb die U-Bahn stehen, in den Warenhäusern brannte nur noch die Notbeleuchtung, rund 60 Kunden mußten viele Stunden in Fahrstühlen verbringen, und die Notaggregate der Krankenhäuser waren nur in der Lage ein paar lebenswichtige Apparaturen mit Strom zu versorgen. Der materielle Schaden ist bisher nicht abzusehen. Immerhin gingen auch in den meisten Industriebetrieben des Landes nichts mehr. Es werden Beträge genannt, die weit über 30 Millionen Mark liegen.

Was war geschehen? Schwedens Wasserreservoirs, die hauptsächlich im Norden liegen, sind übervoll. Hier läuft die Stromerzeugung auf Hochtouren, während die im Süden des Landes stationierten Kernkraftwerke auf Sparflamme gesetzt wurden. In Enköping bemerkte das Personal der Umspannstation, daß ein Stromtrenner in Brand geraten war. Die Stromüberführung von Norden nach Süden in der 400-kW-Leitung mußte umgelegt werden. Aber das gelang nicht. Die übrigen Hochspannungsleitungen wurden überlastet und brachen zusammen. Nun hätten die Kernkraftwerke einspringen müssen. Aber sie schalteten sich – aus Sicherheitsgründen – selbst ab. Das Chaos war komplett, und Ministerin Dahl stellte wie viele andere Schweden die Frage: „Ist Schweden in diesem Bereich so anfällig, wie stehen wir dann im Ernstfall da?" In Süd- und Mittelschweden fielen fast sämtliche Radio- und Fernsehsender aus, so daß die Bevölkerung nur unzureichend informiert werden konnte.

Während die Experten des staatlichen Energieversorgers Vattenfall davon überzeugt sind, die Fehlerquelle eindeutig ausgemacht zu haben und Sabotage als Ursache ausschließen, wurden ausländische Journalisten in Stockholm – darunter auch der Korrespondent der WELT – noch am Dienstagabend in anonymen Telefongesprächen „gewarnt", nicht auf die offiziellen Erklärungen der Behörden hereinzufallen. Was in Enköping geschah, sei gut vorbereitet gewesen. Es handele sich um das Attentat einer finnischen Organisation „ohne Namen". Sie habe nicht das erste Mal zugeschlagen, und dies werde auch nicht das letzte Mal sein. Die Organisation bestehe aus Finnen, die auf diese Art gegen ihre Lebensbedingungen in Schweden protestieren wollten. „Wir wollen nicht mehr die Sklaven der Schweden sein", sagte die Frauenstimme am Telefon.

Die Finnen stellen mit knapp 180 000 Personen die größte nationale Minderheit in Schweden.

ZU GUTER LETZT

Unter der Überschrift „Mann beißt Hund" berichtet die Deutsche Presseagentur: „Robert Olyfsen im US-Bundesstaat Washington hat seinen Hund, einen Labrador, in die Nase gebissen, weil er ihn geärgert hatte. Das schmerzgepeinigte Tier rächte sich und brachte seinem Herrchen kräftige Bißwunden an Händen und Beinen bei. Nach Angaben der Polizei geht es Herr und Hund „zufriedenstellend".

